



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Deutscher Kommunalkongress in Berlin:

Reformoffensive für Deutschland

Über 600 Kommunalpolitiker aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich in Berlin auf dem zweitägigen Kommunalkongress des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Die alle vier Jahre stattfindende Großveranstaltung mit zahlreichen inhaltlichen Höhepunkten stand unter dem Leitgedanken „Deutschland umbauen. Modernisieren, digitalisieren, sozial gestalten“.

Der Kongress begann mit zwei parallel stattfindenden Symposien zu den Themen „Quartiersmanagement und Nachbarschaften“ sowie „Stadtentwicklung und Einzelhandel“. Dabei diskutierten über 200 Kommunalvertreter die zukünftigen Herausforderungen insbesondere durch die Digitalisierung sowie den zunehmenden Onlinehandel.

Nach Schätzung des Handelsverbandes Deutschland (HDE) wird der Umsatz im Online-Handel

im Jahr 2017 um rund 10 Prozent auf 48,7 Milliarden Euro steigen. Dies entspricht bereits knapp 10 Prozent des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel. Neben Vertretern des Handels und des Instituts für Handelsforschung (IFH Köln) wies Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher (Freising) auf das Erfordernis einer Stärkung der Innenstädte und Ortskerne hin. Ziel müsse es sein, den Einzelhandel zukünftig an integrierten Standorten anzusiedeln. Hierbei könnten Einzelhandels- und Zentrenkonzepte eine wichtige Hilfestellung sein.

Digitalisierung – das Öl des 21. Jahrhunderts

Zudem konnten die Teilnehmer einem der sechs thematisch breit gestreuten Fachforen beiwohnen, die sich mit den Themen „Bildung im digitalen Zeitalter“, „Energiewandel für Kommunen“, „Die Rolle der Pflege in einer alternden Gesellschaft“, „Mobilität und Stadtlogistik“, „Finanzherausforderungen für Kommunen“ und „Bezahlbarer Wohnraum in Städten und Gemeinden“ beschäftigten.

Eine „Reformoffensive für Deutschland“ forderte in seinem Eingangsstatement DStGB-Präsident Roland Schäfer, Bürgermeister in Bergkamen. Deutschland werde ohne grundlegende Veränderungen auf Dauer keine Wohlstandsinselform sein können. Ein zentraler Punkt, so Schäfer, sei die Digitalisierung: „Die Daten sind das Öl des 21. Jahrhunderts. Die Digitalisierung wird – wie die Globalisierung – die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Arbeit und die

Verwaltungen schnell und grundlegend verändern. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Wir müssen die Chancen nutzen und die Risiken beherrschen. Bei den sozialen Netzwerken haben wir die Erfahrung machen müssen, dass innerhalb weniger Jahre einige wenige Unternehmen den Markt weltweit beherrschen. Wir wollen keinen Digitalkapitalismus, sondern eine soziale digitale Marktwirtschaft. Die entsteht nicht von alleine.“

Digitalgesetzbuch

Notwendig sei ein Digitalgesetzbuch, in die Leitlinien für diese Prozesse beschrieben und fest- (Fortsetzung auf Seite 4)

10. Bayerisches EnergieForum:

Power für Bayerns Kommunen

Fachveranstaltung der Bayerischen GemeindeZeitung in Germering

Kleines Jubiläum in der Stadthalle Germering: Bereits zum 10. Mal veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung ihr EnergieForum unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“. Über 200 Kommunalvertreter informierten sich einmal mehr über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxis-Beispiele.

27 Partner, 20 Referenten und 18 Aussteller wohnten der bewährten Austauschplattform zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Bürgerbeteiligung bei. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindeforum, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

Stefan Graf, für Energiefragen zuständiger Direktor beim Bayerischen Gemeindeforum, legte die aktuellen Positionen des größten bayerischen kommunalen Spitzenverbandes dar und ging insbesondere auf die Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen ein. Auf dem Prüfstand stand das am 27. Januar 2017 erlassene



Werben für die gute Sache: Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller fand bei der jüngsten Sondersitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung viel Rückhalt für seine Bemühungen, all' jenen Menschen, die sich aus Krisengebieten auf den gefährlichen Weg Richtung Deutschland begeben, auf Augenhöhe Bleibperspektiven in ihrer Heimat zu entwickeln. KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle vermeldete anlässlich dieser Tagung, wie sehr sein eigener Landkreis Müllers Bestrebungen unterstützt: Die Finanzierung von zehn Schulen für Afrika aus Spendengeldern konnte in kürzester Zeit gesichert werden (vgl. Bericht auf Seite 16). In dramatischen Zahlen verdeutlichte der Minister, wie bitter nötig jede Hilfe gebraucht wird. Um seinem dringenden Appell noch mehr Gewicht zu verleihen, veröffentlichte er vor wenigen Tagen sein neuestes Buch. „UNfair! Für eine gerechte Globalisierung“ lautet der Titel in Anspielung auf die Verpflichtung der UN, endlich effizient zu handeln. Eine leichte Sommerlektüre ist das nicht, aber Lesestoff für die kommende Ferienzeit sehr wohl. Über die Veranstaltung und das Buch berichten wir in der nächsten Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung. Unser Bild zeigt (v. l.): Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Landrat Georg Huber, KPV-Geschäftsführer und stv. Landrat Jörg Kunstmann, Landrat Stefan Rößle, Minister Dr. Gerd Müller gemeinsam mit zwei seiner wichtigsten Mitarbeiter, Dr. Jens Kreuter und Kurt-Michael Baudach. Beide gehen offensiv auf die Kommunen zu, um diese bei jedweden Partnerschaftsideen und Hilfsprojekten zu unterstützen. □



Brandl neuer DStGB-Präsident

Der Präsident des Bayerischen Gemeindeforums, Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, wurde einstimmig zum Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebunds gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Roland Schäfer (Bergkamen) an. Brandl war bereits seit 2003 Vizepräsident des DStGB. Von 1994-1995 und von 1998-2000 war mit Heribert Thallmair (Starnberg) schon einmal ein Bayer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Brandl tritt sein Amt zum 1. Januar 2018 an. DK

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

schritte für die gemeindliche Kriterien- und Bepunktungswahl eingeführt wurden, habe dieser den Teilauftrag, „das Bewertungsverfahren eindeutig und rechtssicher zu regeln“ nicht erfüllt, erläuterte Graf. Es bleibe zunächst nur die Hoffnung, dass die Rechtsprechung die erforderlichen und praxisgerechten Konkretisierungen vornimmt.

„Bei kommunalen Energiethemen lassen sich ganz allgemein die großen Themenfelder ‚Technische Lösungsansätze‘ und ‚Rechtliche Rahmenbedingungen‘ sowie die ganz konkrete Frage nach der Finanzierung ausmachen“, hatte Verlegerin Theresa von Hassel in ihrer Begrüßung betont.

Einerseits hätten die Kommunen mit allen ihren Immobilien und Mobilen selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. Auch hier gälten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle, für die das 10. Energie-Fachforum fundierte Lösungsansätze biete.

Die Energiewende sei längst

Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegebauverträgen zur leitungsgebundenen Energieversorgung.

Die Menschen ins Boot holen

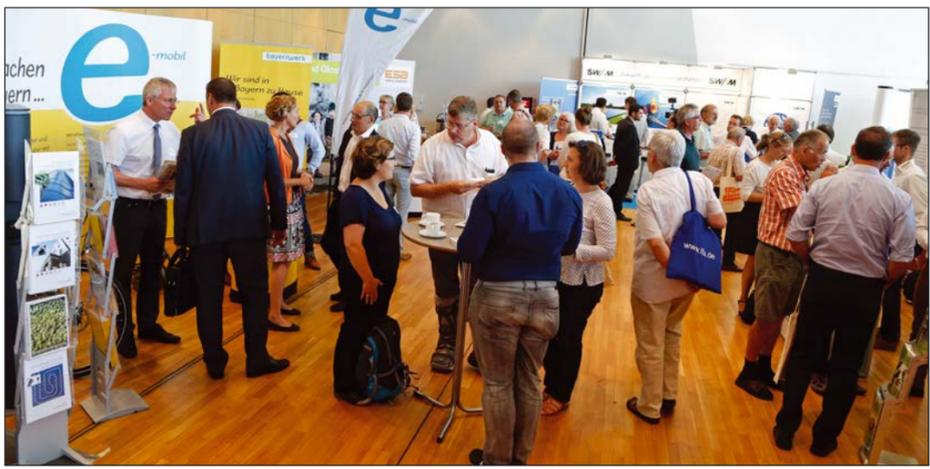
Was theoretisch stringent erscheint, hat laut Graf in der Praxis insbesondere folgende Fragen aufgeworfen: Wo endet der Spielraum der Gemeinden (und beginnt die Willkür) bei der Konkretisierung der EnWG-Ziele? Welche Anforderungen sind an die Konkretisierung des Wertungsschemas zu stellen? Und: Wieviel Sachkompetenz ist bei der Bewertung erforderlich?

Da keine der Fragen vom Gesetzgeber beantwortet wird, gegebenenfalls sogar neue Prüfungs-

nicht geschafft „und nahezu täglich erreichen uns viele kreative neue Ideen, wie in Kommunen effizienter und nachhaltiger Energiewirtschaft betrieben werden kann“, stellte von Hassel fest. Die Menschen fänden Freude und Gefallen daran, bei der Energiewende dabei sein zu dürfen. „Das sind Potenziale, die es zu nutzen gilt“, so die Verlegerin. Deshalb ihr Appell: „Es muss Ihnen und uns allen gelingen, die Bürger bei wichtigen Infrastrukturprojekten mit ins Boot zu holen und gemeinsam zu gestalten.“ DK



„Diese Fähigkeit, das Richtige zu tun, weil man von einer Sache überzeugt ist, macht die Größe eines Politikers aus und sichert den Respekt der Nachwelt“, sinniert die Vorzimmerperle über den Tod von Altbundeskanzler Kohl. Seite 15



Die Stadthalle Germering bot den zahlreichen kommunalen Fachbesuchern des EnergieForums einen höchst komfortablen Rahmen. Die Dokumentation zur Tagung erscheint in GZ 14. Bild: JK

Sie lesen in dieser Ausgabe

Sparkassenwesen und Langzeitarbeitslosigkeit	Seite 2
Änderung des Feuerwehrgesetzes	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bundtagswahl im Zeichen der Kommunen	3
BKPV-Geschäftsbericht 2016	3
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	5 / 6
Kommunikation · Breitband · EDV · IT	7 - 9
Sicherheit · Brandschutz	9
Kommunaler Bau	10
Kommunalfahrzeuge	11 / 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Sparkassenwesen und Langzeitarbeitslosigkeit

Der Deutsche Landkreistag hat die Vorschläge von europäischen Seite zurückgewiesen, wonach für Politiker und staatliche Vertreter in Aufsichtsorganen von Banken und Sparkassen die Vermutung eines per se bestehenden generellen Interessenkonfliktes gelten soll. Nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager, „würde das bedeuten, dass die Landräte und Oberbürgermeister als Trägervertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen diese Ämter nicht mehr bekleiden dürften. Das wäre ein Strukturbruch und würde die kommunale Verankerung der Sparkassen wesentlich schwächen“, unterstrich Sager bei der DLT-Präsidiumssitzung im Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Nach den Leitlinienvorschlägen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) und der Europäischen Zentralbank (EZB) auf dem Gebiet der Corporate Governance soll pauschal eine solche Unvereinbarkeit bestehen. Danach wird ein wesentlicher Interessenkonflikt vermutet, wenn ein Mitglied im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bzw. eine ihm nahestehende Person aktuell (oder in den letzten zwei Jahren) eine Position mit hohem politischem Einfluss bekleidet (hat), sofern das politische Amt mit spezifischen Befugnissen ausgestattet ist.

Entwürfe rütteln an den Grundsätzen des deutschen Sparkassenwesens

Sager machte deutlich, dass die Entwürfe an den Grundsätzen des deutschen Sparkassenwesens rütteln: „Es kann nicht sein, dass die prägenden Strukturmerkmale des deutschen Sparkassenwesens, allen voran die kommunale Trägerschaft, im Wege von Verwaltungsanweisungen und -leitlinien, die nicht mehr der Zustimmung der Mitgliedstaaten bedürfen, ausgehebelt werden sollen. Das kommunale Sparkassenwesen tragende und prägende Element der kommunalen Trägerschaft würde damit schwer beschädigt.“

Der Ansatz von EBA und EZB sei für das kommunale Sparkassenwesen schon vom Grundgedanken her unpassend: „Im Gegenteil stellt erst die kommunale Vertretung in der Sparkasse die Kompatibilität der einerseits

bankwirtschaftlich geleiteten und der andererseits auf den öffentlichen Auftrag gerichteten Interessenlagen sicher. Die besondere Hervorhebung eines generellen Interessenkonfliktes bei staatlichen Vertretern im Aufsichtsorgan ist somit letztlich nichts anderes als die Unterstellung einer unlauteren Beeinflussung der Geschäfte der Sparkassen durch die Kommunalpolitik.“ Da die Sparkassen weder Eigentümer noch Anteilseigner hätten, sondern sich in kommunaler Trägerschaft befänden, sei deshalb dringend eine Ausnahme für Trägervertreter erforderlich, forderte der DLT-Präsident.

Mindestanforderungen verschärfen

Darüber hinaus sollen nach den europäischen Vorschlägen die Mindestanforderungen an die Qualifikation von Mitgliedern in Aufsichtsorganen deutlich verschärft werden. „Dies ist in Bezug auf die Sparkassen ebenfalls nicht sachgerecht. Was für Vorstände angemessen und richtig ist, passt für Mitglieder von Aufsichtsorganen hingegen gerade nicht. Ein Landrat als Vorsitzender des Verwaltungsrates einer Sparkasse darf nicht lediglich die ‚betriebswirtschaftliche Brille‘ aufhaben, sondern trägt letztlich auch politische Verantwortung für ein wirksames Agieren des Kre-

ditinstituts im Rahmen des öffentlichen Auftrages. Hier geht es nicht um Rendite, sondern um Wirtschaftsförderung und Daseinsvorsorge zum Wohle des Landkreises“, betonte Reinhard Sager. Daher müsse erreicht werden, bei den Anforderungen zwischen Mitgliedern der Geschäftsleitung und des Aufsichtsorgans zu unterscheiden. Zudem sollte aus Sicht des Präsidenten die bestehende Qualifikation der gewählten Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister regelmäßig ausreichend sein, soweit sie die Anforderungen in den Sparkassengesetzen der Länder erfüllen.

Bewährte Strukturen erhalten

„Wir werben daher gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband um deutliche politische Unterstützung. Es geht darum, die bewährten und stabilen Strukturen der kommunal getragenen Sparkassen zu erhalten und den Angriff auf die Grundfesten des öffentlichen Sparkassenwesens abzuwehren“, erklärte der Präsident.

Auf der Agenda der Präsidiumssitzung stand darüber hinaus die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. „Die Jobcenter stehen vor dem Hintergrund eines nach wie vor harten Kerns an langzeitarbeitslosen Menschen und von Zuwanderung, Internationalisierung und Digitalisierung vor großen Herausforderungen. So richtig und erfolgreich die Agenda 2010 auch war und noch immer ist: Die Jobcenter brauchen dringender denn je ein flexibles Instrumentarium, ausreichende finanzielle Möglichkeiten und vor allem so wenig bürokratische Vorgaben wie möglich. Nur dann kann es gelingen, die

Zahl von unverändert 6 Mio. Hilfebeziehern und ihrer Familien signifikant zu reduzieren“, machte Sager deutlich.

Arbeitsförderung effektiver gestalten

Im Rahmen der aktuellen politischen Diskussion geht es derzeit darum, wie das Gesamtsystem der Arbeitsförderung besser und effektiver ausgestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang fordert der Deutsche Landkreistag mit dem Papier „Vorschläge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ u.a. folgende Maßnahmen:

1. Die Zuständigkeit für die berufliche Integration während des Asylverfahrens sollte auf die Jobcenter übertragen werden.
2. Der Aufbau (weiterer) beruflicher Qualifikationen und die Heranführung an den hiesigen Arbeitsmarkt z. B. durch Praktikumsplätze, Bewerbungscaching und Qualifizierungsmaßnahmen muss als ganzheitlicher Ansatz insbesondere für die Gruppe der anerkannten Flüchtlinge und Asylberechtigten entwickelt werden.
3. Die Bewirtschaftung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung sollte auf die Jobcenter übertragen werden. Zudem sollte den Landkreisen ermöglicht werden, die Koordination der Integrationskurse einschließlich der sozialpädagogischen und migrations-spezifischen Beratungsangebote zu übernehmen.
4. Die intensive und ganzheitliche Betreuung von Jugendlichen bei der Ausbildungssuche durch die Jobcenter muss auch weiterhin gewährleistet werden. Dies darf nicht durch eine Übertragung auf die Arbeitslosenversicherung erschwert werden.
5. Das Leistungsrecht und das Verfahrensrecht im SGB II müssen weiter vereinfacht werden. Dies gilt etwa für den Wegfall des Eigenanteils von 1 Euro bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung im Rahmen des

Wohnungsbestand in Bayern steigt weiter

Minister Herrmann informiert über Wachstumsszahlen

Die Zahl der Wohnungen in Bayern wächst beständig weiter. Inzwischen gibt es mehr als sechs Millionen Wohnungen. Innen- und Bauminister Joachim Herrmann hält den stetigen Zuwachs für dringend notwendig, um den steigenden Mieten und Kaufpreisen vor allem in den Ballungsräumen entgegen zu wirken.

Wie der Minister anlässlich der Präsentation der aktuellen Zahlen zum Wohnungsbestand durch das Bayerische Landesamt für Statistik erklärte, müsse der Wohnungsbau im Freistaat weiter vorangetrieben werden. Dafür habe die Staatsregierung im Oktober 2015 den „Wohnungspakt Bayern“ ins Leben gerufen. Dieses umfassende Programm habe sich inzwischen als wirkungsvolles Instrument im Wohnungsbau bewährt. Zudem stiegen die Investitionen in die Wohnraumförderung kontinuierlich an. So habe im letzten Jahr für die Wohnraumförderung einschließlich des kommunalen Wohnraumförderprogramms und der Förderung von Studentenwohnraum ein Volumen von 551,7 Millionen Euro zur Verfügung gestanden. Dieses Jahr erhöhe sich die Förderleistung auf 617,7 Millionen Euro, führte Herrmann aus.

Laut Landesamt für Statistik hat es in Bayern Ende 2016 6.312.809 Wohnungen gegeben, was einen Zuwachs von 52.174 Wohnungen bedeutet. In 2015 lag der Anstieg bei 50.410 und 2014 bei 49.738 Wohnungen. Aufgrund dieser Entwicklung und des weiterhin bestehenden Wohnungsmangels appellierte der Bauminister an die Bundesregierung, das Steuerrecht attraktiver zu gestalten sowie das komplizierte Bauleitplanungsverfahren zu vereinfachen. **rm**

Bildungspakets oder eine deutliche Bagatellgrenze bei Erstattungsleistungen.

6. Ein besonderer Bürokratietreiber ist die sog. Bedarfsanteilmethode bei der Einkommensanrechnung. Gemäß dem Individualprinzip ist die vertikale Einkommensanrechnung gesetzlich vorzuschreiben. Dadurch würde Erwerbseinkommen zunächst beim Erwerbstätigen selbst angerechnet.
7. Die Möglichkeiten eines Sozialen Arbeitsmarktes müssen weiter ausgebaut werden. Insofern müssen auch die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften gestärkt werden.
8. Bei den Arbeitsgelegenheiten müssen die Kriterien „zusätzlich“, „im öffentlichen Interesse“ und „wettbewerbsneutral“ gestrichen werden. Im Dialog mit der örtlichen Wirtschaft können sinnvolle Ausgestaltungen entwickelt werden.
9. Die Jobcenter benötigen für ihre anspruchsvolle und herausfordernde Tätigkeit im In-

teresse der Leistungsberechtigten eine ausreichende Finanzausstattung. Um den Jobcentern eine vernünftige Planung zu ermöglichen, dürfen die Mittel nicht nur für ein Jahr feststehen, sondern müssen längerfristig planbar sein.

Gegen Zentralisierung

„Kontraproduktiv“ sind für den DTL-Präsidenten Bestrebungen, die bewährten aufgabenteiligen Strukturen von Jobcentern (SGB II) und Arbeitslosenversicherung (SGB III) hin zu einer stärkeren Zentralisierung über die Bundesagentur für Arbeit zu verändern. „Dem treten wir insbesondere bezogen auf die Ausbildungsvermittlung entschieden entgegen. Es käme zu einer Verschlechterung für die Langzeitarbeitslosen. Mehrfachzuständigkeiten verschiedener Behörden wären die Folge, die Unterstützung gemäß dem Konzept von ‚Fördern und Fordern‘ würde erschwert“, so Sager abschließend. **DK**

Staatsminister Dr. Marcel Huber zum Bericht Bürokratieabbau:

Kernanliegen der Staatsregierung

Drei Monate nach der Einsetzung eines eigenen Beauftragten der Staatsregierung für Bürokratieabbau hat der Landtagsbeauftragte Walter Nussel dem Ministerrat die Schwerpunkte seiner Arbeit erläutert. Staatsminister Dr. Marcel Huber erklärte dazu: „Der Freistaat Bayern hat als einziges Bundesland einen unabhängigen und ehrenamtlich tätigen Beauftragten für den Bürokratieabbau geschaffen.“

Damit setze man konsequent den Kurs fort, Bürger und Unternehmen von unnötigen Vorschriften zu entlasten und so die Vitalität der Gesellschaft und des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken. Seit 2003 wurden mehr als 40 Prozent aller bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen. Dank der bundesweit einmaligen Paragrafenbremse ist seit 2013 die Zahl der Gesetze nochmal um fünf Prozent und die der Verwaltungsvorschriften um 20 Prozent gesunken. Staatsminister Dr. Marcel Huber hat zuletzt am 5. Mai 2017 im Rahmen seiner Offensive zur Erleichterung von Brauchtums- und Vereinsfeiern einen „Leitfaden für Vereinsfeiern“ vorgestellt, der ehrenamtliche Vereine bei der Planung und Durchführung von Brauchtumsfesten unterstützt.

Staatsminister Dr. Marcel Huber: „Der Bürokratieabbau ist ein Kernanliegen der Staatsregierung. Schon jetzt gibt es bei uns ein Viertel weniger Gesetze und Verordnungen als im Länder-

durchschnitt. Trotzdem wollen wir noch mehr erreichen, im Dialog mit den Bürgern, Unternehmen und Verbänden. Das ist die Aufgabe des neu geschaffenen Beauftragten, der hierzu Regionalkonferenzen in jedem Regierungsbezirk durchführen will und zahlreiche Gespräche führt.“

Walter Nussel hat sich mit großer Energie an die Arbeit gemacht. In den Bereichen Brandschutz, Gaststättenrecht sowie Land- und Forstwirtschaft wird der Beauftragte Vorschläge unterbreiten, die den Menschen noch mehr Spielräume geben können, ohne Abstriche etwa bei der Sicherheit zu machen.“

Der Beauftragte für den Bürokratieabbau ist als unabhängige Beratungseinrichtung bei der Staatskanzlei angesiedelt. Mit seiner Geschäftsstelle nimmt der Beauftragte Anliegen von Bürgern, Unternehmen und Verbänden auf und prüft unter Einbeziehung der zuständigen Behörden, ob im konkreten Fall Erleichterungen möglich sind. **□**

Änderung des Feuerwehrgesetzes

Altersgrenze bei Feuerwehren auf 65 Jahre erhöht

Die Altersgrenze bei den bayerischen Feuerwehren für den aktiven Dienst wird vom 63. Lebensjahr auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Des weiteren können künftig im Interesse der gemeindlichen Nachwuchsarbeit Kinderfeuerwehren gegründet werden, durch die Kinder schon sehr früh für die Gemeinschaft, die Hilfsbereitschaft und den Zusammenhalt gewonnen werden können. Außerdem wird die kommunale Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Feuerwehren ermöglicht bzw. erleichtert. Neben vielen weiteren Details sind dies die drei wesentlichen Punkte des Gesetzesentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes, die der Landtag mit breiter Mehrheit in der letzten Plenarsitzung beschlossen hat.

Innenminister Joachim Herrmann begrüßte die Gesetzesänderung, die zahlreiche wichtige Verbesserungen für die Feuerwehren beinhaltet. Zentrales Anliegen sei dabei die weitere Eröffnung von Möglichkeiten zur nachhaltigen Sicherung der Tätigkeit ehrenamtlicher Einsatzkräfte. Inzwischen gebe es über 310.000 ehrenamtliche Mitglieder.

Kinderfeuerwehren

Für den Minister stellt die jetzt gesetzlich verankerte Gründung von Kinderfeuerwehren einen ganz wichtigen Baustein gemeindlicher Nachwuchsarbeit dar. So könnten Kinder schon ab dem sechsten Lebensjahr von den Feuerwehren betreut werden. Bisher sei erst ab zwölf Jahren ein Eintritt in die Jugendfeuerwehr möglich gewesen.

Die Verjüngung sei eine Reaktion auf die Konkurrenz durch Sportvereine und Musikschulen. Außerdem könnten die Kinder künftig auch den gesetzlichen Unfallschutz in Anspruch nehmen. Es bestehe jedoch keine

greifende Feuerwehren gegründet werden, erläuterte Herrmann.

Schließlich enthält die Gesetzesnovelle noch einige Inklusionsrichtlinien. Menschen mit Behinderungen sollen entsprechend ihren Fähigkeiten Bestandteil der Feuerwehren werden können.

Ergänzend verwies der Innenminister darauf, dass sämtliche neuen Regelungen im Regierungsentwurf dem klaren Willen der Feuerwehren entsprechen, die durch den Landesfeuerwehrverband vertreten waren. Man habe frühzeitig alle betroffenen Verbände eingebunden, um so den Änderungsbedarf der Helferinnen und Helfer berücksichtigen zu können. Für Herrmann stellt die jetzt verabschiedete Gesetzesnovelle eine weitere Verbesserung der Situation der bayerischen Feuerwehren dar.

Opposition stimmt zu

Auch die Opposition stimmte dem Regierungsentwurf zu. Die Änderungen waren ihr jedoch nicht weitreichend genug. In ihren Änderungsanträgen forderten SPD und Freie Wähler u.a. eine Anhebung der Altersgrenze für aktive Einsätze auf das momentan geltende Renteneintrittsalter von 67 Jahren. Zudem solle der Eintritt in die Jugendfeuerwehr bereits für Zehnjährige zugelassen werden, forderte der SPD-Feuerwehrexperte Stefan Schuster. Beide Änderungsanträge wurden von der CSU-Mehrheit abgelehnt. **rm**

Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg

Mit dem neuen Gesetz werde künftig eine Kooperation im Feuerwehrewesen über Gemeindegrenzen hinweg ermöglicht. Dies bedeute neben der besseren Nutzung von Synergieeffekten auch die Möglichkeit der Aufgabentransferung des abwehrenden Brandschutzes sowie des Technischen Hilfsdienstes auf Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände. Darüber hinaus könnten künftig auch gemeindeüber-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Grünzner
95183 Töpen
am 6.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Schneider
97776 Eußenheim
am 8.7.

Bürgermeister Wolfgang Anger
97511 Lilsfeld
am 8.7.

Bürgermeister Alois Hofstetter
85643 Steinhöring
am 10.7.

Bürgermeisterin Maria Steger
93158 Teublitz
am 10.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Pöhlmann
95233 Helmbrechts
am 7.7.

Bürgermeister Rolf Beuting
82418 Murnau a. Staffelsee
am 11.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Kittenrainer
83735 Bayerischzell
am 10.7.

Bürgermeister Markus Trinkl
85235 Odelzhausen
am 11.7.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

BKPV-Geschäftsbericht 2016:

Elektronische Kontoauszüge und Planungsleistungen

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2016 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Organisationsmodelle und Musterstellenpläne für kreisangehörige Kommunen stehen dabei ebenso auf der Agenda wie Empfang und Aufbewahrung elektronischer Kontoauszüge.

Mit der Frage, wann Rückforderungsansprüche des Auftraggebers wegen Überzahlung des Bauunternehmers verjähren, beschäftigt sich Markus Lindner. Seinen Angaben zufolge beginnt die 2002 eingeführte kurze Verjährungsfrist von drei Jahren für Rückforderungsansprüche des Auftraggebers nur zu laufen, wenn positive Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis vorliegt. Fahrlässige Unkenntnis – als häufigster Praxisfall – reicht nicht aus. Die durch die obergerichtliche Rechtsprechung teilweise vorschnell vorgenommene Bejahung grob fahrlässiger Unkenntnis ist zu korrigieren, da hiermit die hohen Anforderungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht beachtet werden.

Unterlagen sorgsam prüfen

Grob fahrlässige Unkenntnis liegt in der Regel vor, wenn der Auftraggeber das Leistungsverzeichnis, die Aufmaße und die Schlussrechnung kennt und aus diesen eine vertragswidrige Abrechnung und Massenermittlung ohne weiteres ersichtlich sind. Besonderheiten und Umstände des Einzelfalls sind zu beachten. Grob fahrlässige Unkenntnis liegt auch vor, wenn der Auftraggeber die Schlussrechnung „ins Blaue hinein“, also ohne dass begründende Unterlagen vorliegen, prüft und anweist.

Organisationsmodelle ...

In ihrem Beitrag zu den Organisationsmodellen und Musterstellenplänen für kreisangehörige Kommunen empfehlen Martin Götz und Martin Hofmann bei einer Einwohnergröße von ca. 5.000 Einwohnern eine zweigliedrige Verwaltung. Unterhalb des Ersten Bürgermeisters sollte ein Fachbereich 1 Zentrales und Bürgerdienstleistungen mit ca. 5,5 (Plan-)Stellen und ein Fachbe-

reich 2 Finanzen, Planen und Bauen mit ebenfalls ca. 5,5 (Plan-) Stellen gebildet werden. Eine weitere Untergliederung ist nicht notwendig.

... und Orientierungswerte

Bei Kommunen mit ca. 10.000 Einwohnern empfehlen die Autoren eine dreigliedrige Verwaltung unterhalb des Ersten Bürgermeisters und schlagen die Bildung eines Fachbereichs 1 Zentrales und Bürgerdienstleistungen mit ca. 9,6 (Plan-)Stellen, eines Fachbereichs 2 Finanzen mit ca. 5,0 (Plan-)Stellen und eines Fachbereichs 3 Planen und Bauen mit ca. 5,8 (Plan-)Stellen vor. Der Fachbereich 1 Zentrales und Bürgerdienstleistungen sollte weiter in ein Sachgebiet 10 Zentrales mit ca. 4,9 (Plan-)Stellen und ein Sachgebiet 11 Bürgerdienstleistungen/Bürgerbüro mit ca. 4,7 (Plan-)Stellen untergliedert werden.

Der in den Modellen für die Stellenbildung (interne Arbeitsverteilung) zugrunde gelegte Stellenbedarf kann als Orientierungswert herangezogen, sollte allerdings auf die örtlichen Verhältnisse angepasst werden. Bei signifikanten Abweichungen wird empfohlen, den Stellenbedarf konkret zu überprüfen.

In seinen Hinweisen zur Auftragswertschätzung bei Architekten- und Ingenieurleistungen empfiehlt Peter Hofmann, vor der Vergabe von Planungsleistungen das voraussichtliche Honorar gewissenhaft und sachgerecht abzuschätzen, um zu prüfen, ob die EU-Schwellenwerte erreicht bzw. überschritten werden. Die Auftragswertschätzung ist in der Vergabeakte zu dokumentieren. Bei der Überprüfung, ob der Schwellenwert erreicht wird oder nicht, sind nur „gleichartige“ Leistungen zusammenzurechnen. Bei den Leistungen für die „Objektplanung Gebäude“ und die „Ob-

jektplanung Innenräume“ handelt es sich nicht um gleichartige Leistungen, da ihnen unterschiedliche Ausbildungsrichtungen zugrunde liegen und die Leistungen von unterschiedlichen Bieterkreisen angeboten werden.

Im Leistungsbild Technische Ausrüstung ist zwischen den Anlagen, die von Versorgungstechnikern (Maschinentechnikern), Elektrotechnikern, Küchentechnikern und Medizintechnikern geplant werden, zu unterscheiden.

Was den Empfang und die Aufbewahrung elektronischer Kontoauszüge anbelangt, sind laut Hugo Dobler und Herbert Gruschka nur die von Zahlungsdienstleistern erstellten Elektronischen Kontoauszüge im PDF- oder TIF-Format rechtlich verbindlich.

Bei den von Zahlungsdienstleistern bereitgestellten und mit dem Online-Banking-Verfahren abgerufenen Kontoauszügen und -salden eines bestimmten Zeitraums handelt es sich dagegen um keine rechtsverbindlichen Kontoinformationen.

Haushaltsrechtliche Anforderungen an elektronische Dokumente

Kommunen, die derzeit noch nicht die haushaltsrechtlichen Anforderungen für einen ordnungsmäßigen Empfang und die ordnungsmäßige Aufbewahrung von elektronischen Kontoauszügen gewährleisten können, sollten sich ihre Kontoauszüge nach wie vor in Papierform vom Zahlungsdienstleister zustellen lassen oder die Kontoauszüge an den Kontoauszugsdruckern selbst erstellen. Angesichts der stark zunehmenden elektronischen Kommunikation der Bürger und Unternehmen mit den Behörden sowie der zunehmenden Anzahl an verwaltungsinternen elektronischen Geschäftsprozessen ist Dobler und Gruschka zufolge der Zugang von elektronischen Dokumenten neu zu bewerten, um auch bei diesen Kommunikationsformen einen geordneten Geschäftsbetrieb sicherzustellen.

Der Empfang elektronischer Kontoauszüge sollte in ein Ge-

Liebe Leserinnen und Leser,

in weniger als drei Monaten finden die Bundestagswahlen statt. Am 24. September wird entschieden, wer Deutschland zukünftig regiert. Aber nicht nur das: Damit werden auch die Weichen gestellt, inwieweit wichtige Rahmenbedingungen für kommunales Handeln fortgeführt, womöglich ganz neu definiert oder – im besten Fall – zielgerichtet weiterentwickelt werden.

In diesem Zusammenhang ist es Zeit, aus kommunalpolitischer Sicht eine kurze Bilanz zu ziehen über die auslaufende Wahlperiode.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich in den vergangenen Jahren als sehr verlässlicher Partner der kommunalen Selbstverwaltung erwiesen und die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Ich denke dabei unter anderem an die inzwischen vollständige Übernah-

Bundestagswahl im Zeichen der Kommunen

me der Grundsicherung, die 5 Mrd. Euro Entlastung im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe, die Übernahme Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge bis 2018 und die 3,5 Mrd. Euro über den „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2015 bis 2018. Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) konnten wir uns über die Landes- und Bundesebene immer wieder in die Diskussionen einschalten und haben Entscheidungen zum Wohle der bayerischen Kommunen mit durchgesetzt, beispielsweise beim Verteilmodus der 5 Mrd.-Entlastung.

Ja, die Richtung stimmt, aber viele Herausforderungen bleiben uns auch nach wie vor – ein hoher Investitionsbedarf bei der Infrastruktur inkl. Digitalisierung und Klimaschutz sowie im Bildungsbereich, weiter steigende Kosten bei der Jugend- und Behindertenhilfe, um

samt konzept zum Empfang elektronischer Rechnungen eingebunden sein. „Wir haben erhebliche Bedenken hinsichtlich der inzwischen weit verbreiteten Praxis, elektronische Rechnungen und andere elektronische Dokumente in persönlichen E-Mail-Postfächern der Sachbearbeiter zu empfangen“, so die Verfasser des Berichts.

Gefahr von Medienbrüchen

Zudem würden hierbei oftmals auch noch Medienbrüche vorgenommen (Ausdruck der empfangenen elektronischen Belege und deren Verarbeitung in herkömmlichen, papiergebundenen Workflows; das elektronische Original bleibt im E-Mail-Postfach oder wird gegebenenfalls sogar gelöscht), die in der Vergangenheit schon zu dolosen Handlungen geführt haben.

Bei diesen Kommunikationskanälen und -formen seien geordnete und sichere Geschäftsprozesse sowie die Einhaltung von Zahlungs- oder Skontofristen oftmals nicht gewährleistet.

Unter Umständen ist es zudem gar nicht so einfach, die Integrität und Authentizität der empfangenen elektronischen Dokumente bis zur Speicherung in einem geeigneten DMS oder Archivsystem mit WORM-Speichermedien sicherzustellen. Hinzu kommen in der täglichen Praxis die typischen Probleme elektronischer Kommunikationsformen, wie z. B. der Eingang von E-Mails mit Fake- oder Malware-Rechnungen.

Leitfaden Elektronische Rechnung in der öffentlichen Verwaltung

Angesichts der organisatorischen und technischen Herausforderungen, die bei verschie-

Kolumne Stefan Rößle



nur einige Punkte zu nennen. Deshalb der unmissverständliche Appell der KPV an diejenigen, die die künftige Bundesregierung stellen: Die kommunalfreundliche Politik auf Bundesebene muss fortgesetzt werden! Dies macht auch Sinn, denn alle großen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft können nur mit starken Kommunen geschultert werden, nicht zuletzt der schwierige Bereich Integration/Migration.

Wir alles wissen: Erfolgreiches kommunales Handeln erfordert angemessenen Gestaltungsspielraum. Deshalb werden wir auch der neuen Bundesregierung die Forderung nach Einhaltung zweier zentraler Prinzipien mit auch den Weg geben:

- Das Subsidiaritätsprinzip, welches besagt, dass eine Aufgabe nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden soll, wenn eine untere sie nicht ebenso oder sogar besser erledigen kann.
- Das Komplexitätsprinzip, das dafür sorgt, dass der Bund keine gesetzlichen Vorgaben festlegen darf, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen und diese im Gegenzug nicht von ihm ersetzt werden.

Diese Grundsätze sollten übrigens auf allen staatlichen Ebenen in Deutschland und in Europa gleichermaßen Anwendung finden.

In Summe bleibt unser gemeinsames Ziel für die nächsten Jahre: Wir wollen starke und lebendige Kommunen, die unsere Demokratie stärken und den Menschen Heimat sowie Stabilität geben. Kommunalfreundlichkeit und die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung sollten deshalb unverrückbare Maßstäbe der Bundespolitik bleiben. Die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre gesetzmäßigen Aufgaben voll und ganz erfüllen können. Darüber hinaus brauchen sie passende Rahmenbedingungen, um an der wirtschaftlichen sozialen und gesellschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes aktiv mitzuwirken. Dafür steht die KPV – nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender
Landrat im Landkreis Donau-Ries

denen Kommunikationskanälen und -formen zwangsläufig auftreten, wird empfohlen, die im „Leitfaden Elektronische Rechnung“ publizierten Best Practice-Beispiele (Elektronischer Rechnungseingang beim Technischen

Hilfswerk, beim Bundesverwaltungsamt und bei der Hansestadt Herford) zu berücksichtigen. Diese Beispiele stellen aus Sicht von Dobler und Gruschka „ganzheitliche Lösungsansätze, über die es sich zumindest nachzudenken lohnt“, dar. **DK**

Bernreiter zum wachsenden Hausärztemangel:

Viele Amtsarztstellen unbesetzt

„Seit Jahren kämpfen wir täglich gegen fehlende Ärzte in unseren Landkreisen. Die hausärztliche Versorgung beziehungsweise die sogenannte Ländersituation hat für uns höchste Bedeutung. Wir werden aber immer weiter in die Enge getrieben. Deswegen sind wir froh, mit dem Freistaat schon heute einen starken Verbündeten zu haben, um dem zunehmenden Ärztemangel auf dem Land bei gleichzeitiger Überversorgung in den Ballungsräumen zu begegnen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter.

Wenn unsere Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft in ihrer Heimat gesund werden wollen, wenn sie krank sind, müssen wir alle zusammenhalten und alle Wege gangbar machen. So begrüßt der Bayerische Landkreistag auch alle Maßnahmen, die die Ausbildung von Allgemeinmedizinern bereits während des Studiums fördert und über eine stärkere Kooperation von Universitätskliniken mit Kreiskrankenhäusern die Studierenden in den ländlichen Raum bringt“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf.

Große Herausforderungen bei den Krankenhäusern

Aber nicht nur bei den Hausärzten und in den Krankenhäusern stehen die bayerischen Landkreise vor großen Herausforderungen. Auch im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gibt es zahlreiche nicht besetzte Stellen von

Amtsärzten und erhebliche Krutierungsprobleme. Amtsärzte sind beispielsweise für die Einschlussuntersuchungen zuständig und haben eine wesentliche Rolle bei der Aufsicht über die Pflegeheime. „Derzeit fehlen in Bayern angesichts der in den letzten Jahren neu dazu gekommenen Aufgaben und Standards im öffentlichen Gesundheitsbereich, insbesondere bei den Heimaufsichten, über 120 Stellen, die vom Freistaat geschaffen und mit Fachpersonal besetzt werden müssten. Der Freistaat muss nicht nur für eine konkrete Besetzung vakanter Amtsarztstellen, sondern insgesamt eine Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sorgen. Dazu gehört beispielsweise die Etablierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als eigenständiges Fach im Medizinstudium in gleicher Weise wie eine Verbesserung der Stellenausstattung der Gesundheitsämter insgesamt“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags. **□**

Neue Ideen für sanften Tourismus

Scharf und Aigner küren Sieger beim Wettbewerb / Modellregion Naturtourismus

Sanfter Tourismus ist ein Motor der Regionalentwicklung und schafft Anreize für attraktive Naturtourismus-Angebote. Die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf und die Bayerische Wirtschafts- und Tourismusministerin Ilse Aigner haben die drei Sieger des Wettbewerbs „Modellregion Naturtourismus“ bekannt gegeben: den Landkreis Kelheim, den Landkreis Miesbach und das „Natur-Navi“ des Oberpfälzer Waldes.

„Bayerns Natur ist ein unverzichtbarer Pfeiler für den Tourismus. Naturtourismus ist der Schlüssel für eine nachhaltige touristische Wertschöpfung, die unsere Natur Heimat schützt und erhält. Mit dem Wettbewerb fördern und ermöglichen wir kreative regionalspezifische Konzepte für tolle touristische Angebote in Einklang mit der Natur. Die Ideen der drei Sieger des Wettbewerbs zeigen: Durch Kreativität und Engagement lassen sich nachhaltiger Naturtourismus und Ökonomie miteinander verbinden“, so Scharf. Aigner: „Natur und Landschaft sind sowohl für deutsche als auch für ausländische Gäste ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl ihres Urlaubsortes. Warum Bayern Tourismusland Nr. 1 in Deutschland ist, hat der Wettbewerb erneut eindrucksvoll belegt. Alle 15 eingereichten Konzepte haben gezeigt, dass der Freistaat eine einzigartige Vielfalt an naturtouristischen Ideen und Angeboten bietet. Ich gratuliere

den Siegern.“ Ziel des Wettbewerbs ist es, naturtouristische Angebote verschiedener Träger und Einrichtungen besser zu vernetzen, innovative Angebote zu entwickeln und gezielt zu vermarkten. Das Bayerische Umweltministerium fördert die drei Wettbewerbsieger jeweils mit bis zu 70.000 Euro.

Wettbewerbsziele mit unterschiedlichen Akzenten

Die Projekte der drei Sieger des Wettbewerbs setzen die Wettbewerbsziele mit unterschiedlichen Akzenten vorbildlich und modellhaft um. Das Konzept des Landkreises Kelheim hat den Schwerpunkt „Barrierefreiheit im Naturtourismus“ und schafft hierfür attraktive Angebote für die Menschen vor Ort. Ziel des Landkreises Miesbach ist eine Optimierung naturtouristischer Angebote, die durch abgestimmte Besucherlenkungsmaßnahmen begleitet wird. Das digitale „Na-

tur-Navi“ des Oberpfälzer Waldes bündelt alle für Naturtouristen relevanten Informationen, Angebote und Points-of-Interest entlang des Goldsteig-Wandernetzes.

Insgesamt 15 bayerische Naturtourismusregionen haben überzeugende Wettbewerbsbeiträge geliefert, die zeigen, welche Potenziale im Naturtourismus stecken. Mit den drei Wettbewerbsiegern hat die Fachjury Projekte ausgewählt, deren besonderer Modellcharakter Impulse auch für andere bayerische Naturtourismusregionen geben kann.

Die Preisträger wurden von einer Jury ausgewählt, die sich aus Vertretern der beteiligten Ministerien, der Bayern Tourismus Marketing GmbH, der Fakultät Tourismus der Hochschule Kempten und der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege zusammensetzt. Die drei „Modellregionen Naturtourismus“ werden am 5. Juli 2017 von Ministerin Scharf und Ministerin Aigner auf Schloss Fürstentried in München offiziell ausgezeichnet. Die Jurybegründungen für die Auswahl der drei Modellregionen Naturtourismus werden im Anschluss an die Auszeichnung veröffentlicht. **□**

Reformoffensive für Deutschland ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gelegt werden. Das setzt Veränderungen in den Verwaltungsverfahren, in den Arbeitsprozessen, der Bürgerbeteiligung, der Abläufe in der Kommunalpolitik und natürlich auch in der Ausbildung unseres Personals voraus.

Schäfer wies darauf hin, dass die Kommunen und ihre Stadtwerke über sehr viele Daten der Bürgerinnen und Bürger verfügten und diese sichern und zuverlässig verwahren aber auch nutzen wollten. „Vom Alter über die Wohnung, den Energie- und Wasserverbrauch, den Abfall und die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge - alles ist bei den Kommunen gespeichert. Dort muss es dauerhaft und sicher bleiben und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Das alles wird allerdings nur funktionieren, wenn wir eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandnetzversorgung deutschlandweit schneller etablieren. Sonst kommt es zu einer digitalen Spaltung des Landes, die wir unbedingt vermeiden müssen“, führte Schäfer aus.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer

„Mit großer Sorge sehen wir, dass die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen immer größer wird. Das ist eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Von den gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland - wie ihn das Grundgesetz fordert - entfernen wir uns immer mehr“, fuhr der Präsident fort. Die Disparität bei der Qualität von Schulen, Kindergärten und Kultureinrichtungen sei offensichtlich. Die Chancen auf eine gute Ausbildung in Schulen und Beruf, ein sicheres Leben mit guten Einrichtungen der Daseinsvorsorge - wie Sport und Kultur - dürften nicht davon abhängen, ob ein Kind zufällig in einer prosperierenden Stadt oder einer abgehängten Region groß wird. Der neue Bundesländer-Finanzausgleich stelle mit einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen einen ersten richtigen Schritt dar, dem weitere folgen müssten.

Kooperationsgebot

„Nicht das Kooperationsverbot, sondern ein Kooperationsgebot ist der richtige Ansatz, wenn wir es mit der Chancengerechtig-

Bernhard Seidenath und Klaus Holetschek:

Mehr finanzielle Unterstützung für Familien sterbenskranker Kinder

„Die tödliche Erkrankung eines Kindes ist eines der schwersten Schicksale, das Eltern treffen kann. Dass Familienangehörige ihre Kinder während der Therapie in einem Hospiz begleiten, sollte auch hinsichtlich der Finanzierung der Regelfall sein und entsprechend berücksichtigt werden“, macht Bernhard Seidenath, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Pflege des Bayerischen Landtags, deutlich. Die CSU-Fraktion fordert daher einen Familienzuschlag für Kinderhospize durch die Krankenkassen.

„Die Krankenkassen leisten zwar Zuschüsse zur stationären Hospizversorgung der erkrankten Kinder - die therapeutische Begleitung, Beherbergung und Verpflegung der begleitenden Familienmitglieder bleibt dabei bisher außen vor“, erklärt Klaus Holetschek, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege der CSU-Fraktion. „Deshalb haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Krankenkassen künftig einen Teil der Kosten für die Familienmitglieder übernehmen.“ Der Antrag wurde diese Woche im Gesundheitsausschuss beschlossen.

„Bislang sind die Kinderhospize rein auf Spenden angewiesen,

keine ernst nehmen. Ohne dauerhafte Hilfen des Bundes wird es zum Beispiel auch nicht gehen, das große Potenzial in den ländlichen Räumen weiterzuentwickeln, die medizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen und auch armen Kommunen Entwicklungschancen zu ermöglichen. Es kann nicht sein, dass in Ballungsgebieten über Wohnungsnot geklagt wird, gleichzeitig aber in der Fläche 1,8 Millionen Wohnungen leer stehen. Wer hier ein attraktives Lebensumfeld in der Fläche schafft, entlastet Ballungsräume und sorgt für Wirtschaftskraft in Deutschland. Diesen Herausforderungen wird sich die neue Bundesregierung stellen müssen. Dazu haben wir als Deutscher Städte- und Gemeindebund unsere Erwartungen im Rahmen eines Forderungskataloges formuliert“, stellte Schäfer abschließend fest.

Bundemittel laufen aus

Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg wies seinerseits darauf hin, dass die Bundemittel für die Integration von Flüchtlingen 2018 auslaufen. Die Kommunen bräuchten Planungssicherheit und deswegen sei es notwendig, zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Finanzierung langfristig sicherzustellen. „Integration ist eine kommunale Aufgabe, die Finanzierung aber müssen Bund und Länder gemeinschaftlich tragen“, so Landsberg.

„Auch die Beschränkung des Familiennachzuges läuft nur bis zum 31. März 2018. Die Kommunen erwarten eine weitere Steuerung und Begrenzung des Familiennachzuges, um eine Überforderung der Kommunen zu vermeiden. Wichtiges Kriterium für einen Familiennachzug müsse sein, dass der Flüchtling in der Lage ist, aus eigener Kraft seine Familie und sich zu unterhalten, und ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet im Jahr 2017 mit ca. 200.000 geflüchteten Personen in Deutschland. Das zeigt, dass die Flüchtlingsproblematik eine wichtige politische Herausforderung für Deutschland, aber insbesondere für die Kommunen bleibt“, unterstrich Landsberg.

Bisher ist es aus seiner Sicht auch nur in geringem Umfang gelungen, die Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Im März 2017 waren 138.000 Flüchtlinge sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ge-

wenn sie begleitende Familienangehörige finanziell unterstützen möchten“, verdeutlicht Seidenath. Holetschek ergänzt: „Das sind teilweise erhebliche Summen. Das Kinderhospiz St. Nikolaus in Bad Grönenbach muss beispielsweise jährlich bis zu einer Million Euro für den laufenden Betrieb aus Spenden aufbringen.“

Die CSU-Fraktion möchte die Hospize mit ihrem Vorstoß entlasten. „Wir sehen die Krankenkassen hier klar in der Pflicht“, so die beiden Gesundheitsexperten. „Kinderhospize leisten eine unschätzbare wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft. Sie sollen sich dabei ganz auf die Kinder und Familien konzentrieren können und ihre Energie nicht in die Spendenakquise stecken müssen.“ □

ringe bzw. mangelhafte Sprachkenntnisse sowie fehlende formale Berufsabschlüsse erschwerten die schnelle Integration in Beschäftigung. „Hier müssen wir besser werden und neue Wege gehen. Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung der Wirtschaft“, so der Hauptgeschäftsführer.

Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger unter den anerkannten Flüchtlingen steige rapide. „Im Februar 2017 waren es circa 777.000 Personen. „Es ist zu überlegen, zusätzlich öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen. Denn über eine solche Arbeit wird auch die Integration gefördert“, bemerkte Landsberg.

Dank der Kanzlerin

Laut Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wissen Vertreter der Kommunen am besten, welche Probleme und Chancen es vor Ort gibt. Aus diesem Grund hob sie die Bedeutung des Dialoges zwischen dem Bund und den Kommunen, vertreten durch die Spitzenverbände, hervor. Besonders im Rahmen der Flüchtlingskrise sei dies sehr erfolgreich gewesen. Die Kanzlerin dankte den Städten und Gemeinden, „die nicht gesagt haben, was nicht geht, sondern gesagt haben, was geht“.

Eine Weiterführung der Dialoge sei für Entwicklungen in vielen Themenbereichen, wie bei der Digitalisierung, nötig. „Deutschland ist im Bereich des E-Government ein Entwicklungsland“, so Merkel. Sie wies darauf hin, dass ein Wildwuchs der Angebote in diesem Bereich verhindert werden müsse.

Das Thema der Bund-Länder-Financen griff die Kanzlerin ebenfalls auf. Sie betonte, dass Kommunalpolitik nur effektiv sein könne, wenn sie nicht nur Mangelverwaltung wäre, sondern auch finanziell die Möglichkeit zur Gestaltung habe. Dies habe für die Bundespolitik eine immense Bedeutung, sei diese doch nur wirksam, wenn vor Ort auch gehandelt werden könne.

Herkulesaufgabe Flüchtlinge

Die Flüchtlingspolitik und die Innere Sicherheit sind zentrale Herausforderungen der Bundes-, aber gerade auch der Kommunalpolitik. Hierüber diskutierten rund 50 Kommunalvertreter mit Dr. Ole Schröder, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

Städte und Gemeinden haben laut Schröder mit den vielen ehrenamtlich Engagierten vor Ort Enormes bei der Aufnahme der Geflüchteten geleistet. Herkulesaufgabe der nächsten Jahre werde die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in die örtliche Gemeinschaft sein. Auch wenn die aktuellen Flüchtlingszahlen zurückgegangen sind, bestehe keine Entwarnung. Die Entwicklung der Flüchtlingssituation sei ungewiss.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei der Familiennachzug. Eine große Zahl von ausreisepflichtigen Asylbewerbern könne zudem nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Hier müsste ein einheitliches Abschiebemanagement in den Ländern eingeführt und Abschiebehindernisse beseitigt und freiwillige Rückführungen weiter gefördert werden.

Innere Sicherheit und wehrhafte Demokratie

Zum Thema Innere Sicherheit und wehrhafte Demokratie betrachtete Schröder mit Sorge, dass die Bürger vor dem Hintergrund erhöhter Terrorgefahren, gewaltbereiter Extremisten, Anschlägen und Übergriffen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik sowie der drastisch

ansteigenden Hasskriminalität stark verunsichert sind. Einen besonderen Schwerpunkt stelle deshalb die Bekämpfung der Hasskriminalität gerade gegenüber kommunalen Amtsträgern, Mitarbeitern in der Verwaltung und den vielen ehrenamtlich Aktiven dar. „Wenn kommunale Amtsträger aufgrund dieser Attacken ihr Amt aufgeben, geht es auch um Angriffe gegen unsere Demokratie. Der Staat muss sich hier als wehrhafter Rechtsstaat erweisen und diesen Angriffen entschlossen auch durch die Schließung von Strafbarkeitslücken entgegenzutreten“, machte Schröder deutlich.

Deutschland über die kommu-

nale Ebene modernisieren - dies forderte Georg Fahrenschoen, Präsident Deutscher Sparkassen und Giroverband.

Deutschland modernisieren über die kommunale Ebene

Die Sparkassen seien bewusst anders als andere Banken im Finanzsektor und stolz darauf, seit langem ein belastbarer und verlässlicher Partner für den Mittelstand und den Vermögensaufbau zu sein. Das Geschäftsmodell der Sparkassen funktioniere, so Fahrenschoen, aber auch die Sparkassen müssen sich an den Wandel durch die Digitalisierung anpas-

sen. Die Balance zwischen wirtschaftlichem Nutzen und dem Interesse der Kunden müsse immer wieder neu ausgelotet werden. Angebote der Sparkassen sollen in der Breite sicher, funktional und solide sein.

Besonders die Kooperation zwischen den Sparkassen und den kommunalen Trägern sind Fahrenschoen zufolge sehr wichtig für die Interessenvermittlung auch der Sparkassen. Vor diesem Hintergrund dankte der DSGVO-Präsident auch den kommunalen Spitzenverbänden für das gemeinsame Engagement im Hinblick auf die lokale Verankerung der Sparkassen. **DK**

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz:

Beschlüsse zu innerer Sicherheit und Wirtschaft

Umfangreiche Beschlüsse zur inneren Sicherheit und zur Wirtschaftspolitik standen am Ende der Großen Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in München. Die Unionspolitiker fordern, die rechtlichen, personellen und technischen Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zu erweitern, damit sie der Bedrohung durch Terror und extremistische Gewalt wirksam begegnen können.

Im wirtschaftlichen Bereich wollen die Unionsfraktionen Unternehmen von bürokratischen Lasten befreien, Investitionen beschleunigen und die Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft im digitalen Zeitalter stärken. Sie forderten überdies eine Steuerentlastung von 15 Milliarden Euro und ein schrittweises Auslaufen des Solidaritätszuschlags. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz gedachte in einer Schweigeminute der Opfer des Terroranschlags von Manchester.

„Die Konferenz hat sich erneut als Werkbank der Unionsfamilie bewährt. Die zwischen Ländern und Bund, CDU und CSU vereinbarten Positionen sind solide, auf die Realitäten in Deutschland abgestimmte Bausteine für die anstehende Wahlentscheidung im Bund“, sagte der Vorsitzende der Konferenz, Thüringens CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring. „Die Konferenz hat gezeigt, dass wir als Union klare Vorstellungen von unserem Kurs haben. Und sie hat gezeigt, dass der Wettbewerb der Länder die besten Lösungen hervorbringt. Sie war ein gutes Signal für die Stär-

kung des Föderalismus und ich glaube, dass das Land Bayern bei den Schwerpunktthemen der Konferenz, innere Sicherheit und Wirtschaft ein gutes Anschauungsbeispiel war“, erklärte Thomas Kreuzer, der gastgebende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Wie Mohring zum Beschluss zur inneren Sicherheit sagte, „gibt es ohne Sicherheit keine Freiheit. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, Gewalttätigen stets ein Stück voraus zu sein“. Nach dem Willen der Unionsfraktionen sollen die Möglichkeiten zur Speicherung und Verwendung von Verkehrsdaten ausgebaut werden. Die Konferenz spricht sich unter anderem für einen umfassenderen Einsatz von DNA-Analysen, genetischen Fingerabdrücken und des biometrischen Datenabgleichs aus. Die Konferenz fordert die Länder auf, die elektronische Fußfessel entsprechend der bundesgesetzlichen Regelung einzuführen. Doppelstaatlern, die sich Terrororganisationen anschließen, soll die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden. Polizisten, Feu-

erwehrkräften und Rettungskräften wollen die Unionspolitiker den Rücken stärken. Für Angriffe auf sie fordert die Fraktionsvorsitzendenkonferenz eine Mindeststrafe von sechs Monaten.

Der Beschluss zur Wirtschaft dient nach den Worten des Vorsitzenden der Konferenz dem Ziel, „die Kräfte der mittelständischen Wirtschaft zu entfesseln, wo so sie durch unnötige Auflagen und Verfahrensregeln gehemmt werden, und sie fit für die digitale Zukunft zu machen“. Die Unionspolitiker sehen ein Problem darin, dass vor allem große Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren, kleine und mittlere jedoch deutlich zurückfallen. Vereinfachte Bilanzierungsregeln, der Abbau von Hürden im öffentlichen Auftragswesen und Doppelprüfungen gehören zum Themenkomplex Bürokratieabbau. Durch ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz wollen CDU und CSU dafür sorgen, dass vorhandene Mittel schneller in die öffentliche Infrastruktur investiert werden können. Mittelständische Unternehmen sollen bei der Digitalisierung von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen durch einen Digitalbonus gefördert werden. □

Prostituierten-schutzgesetz startet zum 1. Juli

Die Bayerische Staatsregierung hat die zuständigen Behörden für die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes festgelegt. „In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden haben wir die notwendigen Zuständigkeiten geregelt. Ab 1. Juli werden in Bayern die Kreisverwaltungsbehörden und die Großen Kreisstädte den Vollzug übernehmen. Die Polizei unterstützt sie bei der Umsetzung, insbesondere bei Verdachtsfällen auf Menschenhandel oder Zwangsprostitution. Die gesundheitliche Beratung erfolgt in Bayern durch die Gesundheitsämter“, so Bayerns Sozialministerin Emilia Müller.

Kernelemente des Gesetzes sind die Einführung einer gesundheitlichen Beratungspflicht und einer Anmeldepflicht für Prostituierte. Zudem unterliegen Prostitutionsgewerbe zukünftig der behördlichen Erlaubnis und Überwachung. Für bereits vor dem 1. 7. 2017 in der Prostitution tätige Personen sowie für vor diesem Datum betriebene Prostitutionsgewerbe gelten Übergangsregelungen bis längstens 31. Dezember 2017. Das Prostitutionschutzgesetz wird von den Ländern vollzogen. „Wir werden die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen“, so Müller. Die vom Bund vorgegebene Umsetzungsfrist sei zu kurz. Übergangsregelungen würden den Behörden jedoch etwas Luft verschaffen. □

Bernreiter begrüßt Vorstoß der CSU-Fraktion

Wachsendem Hausärztemangel auf dem Land entgegenwirken

Auch viele Amtsarztstellen unbesetzt

„Seit Jahren kämpfen wir täglich gegen fehlende Ärzte in unseren Landkreisen. Die hausärztliche Versorgung beziehungsweise die sogenannte Landarzt-Problematik hat für uns höchste Bedeutung. Wir werden aber immer weiter in die Enge getrieben. Deswegen sind wir froh, mit dem Freistaat schon heute einen starken Verbündeten zu haben, um dem zunehmenden Ärztemangel auf dem Land bei gleichzeitiger Überversorgung in den Ballungsräumen zu begegnen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, Deggendorf.

„Wenn unsere Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft in ihrer Heimat gesund werden wollen, wenn sie krank sind, müssen wir alle zusammenhalten und alle Wege gangbar machen“, sagte der Präsident. So begrüßt der Bayerische Landkreistag auch alle Maßnahmen, die die Ausbildung von Allgemeinmedizinern während des Studiums fördert und über eine stärkere Kooperation von Universitätskliniken mit Kreiskrankenhäusern die Studierenden in den ländlichen Raum bringt.

Aber nicht nur bei den Hausärzten und in den Krankenhäusern stehen die bayerischen Landkreise vor großen Herausforderungen. Auch im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes gibt es zahlreiche nicht besetzte Stellen von Amtsärzten und erhebliche Rekrutierungsprobleme. Amtsärzte sind beispielsweise für die Einschulungsunter-

suchungen zuständig und haben eine wesentliche Rolle bei der Aufsicht über die Pflegeheime. „Derzeit fehlen in Bayern angesichts der in den letzten Jahren neu dazu gekommenen Aufgaben und Standards im öffentlichen Gesundheitsbereich, insbesondere bei den Heimaufsichten, über 120 Stellen, die vom Freistaat geschaffen und mit Fachpersonal besetzt werden müssten. Der Freistaat muss nicht nur für eine konkrete Besetzung vakanter Amtsarztstellen, sondern insgesamt eine Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sorgen. Dazu gehört beispielsweise die Etablierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als eigenständiges Fach im Medizinstudium in gleicher Weise wie eine Verbesserung der Stellenausstattung der Gesundheitsämter insgesamt“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags. □

Prüfingenieur der Gütegemeinschaft Kanalbau auf der Baustelle:

Prüfen, informieren, Qualität sichern

Ein wichtiger Bestandteil der Gütesicherung ist die Überprüfung der Gütezeicheninhaber durch einen der vom Güteausschuss des Güteschutz Kanalbau beauftragten Prüfingenieure. Für Baustellenbesuche bei Gütezeicheninhabern gilt: 2 Besuche pro Jahr in den Beurteilungsgruppen der offenen Bauweise bzw. Vortrieb sowie 1 Besuch pro Jahr in den Beurteilungsgruppen zur Sanierung, Inspektion, Reinigung und Dichtheitsprüfung.

Die 30 Prüfingenieure führen im Rahmen der kontinuierlichen Prüfung der Gütezeicheninhaber derzeit etwa 3.700 unangemeldete Baustellenbesuche pro Jahr durch. Dabei werden die Ausführung der Maßnahme entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik, die personelle und maschinentechnische Ausstattung sowie die Eigenüberwachung bewertet.

Baustellenmeldungen als Grundlage

Baustellenbesuche gehören zur täglichen Routine eines Prüfingenieurs. Welches Unternehmen ist turnusgemäß an der Reihe, welches Unternehmen führt eine Baustelle aus, die zum Anforderungsprofil der verliehenen Beurteilungsgruppe passt – so lauten einige Fragen, die bei der Vorbereitung und Terminplanung eine Rolle spielen. „Grundlage für die Planung der Baustellenbesuche des Prüfingenieurs sind die Baustellenmeldungen“, erläutert Dipl.-Ing. Sven Fandrich, Leitung Außendienst, Gütegemeinschaft Kanalbau. Im vergangenen Jahr beispielsweise haben die Unternehmen mit Gütezeichen 27.910 Baumaßnahmen gemeldet.

Ist eine Baustelle zum Besuch vorgesehen, stellt der Prüfingenieur anhand der Meldungen wichtige Angaben zusammen, etwa zu Personal, Leistungsumfang oder Schwierigkeitsgrad der Ausführung und schafft damit die Basis für die geplante Bewertung der Qualifikation und Zuverlässigkeit der Fachfirmen auf Grundlage RAL-GZ 961.

In Güte- und Prüfbestimmungen definiert

Die Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bieter sowie an die Dokumentation der Eigenüberwachung sind in den Güte- und Prüfbestimmungen definiert. Dementsprechend werden bei den Baustellenbesuchen die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, die personelle und maschinentechnische Ausstattung sowie die Eigenüberwachung geprüft.

Bei Maßnahmen der offenen Bauweise schaut sich der Prüfingenieur an, ob die Bauausführung den allgemein anerkannten Regeln der Technik entspricht und auch, ob die Einbaubedingungen des Rohres den Vorgaben aus der Statik entsprechen. Daneben werden die Geräte, die personelle Besetzung und die Eigenüberwachungsunterlagen geprüft. Bei der Eigenüberwachung sind die für die Qualität maßgeblichen Parameter zu überprüfen und deren Einhaltung zu dokumentieren. Der so genannte Leitfaden gibt den Umfang hierfür vor. Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppe „Sanierung“ verfügen über ein individuelles Handbuch, in dem die zum Einsatz kommenden Materialien genannt sind, Anforderungen an Verfahren, Ausführung und Eigenüberwachung verbindlich definiert sind. Hiermit steht ein wichtiges Instrument zur Verfügung, welches die Bewertung der Ausführung für Prüfingenieur oder Bauüberwacher ermöglicht.

Alles vollständig und in Ordnung?

Fehlen Angaben, oder ist alles richtig und vollständig dokumentiert? Ist das Personal qualifiziert und sind auch die gemeldeten Leute auf der Baustelle? In den meisten Fällen steht der Polier dem Prüfingenieur als Ansprechpartner beim Baustellenbesuch zur Seite, legt die erforderlichen Unterlagen vor und beantwortet etwaige Fragen. Stimmt die Situation auf der Baustelle mit den gemeldeten Daten überein? Gemeinsam werfen die Fachleute einen Blick in den Rohrgraben. „Das ist schon von Bedeutung“, stellt Fandrich fest. „Denn über die erfolgreich abgewickelten Maßnahmen belegt der Gütezeicheninhaber seine Qualifikation in unterschiedlichen Beurteilungsgruppen. Im Ausführungsbereich AK3 für Maßnahmen in einer Tiefenlage von bis zu 3 m, bei größeren Tiefen wird vom Auftraggeber in der Regel das Gütezeichen AK2 (bis 5 m) oder AK1 (> 5 m) als Nachweis der Fachkunde gefordert.

Ist alles in Ordnung, wird das positive Ergebnis ebenso im Prüf-

bericht festgehalten, wie eventuelle Abweichungen. „Bei kleineren festgestellten Mängeln erledigen das die Kollegen meist ‚auf dem kleinen Dienstweg‘, fordern eine kurzfristige Beseitigung der Beanstandungen und besuchen die Baustelle am nächsten Tag noch einmal“, weiß Fandrich. Das hat sich in der Praxis bewährt.

Kleiner Dienstweg

Bestätigt wird das von Dipl.-Ing. Thomas Glahn, einer der vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft beauftragten Prüfingenieure. „Es kommt immer mal vor, dass es auf der Baustelle klemmt“, so Glahn. So wurde er kürzlich von einem Auftraggeber angerufen, der mit der Koordination der Baumaßnahme und mit der Qualität der Ausführung nicht zufrieden war. Unter anderem wurde ein häufiger Personalwechsel während der Maßnahme bemängelt. Bei einem erneuten, kurzfristig anberaumten Besuch sprach der Prüfingenieur die Angelegenheit an und vergewisserte sich, dass entsprechend qualifizierte Arbeiter vor Ort im Einsatz waren. „Dieser Besuch hat mit dazu beigetragen, dass der Auftrag zur Zufriedenheit des Auftraggebers abgeschlossen werden konnte“, so Glahn.

Güteausschuss legt Maßnahmen fest

Gravierendere Mängel werden im Prüfbericht dem Güteausschuss der Gütegemeinschaft zur Beratung vorgelegt. Er empfiehlt dann entsprechende Ahndungsmaßnahmen. Bei festgestellten und dokumentierten Mängeln sieht die Satzung ein abgestuftes System von Ahndungen vor: „zusätzliche Auflagen“, „Verkürzung des Besuchsintervalls“, „Verwarnung“ oder ein „befristeter oder dauerhafter Entzug des Gütezeichens“. 2016 hat der Güteausschuss auf Basis der Auswertungen von Baustellen- und Firmenbesuchen in 193 Fällen geringe Beanstandungen festgestellt. Zudem wurden 210 Verwarnungen (Art 3) ausgesprochen, und in 7 Fällen wurde das Gütezeichen entzogen (Art 4).

Die Arbeit der Prüfingenieure und des Güteausschusses trägt entscheidend dazu bei, dass Auftraggeber konsequent und wirtschaftlich die Prüfung der Bieter-eignung durchführen können. So werden über die Auswahl einer fachlich geeigneten Firma die

Voraussetzungen für eine fachgerechte Ausführung der Maßnahme geschaffen. Denn die Auswahl einer geeigneten Firma kombiniert mit einer fachgerechten Bauüberwachung macht den Erfolg einer Maßnahme planbar.

„Das bewerten in der Regel

auch die Ansprechpartner auf der Baustelle so“, stellt Fandrich immer wieder fest. „Anhand der Bauausführung bewertet der Prüfingenieur die Qualifikation des Unternehmens. Zusätzlich nutzen wir den Baustellenbesuch um das Baustellenpersonal zu informieren und zu sensibilisieren. Ziel

der Gütesicherung auf der Baustelle ist, dass durch wachsende Qualifikation der Beteiligten, durch Eigenüberwachung und natürlich auch durch die gemeinsame Auswertung etwaiger Fehler die Ausführungsqualität kontinuierlich verbessert wird.“

www.kanalbau.com

Hochbehälter in Frankfurt grabenlos saniert:

UV-Liner überzeugte auf Anhieb

Im Nordosten von Frankfurt am Main hat die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG Sanierungsarbeiten an einem Hochbehälter der Hessenwasser GmbH & Co. KG vorgenommen. Zur Sanierung von neun Überlaufleitungen des Bauwerks setzten die Spezialisten für grabenlose Sanierung den lichtaushärtenden UV-Liner ein. Innerhalb von nur acht Tagen war der Auftrag abgewickelt – inklusive sämtlicher erforderlicher Vor- und Nacharbeiten, die unter anderem die Errichtung einer mobilen Baustraße umfassten.

Der aus den 1960er Jahren stammende Hochbehälter, an der Friedberger Landstraße am sogenannten Heiligenstock gelegen, ist Teil einer Behältergruppe, die der Trinkwasserversorgung der nördlichen Stadtteile Frankfurts dient. Da an den Überlaufleitungen des Hochbehälters altersbedingte Schäden festgestellt wurden, entschloss sich der Auftraggeber, die Hessenwasser GmbH & Co. KG, zur Sanierung der Kanäle.

„An den Betonrohren DN 400 waren Längs- und Schalenrisse aufgetreten, teilweise standen die Leitungen kurz vor dem Einbruch“, erläutert Hessenwasser-Projektleiter Franz Josef Hesse den Zustand der Kanäle. Da die zu sanierenden Kanäle eine Überdeckungshöhe von bis zu 6,50 m hatten, kam für Hessenwasser grundsätzlich nur ein grabenloses Verfahren in Frage. Hesse: „Mit einem offenen Verbau wäre das eine Großbaustelle geworden“. Eine zusätzliche Herausforderung stellte die eingeschränkte Zugänglichkeit des Geländes dar.

Neue Erfahrung

Mit der Durchführung der Arbeiten beauftragte Hessenwasser die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG. In der Vergangenheit hatte Hessenwasser das Unternehmen schon mehrmals mit Arbeiten im Trinkwasserbereich betraut. Im Zuge derer hatte der Auftraggeber auch die Vorzüge von mittels Dampf bzw. Warmwasser aushärtenden Linern kennengelernt; der in Heiligenstock eingesetzte lichtaushärtende UV-Liner sei jedoch für Hessenwasser „eine neue Erfahrung“ gewesen.

Aufgrund der eingeschränkten Zugänglichkeit des Einsatzortes, die noch durch schlechte Witterung erschwert wurde, ließ Dipl.-Ing. (FH), M.Eng., Markus

Schäfer, Bauleiter bei der DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG, Zweigniederlassung Aschaffenburg, zunächst eine 200 m lange mobile Baustraße errichten. Bevor mit den eigentlichen Arbeiten an den Leitungen begonnen werden konnte, mussten diese aufgrund ihres schlechten Zustandes gespült, gereinigt und gefräst werden. Im Anschluss

und chemikalienbeständige GFK-Liner, der mit einer Außen- und Innenfolie versehen ist, ist in den Augen von Projektleiter Hesse „für die Dimension DN 400 auf jeden Fall eine ideale Wahl“.

Überzeugt hat das System nicht zuletzt durch seine kurze Aushärtungszeit: „Nach zwei Stunden ist beim UV-Liner alles erledigt – die Alternative hätte einen ganzen Tag und eine ganze Nacht zum Aushärten benötigt“, so Hesse. „Gegenüber einem mit Wasser aushärtenden Linier ist das ein riesiger Vorteil“.

So konnten dank des vor Ort eingesetzten Verfahrens große Längen in kurzer Zeit verbaut werden. Und obwohl zunächst



Betriebseinrichtungen und Geräte werden beim Baustellenbesuch überprüft. Bild: Güteschutz Kanalbau

zogen die Experten von DIRINGER & SCHEIDEL den UV-Liner ein. Egal, ob rundes, eckiges oder eiförmiges Profil, das Verfahren eignet sich grundsätzlich für sämtliche gängigen Leitungsquerschnitte in einem Nennweitenbereich von DN 150 bis DN 1800 sowie für Eikreisprofile von 200/300 bis 900/1350. Das Ergebnis ist eine formschlüssig anliegende, dichte Rohrauskleidung, die sich durch eine hohe Resistenz gegen chemische und mechanische Belastungen, eine lange Lebensdauer und hervorragende hydraulische Eigenschaften auszeichnet.

Schneller Einbau, kurze Aushärtungszeit

Der mehrlagige, korrosions-

eigens eine Baustraße errichtet werden musste, war der Auftrag schnell abgeschlossen: Inklusive Vor- und Nacharbeiten nahm die Sanierung des Hochbehälters lediglich acht Tage in Anspruch; der eigentliche Einzug der Liner war bereits nach vier Tagen erledigt. Der Auftraggeber jedenfalls ist mit der schnellen Reaktion von DIRINGER & SCHEIDEL ebenso zufrieden wie mit dem eingesetzten Produkt – Projektleiter Hesse kann sich durchaus vorstellen, bei zukünftigen Aufgaben erneut auf die in Frankfurt-Heiligenstock erfolgreich eingesetzte Lösung UV-Liner zurückzugreifen.

Weitere Informationen zur DIRINGER & SCHEIDEL Rohrsanierung unter www.dus-rohr.de

Gütesicherung fordern, Verantwortung übernehmen

GÜTEZEICHEN
RAL
KANALBAU

Auftraggeber und
Auftragnehmer
gemeinsam
für Qualität

Gütesicherung
Kanalbau
RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

BLUELINE
GRABENLOS GUT!

D&S

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHRSANIERUNG

11X IN DEUTSCHLAND | WWW.DUS-ROHR.DE

Zu viel Dünger:

Trinkwasser könnte teurer werden

Trinkwasser könnte in etlichen Regionen Deutschlands in Zukunft spürbar teurer werden. Grund ist die hohe Belastung des Grundwassers mit Nitrat. Über 27 Prozent der Grundwasserkörper überschreiten derzeit den Grenzwert von 50 mg/l. Wenn die Nitratreinträge dort nicht bald sinken, müssen betroffene Wasserversorger zu teuren Aufbereitungsmethoden greifen, um das Rohwasser von Nitrat zu reinigen.

Einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zufolge kann dies die Trinkwasserkosten um 55 bis 76 Cent pro Kubikmeter erhöhen. Das entspricht einer Preissteigerung von 32 bis 45 Prozent. Eine vierköpfige Familie müsste dann bis zu 134 Euro im Jahr mehr bezahlen.

Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA: „Mit den Neueregungen in der Düngeverordnung wurden lange überfällige Schritte eingeleitet, die hoffentlich die Belastungen so weit senken, dass den Trinkwasserkunden die teure Aufbereitung erspart bleibt. Wichtig sind jetzt eine konsequente Umsetzung und verstärkte Kontrollen in den betroffenen Regionen. Falls sich diese Belastungen nicht verringern, müssten weitere und strengere Auflagen für die Landwirtschaft erfolgen.“

Gerade in Gebieten mit landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen ist das Grundwasser häufig durch zu viel Stickstoff belastet. Grund sind die auf den Feldern aufgetragenen Gülle und Mist aus der intensiven Tierhaltung oder Mineräldünger für beispielsweise Obst- und Gemüseanbau. Wasserversorger versuchen bereits heute, das Wasser mit unterschiedlichen Maßnahmen zu schützen, indem sie die darüber liegenden Flächen selbst pachten, Brunnen verlagern oder belastetes mit unbelastetem Wasser mischen. Auch diese Kosten fließen bereits heute in den Trinkwasserpreis mit ein.

Doch derartige Maßnahmen werden in Zukunft in hochbelasteten Regionen nicht ausreichen, um den Nitratwert im Trinkwasser niedrig zu halten. Die UBA-Studie hat dies mit Daten von und in Kooperation mit drei großen Wasserversorgern untersucht: OÖV (Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband), Rheinenergie und RWW (Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft).

Zusätzliche Reinigung des Wassers?

Ergebnis: In einigen Gebieten könnte bald der Fall eintreten, dass das Wasser zusätzlich gereinigt werden muss. Dazu gibt es unterschiedliche Verfahren: Elektrodialyse, Umkehrosmose, biologische Denitrifikation oder das CARIX-Verfahren. Welches Verfahren zur Anwendung kommen kann, wird durch lokale Faktoren wie der Wasserhärte oder der notwendigen Vor- oder Nachbehandlung des Wassers bestimmt. Die Gesamtkosten für die Reinigung hängen neben der Art des Verfahrens auch noch ab von der konkreten Belastungssituation vor Ort, dem zu erreichenden Nitratwert, bis zu dem die Verunreinigungen gemindert werden sollen (Zielwert), und der Menge des aufzubereitenden Wassers. In jedem Falle bedeuten die Verfahren mögliche berechnete Mehrkosten von bis zu 76 Cent pro Kubikmeter für die Wasserkunden: diese müssen also für die Überdüngung in ihrer Region bezahlen.

Die Studie rechnet zudem aus, wieviel die Reinigung von mit Nitrat belastetem Grundwasser in Deutschland insgesamt kosten kann: zwischen 580 und 767 Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Maßnahmen der novellierten Düngeverordnung kosten laut Bundeslandwirtschaftsministerium die Landwirtschaft bis zu 111,7 Millionen Euro pro Jahr, also nur einen Bruchteil dessen, den

die betroffenen Trinkwasserkunden zu bezahlen hätten. Dies zeigt erneut: Vorsorge ist billiger als Reparatur. Diese Maßnahmen helfen nicht nur, Nitratreinträge zu reduzieren und die Kosten für die Aufbereitung zu senken. Daneben haben sie sogar noch viele weitere positive Auswirkungen auf die Umwelt, wie den Erhalt der Artenvielfalt.

Zur novellierten Düngegesetzgebung gehört neben dem Düngegesetz und die geplante Einführung einer Stoffstrombilanzverordnung auch die Düngeverordnung, die nach einem langjährigen Prozess umfangreich überarbeitet und im Frühjahr 2017 verabschiedet wurde.

VKU zur Studie „Kosten Trinkwasser“ des Umweltbundesamtes

Die durch das Umweltbundesamt vorgelegte Studie zur „Qualifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung“ belegt, die seit Jahren steigenden finanziellen Aufwendungen der kommunalen Wasserversorger in mit Nitrat belasteten Gebieten. Diese Kosten entstehen beispielsweise für die Überwachung der Rohwasserressourcen zur Trinkwassergewinnung, für umfassende Beratungsleistungen für eine gewässerschonende Landbewirtschaftung, für den höheren Aufwand bei der Wassergewinnung durch Bohren von neuen Brunnen oder durch die Nutzung tieferer (unbelasteter) Grundwasserleiter oder auch letztendlich durch neue notwendige technische Verfahren. Dies geschieht, um den Grenzwert von 50 mg/l im Trinkwasser einzuhalten. Am Ende muss der Bürger den zusätzlichen Aufwand zahlen.

Auch deshalb ist es so wichtig, die Nitratreinträge in unsere Gewässer deutlich zu reduzieren. Maßgebliche Stellschraube dafür ist, dass Gülle und mineralische Dünger endlich korrekt bilanziert und dann auch wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden. „Ein Weiter so reicht für den Schutz der Trinkwasserressourcen nicht“, so der Verband kommunaler Unternehmen, der in Deutschland die kommunale Wasserwirtschaft vertritt. Die Neuregelung des Düngerechts, das mit der Einigung der Regierungskoalition auf eine Stoffstrombilanzverordnung nun auch noch seinen letzten Baustein erhalten hat, ist mit Blick auf dieses Ziel aber nur ein Startschuss. Es bleiben noch weitere Aufgaben für die nächste Bundesregierung, die nach der Wahl rasch angegangen werden müssen.

Das in diesem Jahr vom Bundestag novellierte Düngegesetz schreibt vor, dass ab dem 1. Januar 2018 eine Verordnung zur Bilanzierung der Nährstoffströme zum Beispiel für Gülle in der Landwirtschaft verabschiedet werden muss. Heute konnte nach langen und zähen Verhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen sowie dem Bundesumwelt- und dem Bundeslandwirtschaftsministerium ein tragfähiger Kompromiss für die Ausgestaltung dieser Stoffstrombilanzverordnung gefunden werden, so der ernährungs- und landwirtschaftspolitische Sprecher, Wilhelm Priesmeier.

„Die SPD-Bundestagsfraktion ist froh, dass nun endlich ein von allen Beteiligten akzeptierter Verordnungsentwurf auf den Weg ge-

bracht werden konnte. Damit wird den Landwirtschaftsbetrieben ermöglicht, ehrliche Bilanzen für ihre Nährstoffströme vorzulegen. Außerdem bietet es dem Agrarsektor die Chance, klar und transparent ihren Umgang mit der Umwelt darzustellen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion konnte dabei durchsetzen, dass sich die zuvor geforderten Messungenauigkeiten von 20 Prozent nicht mehr im Verordnungstext wiederfinden. Auch konnten die anrechenbaren Grobfutterverluste auf ein realistisches Maß reduziert werden. Beides hätte eine unzulässige Verfälschung der Bilanzen nach sich gezogen. Auch wurde auf unsere Initiative hin vereinbart, dass nach den Erkenntnissen der Einführungsphase bis 2023 die Bilanzierung angepasst wird. Wichtig war uns zudem, dass auch Biogasanlagen ab 2018 ihre Nährstoffströme bilanzieren müssen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hofft nun, dass die Anpassungen im Düngerecht ausreichen, um das anhängige Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland abzuwenden. Sicher ist jedenfalls, dass in den kommenden Jahren auch für die Bereiche Phosphor und Ammoniak das Düngerecht erneut angepasst werden muss. Gerne hätte das die SPD-Bundestagsfraktion bereits in dieser Legislaturperiode getan, auch um den Landwirten langfristige Planungssicherheit zu geben. Doch war dies mit dem Koalitionspartner nicht möglich.“

BUND: Verschärfung des Düngerechts erforderlich

Anlässlich einer neuen Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zur Nitratbelastung des Grundwassers fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine Verschärfung des Düngerechts. Bundesweit werden bei etwa einem Drittel aller Grundwassermessstellen in der Nähe landwirtschaftlicher Nutzflächen die Nitrat-Grenzwerte überschritten. Besonders hoch ist die Belastung in Gebieten mit viel Tierhaltung.

Mit Nährstoffen wie Nitrat be-

lastetes Grundwasser kann nicht als Trinkwasser verwendet werden, ohne verdünnt oder chemisch aufbereitet zu werden. Der UBA-Studie zufolge belaufen sich die Zusatzkosten der Wasserwerke auf bis zu 767 Millionen Euro im Jahr. Die Wasserrechnung für einen Vier-Personen-Haushalt erhöht sich dadurch um bis zu 134 Euro im Jahr. „Es ist inakzeptabel, dass die Wasserwerke und letztlich die Verbraucher hunderte Millionen Kosten tragen müssen, weil die Gewässer in Deutschland mit Düngemitteln belastet sind“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Nährstoffeinträge reduzieren

Wichtig seien jetzt konsequente Gegenmaßnahmen des Landwirtschaftsministeriums. „Zum Schutz von Fließgewässern, Meeren und des Grundwassers müssen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft deutlich reduziert werden. Minister Schmidt muss sich endlich dazu durchringen, das Düngerecht deutlich zu verschärfen. Jetzt muss die Hofortbilanz für alle Betriebe ab dem Jahr 2018 kommen. Es braucht einen sofortigen Düngehalt in besonders belasteten Gebieten und eine bundesweite Gülle-Transportdatenbank“, forderte Weiger.

Der BUND-Vorsitzende wies auch darauf hin, dass in der Studie lediglich die Kosten zur Trinkwassergewinnung berechnet worden seien. „Die Nitratbelastung von Bächen, Flüssen und Meeren hat das Umweltbundesamt noch gar nicht untersucht. Hohe Nährstoffeinträge in Gewässer schädigen Fische, Amphibien und andere Lebewesen. Die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten dürften in die Milliarden gehen. Und noch gänzlich im Dunkeln liegt, wie hoch die Schäden für die Artenvielfalt sind“, sagte Weiger.

Durch die UBA-Studie relativiert sich auch das von der Agrarindustrie immer wieder ins Feld geführte Argument der hohen Kosten für Bio-Lebensmittel. „Würden bei Lebensmitteln externe Kosten beispielsweise für die Trinkwasseraufbereitung eingerechnet, wären konventionelle Lebensmittel viel teurer und der Abstand zu Öko-Lebensmitteln lange nicht so groß“, betonte der BUND-Vorsitzende. □

Naabtal-Plan in Schwandorf vorgestellt

Der Freistaat hat mit dem Naabtal-Plan die erste Hochwasserschutz-Gesamtbetrachtung eines großen Nebenflusses der Donau vorgelegt. Denn in Zeiten des Klimawandels kommt das nächste Hochwasser mit Sicherheit. Hochwasserschutz ist deshalb eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Vorstellung des Hochwasserschutz-Konzeptes für das Naabtal in Schwandorf.

Scharf zufolge „hat in Bayern der Hochwasserschutz höchste Priorität. Hochwasserschutz ist mir eine Herzensangelegenheit. Die drei Säulen vorbeugender Hochwasserschutz, technischer Hochwasserschutz und allen voran die zeitnahe Warnung vor drohendem Hochwasser müssen gut aufeinander abgestimmt werden. Wir brauchen für jedes Hochwasser und für jeden Fluss maßgeschneiderte Lösungen. Denn kein Gewässer gleicht dem anderen. Wenn staatliche Vorsorge, kommunale Vorsorge und Eigenvorsorge der Bürger Hand in Hand gehen, ist das der beste Weg zum optimalen Hochwasserschutz im Naabtal.“

Das Naabtal im Landkreis Schwandorf ist stark hochwassergefährdet. In den Jahren 2002 und 2013 entging die Region knapp einer Hochwasser-Katastrophe, weil die dafür ursächlichen Regengebiete das Einzugsgebiet der Naab nur streiften. Bei einem hundertjährigen Hochwasser



Ulrike Scharf. □

Scharf: „Wir brauchen im Naabtal eine intensive Hochwasservorsorge. Außerdem empfehlen wir den Bürgern eine Elementarschadenversicherung, die das Restrisiko abdecken kann. Wir wollen

Schatz unter der Straße

VKU-Positionen zur Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft

Über maßgebliche Herausforderungen für die Infrastrukturentwicklung in der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft informiert der VKU in einem neuen Positionspapier mit dem Titel „Infrastruktur - Schatz unter der Straße“. Die Publikation bündelt die politischen Positionen des Verbandes im Themenfeld Infrastrukturerhalt und -entwicklung, bereitet diese grafisch auf und verknüpft sie mit den wichtigsten Ergebnissen der VKU-Mitgliederbefragung.

Die Ergebnisse der VKU-Mitgliederbefragung zeigen deutlich auf, dass die Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung den Erhalt und die Erneuerung der vorhandenen Leitungs- und Kanalnetze als maßgebliche Herausforderung betrachten, die die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel künftig entscheidend bestimmen wird.

Vielorts erreicht die Infrastruktur das Ende der Nutzungsdauer. Daher stehen vermehrt Erneuerungsinvestitionen an. Neben Instandhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen wird der Mitteleinsatz zukünftig vor allem durch zusätzliche rechtliche und technische Anforderungen sowie durch sich stetig verändernde strukturelle Rahmenbedingungen beeinflusst.

Investitionsverhalten

Zwei Drittel der Abwasserentsorger gehen davon aus, dass sich erhöhte technische und rechtliche Anforderungen auf das Investitionsverhalten in der Abwasserentsorgung auswirken werden. Aufgrund der zahlreichen verschiedenen Anforderungen, die sich derzeit in der Diskussion befinden, lässt sich dabei keine klare Hierarchie ausmachen.

So gibt es mit Blick auf die Anzahl der Nennungen nur wenige Unterschiede zwischen erhöhten Anforderungen an die Einleitung von Abwasser, an weitergehende Behandlungsmaßnahmen, die Klärschlammbehandlung und Phosphorrückgewinnung sowie an die Niederschlagswasserbewirtschaftung.

Die Ergebnisse spiegeln damit eindrucksvoll wider, dass die kommunalen Abwasserentsorger derzeit mit einer Reihe von politischen Initiativen kon-

frontiert sind, die sich maßgeblich auf das Investitionsverhalten und die Höhe der Entgelte der kommunalen Abwasserentsorgung auswirken können. Für 41 Prozent der Trinkwasserversorger nehmen wachsende Anforderungen wie der Umgang mit zunehmenden Stofffrachten im Rohwasser oder die Qualitätsüberwachung, entscheidenden Einfluss auf das zukünftige Investitionsverhalten.

Strukturelle Rahmenbedingungen

31 Prozent der Wasserversorger und 21 Prozent der Abwasserentsorger sehen durch die Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen besondere Herausforderungen auf sich zukommen. Für die Trinkwasserversorger stehen dabei besonders der rückläufige Wassergebrauch, der demografische Wandel und der generelle Bevölkerungsrückgang im Fokus.

Für ein Viertel der Befragten ergibt sich zudem aus der Verschlechterung der Rohwasserqualität, insbesondere infolge zunehmender Nitrat- und Pflanzenschutzmittelkonzentrationen, zusätzlicher Handlungsdruck. Für die betroffenen Abwasserentsorger sind in diesem Bereich vor allem klimatische Veränderungen, die zum Beispiel mit der Bewältigung von Starkregenereignissen verbunden werden, gefolgt von demografischem Wandel maßgeblich.

Während gut 40 Prozent dieser Unternehmen eine Herausforderung im Bevölkerungsrückgang sehen, gibt etwa ein Viertel an, dass sich zukünftig auch regionale Bevölkerungszuwächse als besondere Herausforderung auf den Erhalt und die Erweiterung der Infrastrukturen zeigen werden.

Leistungs- und Kanalnetze im Blickfeld

Mit 96 Prozent der Wasserversorger und 88 Prozent der Abwasserentsorger schätzt die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen, dass die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel künftig schwerpunktmäßig in die Leitungs- und Kanalnetze fließen werden.

Für die Abwasserentsorger spielen gleichzeitig die Investitionen in die Abwasserbehandlung (54 Prozent) und in die Niederschlagswasserbewirtschaftung (40 Prozent) eine wichtige Rolle. Deutlich sichtbar wird anhand der Umfrageergebnisse auch die steigende wirtschaftliche Relevanz der Themen IT-Sicherheit und Energieoptimierung.

Die kommunalen Unternehmen investieren beständig auf hohem Niveau. Etwa drei Viertel der Befragten geben an, dass die derzeit für den Substanzerhalt aufgewendeten Mittel für den aktuellen Bedarf ausreichen. Gleichzeitig gehen über drei Viertel der Unternehmen aber auch davon aus, dass die Mittel für die erforderlichen Investitionen langfristig ansteigen müssen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass aktuell überwiegend kein Defizit in der Substanzerhaltung zu verzeichnen ist. Um dies langfristig auch weiterhin zu gewährleisten, werden die Infrastrukturausgaben in den kommenden Jahren nochmals

Innenminister Herrmann:

Wachsende Bedrohung durch Cyber-Kriminalität

Beim 6. Wirtschaftsforum Oberhaching hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann vor den zunehmenden Gefahren durch Cyber-Kriminalität, digitale Spionage und Sabotage gewarnt: „Die Digitalisierung verändert unsere Welt massiv. Den Chancen der digitalen Welt stehen aber auch große Risiken gegenüber.“ Das Spektrum reiche von Erpressung über Waffen- und Drogenkäufe im Darknet bis zu Beleidigungen und Betrügereien im Netz.

Die Straftaten mit dem ‚Tatmittel Internet‘ sind bayernweit zuletzt deutlich gestiegen. Nachdem bereits im Jahr 2015 eine Zunahme um 12,7 % zu verzeichnen war, schlug im vergangenen Jahr ein Zuwachs um 3,8 % auf knapp 24.900 Delikte mit einem Gesamtschaden von 17,5 Millionen Euro zu Buche. Auch bundesweit gab es 2016 eine ähnliche Entwicklung mit knapp 253.290 Fällen.

Breites Angebot für Mittelständler

Für Herrmann ist es daher nur konsequent, dass der Freistaat mittelständische Unternehmen, die überdurchschnittlich oft Opfer von Cyberattacken werden, auf vielfältige Weise dabei unterstützt, sich selbst zu schützen. „Gerade für Mittelständler gibt es im Freistaat ein breites Angebot an Beratung und finanzieller Förderung“, betonte Herrmann, der ergänzte: „Seien Sie den Cyberverbrechern einen Schritt voraus und nutzen Sie das Angebot!“

Publikation der kommunalen Spitzenverbände und Vitako:

Informationssicherheitsleitlinie in Kommunalverwaltungen

Die Entwicklung der Informationstechnologie und deren zunehmende Durchdringung aller Lebensbereiche führen zu neuen Anforderungen an die Informationssicherheit. Sensible IT-Systeme mit wachsender Komplexität, Vernetzung und Verwundbarkeit sind zunehmend zielgerichteten, hochprofessionellen Angriffen ausgesetzt, deren Schadenspotenzial dramatisch ansteigt. Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland (VITAKO) die Erarbeitung einer Handreichung für die Verwaltungen von Städten, Landkreisen und Gemeinden initiiert.

Die „Handreichung zur Ausgestaltung der Informationssicherheitsleitlinie in Kommunalverwaltungen“ beschreibt den Einstieg in Entwicklung und Gestaltung von Informationssicherheitsleitlinien sowie Wege zum Aufbau und Betrieb kommunaler Informationssicherheits-Managementssysteme. Sie orientiert sich an den in Deutschland verbreiteten Standards zur Informationssicherheit sowie an den Vorgaben der Leitlinie zur Informationssicherheit des IT-Planungsrates und berücksichtigt besonders die spezifischen Bedingungen in der kommunalen Praxis.

„100 % Sicherheit gibt es nicht! Bestimmten Risiken kann man nicht wirtschaftlich sinnvoll entgegen treten“, so das Fazit. Die Leitungsebene hat laut Handreichung die verbleibenden Risiken in Erfahrung zu bringen, mit geeigneten Mitteln entgegenzusteuern (etwa durch Umstrukturierungen) oder diese unter bestimmten Umständen zu akzeptieren. Je nach Größe, Organisationsstruktur, Sicherheitsbedürfnis bzw. Reifegrad und finanziellen Möglichkeiten werden die Anforderungen an das ISMS unterschiedlich ausfallen.

Größtmögliche Sicherheit sei nicht im Rahmen eines einmal zu durchlaufenden Projektes zu erreichen, heißt es weiter. Steigende Anforderungen an die Informationssicherheit seien mit einem höheren Bedarf an Ressourcen verbunden, was bei der Planung des ISMS zu berücksichtigen ist.

„Leider werden nach wie vor oft Gefahren im Netz nicht erkannt oder unterschätzt. Nicht selten stehen die „virtuellen Werkzeuge“ wegen unzureichender IT-Schutzmaßnahmen weit offen“, erklärte Herrmann.

Mit dem Cyber-Allianz-Zentrum-Bayern, das beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist, steht deshalb ein kompetenter Ansprechpartner für Unternehmen, Hochschulen und Betreiber kritischer Infrastrukturen bereit. Im Rahmen des Masterplans ‚BAYERN DIGITAL‘ soll das Cyber-Allianz-Zentrum nun personell noch weiter verstärkt werden. Außerdem unterstützt der Freistaat mit dem bundesweit einzigartigen Förderprogramm ‚Digitalbonus Bayern‘ mittelständische Unternehmen auch finanziell dabei, sich zu digitalisieren und ihre IT-Sicherheit zu verbessern. Eine Erfolgsgeschichte: Von Oktober 2016 bis Mai 2017 haben bereits über 2.000 Betriebe aus ganz Bayern einen Antrag eingereicht.

Wie der Innenminister berichtete, habe er in den vergangenen Jahren auch bei der Bayerischen Polizei einen besonderen Schwerpunkt auf den Ausbau der Cybercrime-Bekämpfung gelegt. „Mir ist es wichtig, dass unsere bay-

Telekom führend im Kabelnetz:

Ab sofort 500 MBit/s

Als erster Infrastrukturanbieter in Deutschland bietet die Telekom mit Zuhause Kabel einen Internetanschluss an, der über das herkömmliche Koaxialkabel Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 500 MBit/s ermöglicht. Mieter, deren Hausverwaltung oder Wohnungswirtschaft sich für das Kabelsignal der Telekom entschieden haben, können das schnelle Internet ab sofort buchen.

Der neue Tarif Zuhause Kabel Surfen und Telefonieren XXL bietet neben der Download-Geschwindigkeit von bis zu 500 MBit/s auch Upload-Raten von 25 MBit/s. Nutzer zahlen für das Angebot monatlich 69,95 Euro mit Mindestvertragslaufzeit, ansonsten liegen die Kosten bei monatlich 74,95 Euro. Für den 500 MBit/s Zuhause Kabel Anschluss steht dem Kunden ein Kabelmodem mit WLAN mit bis zu 1.300 MBit/s und vier Ethernet-Anschlüssen für Kabelverbindungen zur Auswahl, das er bei der Telekom entweder mieten oder kaufen kann.

„Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung steigen auch die Ansprüche der Mieter“, sagt Hagen Rickmann, Geschäftsführer Geschäftskunden Telekom Deutschland GmbH. „Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Infrastruktur unterstützen wir Wohnungswirtschaftsunternehmen dabei, die Zufriedenheit ihrer Mieter zu erhöhen und so die Attraktivität der Immobilien zu steigern.“

Unabhängig vom schnellen Internet beinhaltet das Kabel-TV der Telekom derzeit mehr als 240 freie analoge und digitale Fernseh- und Radiosender, davon derzeit 30 in HD-Qualität. Zudem sind mehr als 35 Fremdsprachenprogramme inklusive. Aktuell gehört dieses Free-TV-Angebot zu den umfangreichsten in Deutschland und wird stetig weiter ausgebaut. Für den Empfang des Free-TV-Portfolios benötigen die Nutzer keine zusätzlichen Endgeräte. Außerdem bietet Zuhause Kabel Fernsehen ein umfangreiches eigenes Pay-TV Portfolio mit verschiedenen deutsch- und fremdsprachigen Paketen an.

erische Polizei nicht nur bei der ‚analogen‘ Kriminalitätsbekämpfung auf der Straße bundesweit den besten Job macht, sondern auch im Cyberraum stets am Puls der Zeit ist.“ Bayernweit sind daher derzeit mehr als 300 Spezialisten im Kampf gegen Kriminelle im Netz, die dafür extra aus- und fortgebildet sind.

Zum 1. Januar 2014 ist zudem die ‚Zentrale Ansprechstelle Cybercrime‘ (ZAC) beim Bayerischen Landeskriminalamt installiert worden. Auch hier finden kleine und mittelständische Unternehmen kompetente Ansprechpartner in Sachen Internetkriminalität. Im Kampf gegen Cyber-Verbrecher stellt der Freistaat heuer außerdem zusätzlich zu den 65 bereits eingesetzten Computerkriminalisten – auch ‚Cybercops‘ genannt – rund 70 weitere Experten ein. „Damit sind wir in diesem Bereich einmal mehr bundesweiter Vorreiter“, betonte Herrmann.

„Generell bedarf es des Bekenntnisses der Behördenleitung zur Informationssicherheit und eines klaren Regelwerkes unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten“, heißt es in dem Papier. Alle Beschäftigten der Behörde seien in den Sicherheitsprozess einzubeziehen. Bestimmten Gefährdungen wie z. B. dem Social Engineering, könne nur gemeinsam mit organisatorischen Maßnahmen wirksam entgegengewirkt werden.

Die Leitlinie für die Informationssicherheit des IT-Planungsrates fordert Ebenen übergreifende Informationssicherheit für Bund, Länder und Kommunalverwaltungen. Dabei ist die interkommunale Zusammenarbeit zur Umsetzung einheitlicher Sicherheitsmaßnahmen nicht nur unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitsaspekten nötig. Die kommunalen Spitzenverbände sind die Interessenvertreter in den Steuerungsgremien von Bund und Ländern. Mit dem IT-SiBe-Forum bieten sie zudem eine Austauschplattform für Informationssicherheitsbeauftragte und Praktiker in den Kommunalverwaltungen.

Unter diesem Begriff werden allgemein Angriffstechniken zusammengefasst, die sich auf die gezielte Manipulation von Menschen beziehen, um Zugang zu Computersystemen zu erlangen. Ein Beispiel bildet die Vortäuschung bestimmter Identitäten, um angriffsrelevante Informationen von Mitarbeitern zu erhalten. DK

M-net Glasfaseranschluss:

Beste Tarifbedingungen

M-net auf Platz 1 im deutschlandweiten FOCUS MONEY Anbiertvergleich

Welcher Telekommunikationsanbieter bietet seinen Kunden die beste Doppel-Flatrate beim Telefon- und Internetanschluss? Dieser Frage ging das Vergleichsportal Check 24 im Auftrag der Zeitschrift FOCUS MONEY auf den Grund. Das Ergebnis: M-net hat die besten Tarifbedingungen.

Bei einem Internetanschluss ist nicht nur der Preis entscheidend, sondern auch eine ganze Reihe anderer Faktoren: Wie schnell soll der Anschluss sein? Wie gut sind Netz und Service des Providers? Und kommen am Ende versteckte Zusatzkosten auf den Kunden zu? Fragen wie diesen ist Check24 nachgegangen und hat in einem aufwendigen Vergleich unter zehn regionalen und nationalen Telekommunikationsanbietern die Besten gekürt.

Faire Konditionen

In der Kategorie ‚Tarifbedingungen‘ haben die Tester zehn Kriterien untersucht. Die höchste Gewichtung nahmen dabei die maximale Netzgeschwindigkeit, die mitgelieferte kostenlose Hard-

ware und der mögliche Einsatz einer Geschwindigkeitsdrossel ein. Mit seinem Glasfaser-Tarif ‚Surf&Fon Flat 50‘ erreichte M-net dabei die maximal zu erreichende Punktzahl und landete deutlich vor allen anderen Anbietern. „Das Ergebnis zeigt, dass das Preis-Leistungsverhältnis bei M-net stimmt und dass unsere Kunden faire Konditionen erwarten dürfen, die genau auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind“, freut sich Dorit Bode, die Geschäftsführerin Marketing & Vertrieb bei M-net.

M-net zählt seit Jahren zu den am schnellsten wachsenden regionalen Telekommunikationsanbietern in Deutschland und baut sein Netzgebiet kontinuierlich aus. Aktuell zählt der Provider über 410.000 Kundenanschlüsse in Bayern und Hessen.

Hasenberg und Harthof:

Glasfasernetz geht in Betrieb

Im Juli 2016 fiel der Startschuss für die zweite Stufe des Münchner Glasfaserausbaus, der insgesamt größten Ausbaumaßnahme dieser Art in Deutschland. Zuerst rollten die Bagger in den Stadtteilen Hasenberg und Harthof im Norden Münchens an. Dort wo die Arbeiten abgeschlossen sind, können die Bewohner ab sofort leistungsfähige Glasfaseranschlüsse beim regionalen Telekommunikationsanbieter M-net beziehen. Dabei stehen ihnen Bandbreiten von heute 300 Megabit bis künftig sogar 1 Gigabit zur Verfügung.

In der zweiten Ausbaustufe kommen als erstes die Bewohner der Stadtteile Hasenberg und Harthof in den Genuss der neuen Highspeed-Internet-, Telefon- und TV-Anschlüsse von M-net. Bislang haben bereits 350.000 Haushalte in München Zugang zum schnellen Glasfasernetz, bis Jahresende sollen weitere 30.000 Haushalte hinzukommen.

Gfast Technologie

Dank eines neuen Datenübertragungsverfahrens namens Gfast ist M-net in der Lage, die Bandbreiten selbst in Wohneinheiten mit bestehenden Telefonleitungen im Haus auf einen neuen Spitzenwert zu heben: M-net setzt als erster Glasfaseranbieter in Deutschland die Gfast Technologie ein und wird so künftig Datenraten ermöglichen, die Super Vectoring (bis 300 MBit/s) oder

VDSL/2-Vectoring (bis 100 MBit/s) weit übertreffen. Gfast erhöht die Geschwindigkeit, mit der Daten über die bestehenden Kupferverkabelungen im Haus transportiert werden können. Die neue Technologie wird daher vor allem in Bestandsbauten mit mehreren Wohneinheiten zum Einsatz zu kommen.

Mit dem Münchner Glasfaserausbaue wollen die Stadtwerke München und ihre Telekommunikationstochter M-net eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur schaffen. Dazu verlegen sie in den kommenden Jahren rund 800 Kilometer Glasfaserkabel im Stadtgebiet. Bis 2021 wird M-net so in knapp 70 Prozent aller Münchner Wohn- und Gewerbehäuser schnelle Internetanschlüsse anbieten können. Das Projekt gilt als größte Ausbaumaßnahme in Deutschland mit Leuchtturmcharakter in Europa.

Mein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net
Mein Netz

EU Datenschutz-Grundverordnung muss auf der Prioritätenliste nach oben rücken

Öffentlichen Stellen ist ein großes und teils hoch komplexes Aufgabengebiet zugeordnet. Und damit auch ein umfangreiches datenschutzrechtliches Regelwerk. Hier stehen spürbare Änderungen an. Durch die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ändern sich auch weite Teile der für Behörden und Kommunen geltenden Datenschutzgesetzgebung. Mit Stichtag 25.05.2018 muss den neuen Regelungen Rechnung getragen werden, ohne Schon- oder Übergangsfrist.

In weiten Teilen der Bevölkerung nimmt das Interesse am Umgang mit eigenen Daten zu. Dem trägt auch die DS-GVO Rechnung und räumt Bürgerinnen und Bürgern wie auch Mitarbeitern umfassende Rechte z.B. zur Auskunft über sie vorgehaltene Daten und deren Weitergabe ein. Auch, um der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand in Sachen Grundrechtsschutz nachkommen zu können empfiehlt es sich daher, auf die anstehenden Änderungen vorbereitet zu sein.

Die zunehmende Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und die Auslagerung von IT-Verfahren an externe Dienstleister geht mit Chancen und Risiken im Bereich Datenschutz für die öffentlichen Auftraggeber einher. So lässt sich für eigene Fachbereiche bequem Professionalisierung „einkaufen“, die mit vorhandenem Personal unmöglich gestemmt werden könnte. Wenn gleich sich so das Niveau der Datensicherheit recht einfach anheben lässt, bleibt das Thema Da-

tenschutz in der Praxis doch oftmals auf der Strecke, gibt Daniela Duda, Geschäftsführerin der rehm Datenschutz GmbH und Leiterin des Fachbereichs für die Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V. zu bedenken.

Rechtskonforme Vereinbarungen treffen

Sofern Dienstleistungen bspw. an Anstalten des öffentlichen Rechts vergeben werden, ist ein Nachweis der datenschutzkonformen Verarbeitung noch recht einfach zu erbringen. Unter gewissen Voraussetzungen können selbst außereuropäische Unternehmen in die öffentliche Datenverarbeitung einbezogen werden. In jedem Fall müssen für die konkrete Zusammenarbeit mit einem personenbezogenen Daten verarbeitenden Dienstleister unbedingt im Vorfeld rechtskonforme Vereinbarungen getroffen werden, die Mindeststandards garantieren und der auftraggebenden Kommune

umfangreiche Rechte einräumen.

Duda betrachtet mit zunehmender Sorge den Druck bei der Wahrnehmung der umfassenden Aufgaben durch die behördlichen Datenschutzbeauftragten (bDSB) in den Kommunen vor Ort, oftmals mangelt es an entsprechen-



Daniela Duda.

den zeitlichen und fachlichen Ressourcen, die für einen vernünftigen Umgang der damit einhergehenden Verantwortung nötig wären. Neben dem Aufbau inhaltlicher DS-GVO-Expertise und der Gewährleistung regelmäßiger Überprüfungen der Datensicherheitsmaßnahmen wird

der oder die für den Datenschutz als zuständig Deklarierte auch zunehmende Nachweis- und Rechenschaftspflichten zu erfüllen haben – oftmals neben den eigentlichen Verwaltungstätigkeiten ihrer oder seiner eigentlichen Stelle.

Mit Einführung der DS-GVO wird auch die öffentliche Hand externe Datenschutzbeauftragte (eDSB) bestellen können, was bisher im Rahmen des Bayerischen Landesdatenschutzgesetzes noch nicht zulässig war. So kann das Arbeitszeitdeputat der eigenen Mitarbeiter geschont und die Fachkompetenz des Datenschutzbeauftragten sowie eine korrekte Erfüllung der gesetzlichen Pflicht sichergestellt werden. Das ist natürlich unter keinen Umständen als Freifahrtschein oder als „Loskaufen“ von einer lästigen Verpflichtung anzusehen. Die Bestellung von „Pro-Forma“- oder „Feigenblatt“-DSB wird weiterhin mit einer „Nichtbestellung“ gleichgestellt.

Die Auflagen und Prüfpflichten der Aufsichtsbehörden mit Anwendung der DS-GVO werden deutlich zunehmen. Daher kann die Bestellung eines eDSB oder die Unterstützung des internen DSB durch eine externe Fachkraft sowohl für Behörden oder Kommunen, als auch für angeschlossene Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten, etc. eine adäquate Antwort auf die datenschutzrechtlichen Herausforderungen darstellen, mit der die öffentliche Hand auch ihrer Vorbildrolle in Sachen Grundrechtsschutz für alle Bürger in vernünftiger Weise gerecht werden kann.

werden, sondern während der Überwachung anhand von Referenzbildern (Templates) automatisiert identifiziert werden. Damit werde eine dauerhafte Kontrolle darüber möglich, wo sich konkrete Personen wann aufhalten und bewegen und mit wem sie hierbei Kontakt haben. Ermöglicht werde so die Erstellung von umfassenden Bewegungsprofilen und die Verknüpfung mit anderen über die jeweilige Person verfügbaren Daten.

Neben den genannten massiven gesellschaftspolitischen Problemen bestünden auch erhebliche rechtliche und technische Bedenken gegen den Einsatz solcher Überwachungstechniken. Biometrische Identifizierung arbeite mit Wahrscheinlichkeitsaussagen; bei dem Abgleich zwischen ermitteltem biometrischen Merkmal und gespeichertem Template seien falsche Identifizierungen keine Seltenheit.

Beim Einsatz dieser Technik durch Strafverfolgungsbehörden könne eine falsche Zuordnung dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger unverschuldet zum Gegenstand von Ermittlungen und konkreten polizeilichen Maßnahmen werden. Dasselbe Gefahr bestehe, falls sie sich zufällig im öffentlichen Raum in der Nähe von gesuchten Straftätern oder Störern aufhalten.

Eingriff ins Grundrecht

„Es gibt keine Rechtsgrundlage für die Behörden von Bund und Ländern für den Einsatz dieser Technik zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung“, heißt es in der Resolution. Die bestehenden Normen zum Einsatz von Videoüberwachungstechnik erlaubten nur den Einsatz technischer Mittel für reine Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen, nicht hingegen für darüber hinausgehende Datenverarbeitungsvorgänge.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seien Maßnahmen mit großer Streubreite ein erheblicher Grundrechtseingriff. Ein Einsatz der Videoüberwachung mit Gesichtserkennung dürfe daher auf derzeitiger Grundlage auch im Rahmen eines Pilotbetriebs nicht erfolgen. **DK**

Hausmesse Würzburg 2017:

AKDB-Lösungen erleichtern kommunalen Arbeitsalltag

Auch 2017 war die Hausmesse Unterfranken mit rund 300 Besuchern wieder ein Anziehungspunkt für Bürgermeister, Geschäfts-, IT- und Fachamtsleiter sowie Sachbearbeiter aus der gesamten Region. Unter dem Motto „Synergien erleben – der digitale Marktplatz für Ihre Verwaltung“ nutzten diese die Gelegenheit, sich untereinander und mit den Fachexperten von AKDB und LivingData auszutauschen und sich über die aktuellsten Entwicklungen in der kommunalen IT zu informieren.

Im Mittelpunkt: „Arbeitsvereinfachungen und Effizienzen“, die man mit der neuen Produktgeneration SYNERGO® verfolge, so AKDB-Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer in seiner Begrüßungsrede. Der „Synergio-Effekt“ wirke gegenüber Bürgern via Bürgerservice-Portal, Bürgerterminal und Bürgerservice-App und bei Sachbearbeitern im Bürgerbüro am dafür konzipierten „integrativen Synergio-Arbeitsplatz“.

„Synergio-Effekt“

„Dabei“, so Schleyer weiter, „geht es uns nicht um Technologie, sondern darum, Verwaltungsdienste dort anzubieten, wo sie im Zeitalter der Digitalisierung erwartet und auch nachgefragt werden: im Bürgerbüro, zuhause, unterwegs“.

Nicht nur im eGovernment ist die Digitalisierung längst eingezogen. Die Digitalisierung und Vermessung Bayerns bis in den letzten Winkel und mit einer Genauigkeit von Plusminus zwei Zentimetern sowie das Anwendungs- und Einsatzspektrum der Daten des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung stellte dessen Präsident Wolfgang Bauer in seinem Gastvortrag eindrucksvoll unter Beweis.

Digitale Prozessketten schaffen konkrete Arbeitserleichterungen

Unmittelbar greifbare Synergieeffekte für die alltägliche Sachbearbeitung in der Kommune wurden Hausmessebesuchern auch im Vortrag „Medienbruchfreie Prozesse in der Kommune – vom Online-Antrag mit ePayment bis in die Fachverfahren“ demonstriert. Im Rahmen des SYNERGO®-Konzepts längst gelebte Realität: Der Sachbearbeiter im Einwohnermeldeamt sieht in seinem OK.EWO-Posteingangskorb einen über das Bürgerservice-Portal online eingegangenen und per ePayment bereits bezahlten Antrag für die Ausstellung einer Meldebescheinigung, übernimmt und prüft alle Angaben über den OK.EWO-Integrationsassistenten und stellt die Meldebescheinigung aus, deren Gebühr über OK.FIS auch gleich korrekt in der Kasse verbucht wird – ein klassischer kommunaler Geschäftsprozess, medienbruchfrei mit wenigen Klicks von Anfang bis Ende digital unterstützt.

Intelligentes Zusammenspiel kommunaler Manager

Übergreifende Synergieeffekte präsentierten auch Felix Kummer und Norbert Hart in ihren Vorträgen zu den neuen Lösungen TERA Objektmanager, TERA Gebäudemanager und TERA Vertragsmanager. Das intelligente Zusammenspiel der neuen Fachanwendungen untereinander als auch mit der bewährten TERAwinn Bauhof-Lösung ermöglicht eine Vielzahl von Arbeitserleichterungen, die ein Novum im kommunalen Bereich darstellen: Die neue TERA Manager-Familie ermöglicht beispielsweise eine

Bearbeitung im zuständigen Amt und eine Beauftragung innerhalb der ganzen Kommune. Ob der Reparaturauftrag für die Spielplatzrutsche aus dem TERA Objektmanager, die Wartung der Heizungsanlage aus dem TERA Gebäudemanager oder die Pflege der Außenanlagen aus TERAwinn Bauhof kommt – die zugehörigen Aufträge werden stets an zentraler Stelle vorgehalten. Von der Auftragserteilung über die Auftragsvergabe und –bearbeitung bis hin zur Abrechnung bewegen sich die Anwender ausschließlich in den Fachmodulen ihrer TERA Manager.

IT-Sicherheit

Vor dem Hintergrund der in immer kürzerem Abstand global wütenden Krypto-Trojaner durfte das Thema IT-Sicherheit nicht fehlen. „Die hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht“, gab Referent Robert Schmid von der AKDB in seinem Vortrag zur Informationssicherheit in der kommunalen Verwaltung zu bedenken, denn die Erfahrung zeige: „einer klickt immer!“, so Schmid weiter. Die Zielsetzung von Informationssicherheit müsse folglich sein, alles zu tun, Gefahren durch Zerstörung, Enthüllung, Modifizierung oder Missbrauch analoger wie digitaler Informationen erfolgreich abzuwehren und, wenn dies nicht gelinge, den Schaden durch Vorsorgemaßnahmen möglichst minimal zu halten.

Die Festlegung entsprechender organisatorischer wie technischer Schutzmaßnahmen sei Bestandteil eines Informationssicherheitskonzepts, das bayerische Kommunen gemäß Art 8. BayEGovG zum 01.01.2018 eingeführt haben müssten. Über die einzelnen Schritte von den ersten Vorbereitungen für ein Informations-Sicherheits-Konzept bis hin zu einem in den Regelbetrieb überführtes Informations-Sicherheits-System informierte Alexander Poslad, zertifizierter ISMS-Berater nach VDS 3473 und ISIS-12 bei der LivingData.

Wenn's einfach zu viel wird: IT-Betrieb an die AKDB delegieren

Gut nachvollziehbar, wenn sich bei stetig steigenden Aufwänden und zunehmender Komplexität im IT-Betriebs Kommunen nach Alternativen zum Eigenbetrieb der IT umsehen. Die AKDB trägt mit Ihrem Angebot „Next Generation Outsourcing“ dieser Entwicklung Rechnung.

Neben einer Vielzahl von Vorträgen zu arbeitserleichternden Lösungen, suchten die Messebesucher vor allem das persönliche Gespräch mit „ihren“ zuständigen AKDB-Ansprechpartnern. Diese gaben Antworten auf Fachfragen oder leisteten unbürokratische Soforthilfe bei konkreten Problemstellungen. Ganz im Sinne des Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer: „Nirgendwo sonst erhalten Sie einen so breiten Überblick so konzentriert auf einem so überschaubaren Raum und von nur einem Hersteller.“ **□**

Datenschutz – kein Hindernis für Digitalisierung

Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder in Göttingen

Auf ihrer Frühjahrssitzung in Göttingen hat die Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder (DSK) den Wert des Datenschutzes in der digitalen Gesellschaft betont und neue Formen der Videoüberwachung als verfassungswidrig erachtet.

In ihrer „Göttinger Erklärung“ unterstreicht die DSK: „Datenschutz ist ein Grundrecht wie die Meinungsfreiheit oder die Eigentumsgarantie.“ Alle gesetzlichen Regelungen sowie die Geschäftsmodelle und Anwendungen auch im Bereich der Wirtschaft hätten dies zu berücksichtigen. Immer häufiger stellten aber Verantwortliche in Politik und Wirtschaft dieses grundrechtlich geschützte Recht auf informationelle Selbstbestimmung implizit oder sogar explizit in Frage. Datenschutz werde als Hindernis diskreditiert.

Dies betrachtet die Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden des Bundes und der Länder mit großer Sorge. Ihrer Ansicht nach befremde es sehr, „wenn Mitglieder der Bundesregierung und andere Stimmen in

der Politik in letzter Zeit immer wieder betonen, es dürfe kein Zuviel an Datenschutz geben und das Prinzip der Datensparsamkeit könne nicht die Richtschnur für die Entwicklung neuer Produkte sein. Stattdessen wird für eine vermeintliche Datensouveränität geworben, deren Zielrichtung aber im Unklaren bleibt.“

Menschenwürde als Maßstab

Die Konferenz betont, dass Informationen über Personen keine Ware sind wie jede andere und nicht allein auf ihren wirtschaftlichen Wert reduziert werden dürfen. Gerade in Zeiten von Big Data, Algorithmen und Profilbildung böten die digitalen Informationen ein nahezu vollständiges Abbild der Persönlichkeit des Menschen.

Mehr denn je müsse daher die Menschenwürde auch im digitalen Zeitalter der zentrale Maßstab staatlichen und wirtschaftlichen Handelns sein. Zu einer menschenwürdigen und freien Entfaltung der Persönlichkeit gehöre die freie Selbstbestimmung über das eigene Ich.

„Datensouveränität“, verstanden als eigentumsähnliche Verwertungshoheit, könne daher nur zusätzlich zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung greifen, dieses jedoch keinesfalls ersetzen. Die Konferenz fordert daher alle Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft auf, den hohen Wert des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung für eine freiheitliche Gesellschaft zu achten und sich nachdrücklich vertrauensbildend für die Persönlichkeitsrechte einzusetzen.

Datenschutz stelle kein Hindernis für die Digitalisierung dar, sondern sei wesentliche Voraussetzung für deren Gelingen. Die Entwicklung datenschutzkonformer IT-Produkte und -Verfahren müsse nachhaltig gefördert werden, um den Datenschutz zu einem Qualitätsmerkmal der europäischen Digitalwirtschaft zu machen.

Eine weitere Entschloßung der Konferenz betrifft die Videoüberwachung mit biometrischer Gesichtserkennung. Diese Technik soll in naher Zukunft bundesweit probeweise eingesetzt werden.

Nach Auffassung der unabhängigen Datenschutzbehörden kann der Einsatz von Videokameras mit biometrischer Gesichtserkennung die Freiheit, sich in der Öffentlichkeit anonym zu bewegen, gänzlich zerstören. Es sei kaum möglich, sich solcher Überwachung zu entziehen oder diese gar zu kontrollieren.

Anders als bei konventioneller Videoüberwachung könnten Passanten mit dieser Technik nicht nur beobachtet und anhand bestimmter Muster herausgefiltert

www.krenzer-sitzmoebel.de
Fordern Sie kostenlos unser Infomaterial an!

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Qualität ab Werk –
das KRENZER-Modularsystem

Stühle ••• Sessel ••• Sitzgruppen ••• Hocker ••• Pulte ••• Tische

Walter Krenzer GmbH & Co KG • Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 0 27 71/32 08-0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de

Digitale Zukunft:

10-Punkte-Masterplan für Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat einen 10-Punkte-Masterplan für Bayerns digitale Zukunft beschlossen. Mit der zweiten Stufe von Bayern Digital werden laut Ministerpräsident Horst Seehofer „Bayern und seine Menschen Gewinner der digitalen Revolution“.

Angelegt ist der Masterplan Bayern Digital II als ein fünf Jahre umfassendes Investitionsprogramm, das mit konkreten Maßnahmen klare Schwerpunkte auf die wichtigen Kernthemen der Digitalisierung setzt. Nach den Worten von Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber, der den Kabinettsausschuss zur Weiterentwicklung von Bayern Digital und die Erarbeitung des Masterplans Bayern Digital II geleitet hat, geht es in technologischer und wirtschaftlicher Hinsicht vor allem darum, den Mittelstand bei der digitalen Transformation zu unterstützen. Darüber hinaus setzt die Staatsregierung bei den Maßnahmen zur Digitalisierung auch Impulse bei Themen wie Weiterbildung, Verbraucherschutz, Klimawandel oder Barrierefreiheit in der digitalen Welt.

Huber kündigte an, dass das voraussichtliche Volumen für den gesamten Masterplan bei rund drei Milliarden Euro und über 2.000 Stellen im Zeitraum von 2018 bis 2022 liegen soll, beginnend mit dem Nachtragshaushalt 2018 und fortzuführen in den beiden folgenden Doppelhaushalten.

Digital Government:

Studie zur digitalen Transformation der Verwaltung im Freistaat

Gemeinsam mit Adobe hat der Passauer Politikwissenschaftler Florian Hartleb die Studie „Montgelas 4.0 – Bayern auf dem Weg zum modernen e-Government“ erstellt. Sie untersucht den Stand der Umsetzung und mögliche Potentiale des digitalen Wandels von Behörden und den Einsatz von elektronischen Bürgerservices in dem Bundesland.

Im Ergebnis der Studie* zeigt sich deutlich: Bayerns Behörden verbinden mit dem Thema Digitalisierung ganz unterschiedliche Assoziationen – angefangen vom Wegfall der Papierunterlagen über das Schaffen einer digitalen Identität und den Einsatz interaktiver Formulare für die Bürger bis hin zur digitalen Signatur. Über 60 Prozent der Befragten stehen dabei dem Veränderungsprozess positiv gegenüber, knapp 40 Prozent nehmen eine neutrale Haltung ein und nur ein verschwindend kleiner Teil signalisiert in der Umfrage seine Ablehnung gegenüber dem digitalen Wandel.

Rangliste der Herausforderungen

„Die größten Herausforderungen sehen die Befragten in der kontinuierlichen Weiterentwicklung von e-Government-Anwendungen und in der IT-Sicherheit“, stellt Alexandra Veh, für die öffentliche Verwaltung zuständige Account-Managerin bei Adobe Systems in München, weitere Ergebnisse der Studie vor. Auf den Folgeplätzen werden der Aufbau digitaler Infrastrukturen und das Bereitstellen von Online-Bürgerservices genannt. „Einhellig sehen die Befragten große Potenziale in der Digitalisierung im Freistaat“, konstatiert Studienautor Florian Hartleb, der sich mit Veröffentlichungen über das erfolgreich digitalisierte Estland einen Namen gemacht hat.

Besonderen Zuspruch habe etwa die Aussage gefunden, dass die „Digitalisierung dem Freistaat hilft, sein Image als besonders innovativ auch für die Zukunft zu sichern“. Mit seinem 2016 verabschiedeten e-Government-Gesetz

Im Einzelnen sind im Masterplan BAYERN DIGITAL II unter anderem folgende Initiativen geplant:

1. Schaffung einer digitalen Infrastruktur für die Gigabit-Gesellschaft: Zur gigabitfähigen Infrastruktur gehören 20.000 WLAN-Hotspots für Bayern, weitere 20.000 an bayerischen Schulen, Glasfaser in ganz Bayern bis 2025, die Verbesserung des Mobilfunknetzes und die Weiterentwicklung der 5G-Netze.

2. Bayern wird europäische Hochburg für Sicherheit in und mit IT: Eingerichtet wird ein Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Zudem wird die Bayerische Polizei besser für die Bekämpfung von Cybercrime ausgestattet.

3. Neue Maßstäbe in der digitalen Bildung: An allen Schulen sollen digitale Klassenzimmer eingerichtet werden. Informatik wird Pflichtfach und die Lehrer erhalten eine spezielle Fortbildungsinitiative. An den Hochschulen sollen digitale Lehrangebote ausgebaut und Kooperationen mit der betrieblichen Aus- und Weiterbildung geschaffen werden.

4. Stärkung des akademischen Nachwuchses in digitalen Kern-disziplinen: Zur Stärkung der Informatikkompetenz werden neue Studienangebote wie Medical Engineering und Data Science oder Agrarforschung benötigt.

5. Stärkung der digitalen Kompetenzen im bayerischen Mittelstand: Auch kleine und mittelständische Betriebe sollen von der Digitalisierung profitieren. Das Förderprogramm Digitalbonus wird aufgestockt und die Ausbildungsberufe werden an die digitalisierte Arbeitswelt angepasst. Weiterbildungen für die Arbeitswelt 4.0 werden gefördert.

6. Eroberung von Schlüsselfeldern digitaler Technologien und Anwendungen: Künstliche Intelligenz, Assistenzrobotik und 3D-Druck werden zu Schlüsselfeldern erklärt. Auch in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sowie Landmanagement bieten sich Projekte zur Digitalisierung an. Das Zentrum Digitalisierung Bayern wird durch die Aufnahme neuer Themenplattformen weiterentwickelt.

7. Der Freistaat wird Leitregion für intelligente digitale Mobilitätskonzepte: Forciert wird das Thema autonomes Fahren über die Erprobung auf dem digitalen Testfeld A9. Vernetzte Mobilität

halte die Customer Experience, wie etwa eine ansprechende und übersichtliche Webseite oder responsive Antragsformulare, die sich automatisch an das jeweils genutzte Endgerät anpassen, für ein wesentliches Element der Digitalisierung in den bayerischen Behörden.

Im Zeitalter des vernetzten Konsumenten

Dabei können sich mehr als 60 % der Befragten vorstellen, dass sich die öffentlichen Verwaltungen stärker an den in der Privatwirtschaft genutzten Technologien orientieren. Voh: „Hier befinden wir uns bereits im Zeitalter des vernetzten Konsumenten“. Mit dem Vorschlag zu „Montgelas 4.0“ wolle man als Adobe Anregungen geben, damit auch Behörden, Städte und Gemeinden sowie der Staat stärker die Bürger in den Mittelpunkt der digitalen Transformation stellen und schneller auf deren sich rasch verändernde Erwartungen reagieren.

*Die Erhebung fand zwischen 1. März und 15. Mai 2017 statt und wurde nach dem Behördenwegweiser an alle Ministerien, nachgeordnete Behörden, Rechenzentren, die sieben Regierungsbezirke, alle Landkreise sowie die 17 Städte mit über 50.000 Einwohnern in ganz Bayern verschickt. Der Fragebogen war so konzipiert, dass ganz unterschiedliche behördeninterne Leitungsebenen antworten konnten. In diesem Sinne wurde in Vorabtelefonaten die besondere Relevanz des Themas in Bereichen wie Tourismus, Personal, Pressesamt, Stabstellen und der IT deutlich. Insgesamt beteiligten sich 71 Personen, so dass ein repräsentativer Querschnitt sichergestellt werden konnte.

Positive Nutzererlebnis im Mittelpunkt

„Ein positives Nutzererlebnis für den Beamten, Sachbearbeiter und den Bürger sollte in den Mittelpunkt aller Überlegung für Technologielösungen gestellt werden“, betont Alexandra Veh. Deshalb sei es sehr erfreulich, dass nur knapp ein Viertel der Studienteilnehmer es für wenig relevant halten, stärker personalisierte und damit bürgerfreundliche Inhalte anzubieten. Die übergroße Mehrheit

heißt vor allem auch Verbraucherfreundlichkeit im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. e-Ticketing oder dynamische Verkehrsinformationen und im Bereich Straßenverkehrsinfrastruktur, z. B. was Planung und Bau anbelangt.

8. Bayern wird weltweit Spitzenstandort für Digitale Medizin und Pflege: An den Universitätskliniken soll der Bereich der digitalen Medizin ausgebaut werden. Auch im Bereich Pflege sind kreative Angebote wie der intelligente Umbau einer Wohnung für das Leben daheim bis ins hohe Alter zu erarbeiten.

9. Mit E-Government wird Bayern Spitze bei moderner und digitaler Verwaltung: Der Staat soll Dienstleister für den Bürger sein. Bis 2030 soll eine durchgängig digitale Verwaltung aufgebaut werden.

10. Der Mensch wird in den Mittelpunkt der digitalen Welt gestellt: Jeder soll Gewinner der Digitalisierung sein. Deshalb werden Unterstützungsangebote insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung benötigt. Ziel ist eine barrierefreie Gestaltung aller Verfahren. Außerdem soll die Digitalisierung durch insgesamt 13 Bayern-Labs im ländlichen Raum erlebbar gemacht werden.

Bayerischer Gemeindetag fordert schlüssiges Konzept

In einer ersten Stellungnahme hat der Bayerische Gemeindetag den vom Ministerrat beschlossenen Masterplan grundsätzlich begrüßt, fordert aber ein schlüssiges Konzept der Staatsregierung, wie die Digitalisierung in den Schulen umgesetzt werden soll. „Es reicht nicht aus, die Schulen nach und nach mit schnellen Internetverbindungen zu versorgen und da und dort digitale Tafeln an die Wand zu schrauben oder die Schüler mit Tablets auszustatten. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, wie Bildung in Zukunft vermittelt werden soll“, betont Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Derzeit gibt es Brandl zufolge kein einheitliches Vorgehen der Schulen bei ihrer Digitalisierung und es hängt oftmals vom persönlichem Engagement der Schulleitung und einzelner Lehrer ab, ob moderne Technik und Medien in die Klassenzimmer Einzug halten. „Der Freistaat sollte ein milliardenschweres Digitalisierungskonzept für Schule und Bildung auflegen, damit überall im Freistaat gleiche Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler besteht. Es darf nicht sein, dass es von der Haushaltslage der jeweiligen Kommune abhängt, ob moderne Technik angeschafft wird oder nicht. Außerdem müssten alle Lehrerinnen und Lehrer über neuzeitliche Medienkompetenz und zeitgemäße Lehrstoffvermittlung mittels digitaler Medien geschult werden. Und zwar ohne Ausnahmen.“

Von der Bayerischen Staatsregierung vorgesehene Maßnahmen wie die Einführung des digitalen Klassenzimmers, Informatik-/Informationstechnologie als Pflichtfach an allen weiterführenden Schulen sowie die Qualifizierungsoffensive für die Lehrkräfte in der Informatik sieht der Bayerische Gemeindetag als richtigen ersten Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Schule. Er kritisiert aber das Fehlen eines schlüssigen Gesamtkonzepts des Kultusministeriums.

Präsident Brandl: „Punktuell, nicht aufeinander abgestimmte Maßnahmen bergen die Gefahr, dass – wie in der Vergangenheit – gut gemeinte Ansätze wirkungslos bleiben.“ Benötigt werde ein Konzept aus einem Guss, damit sich Schüler, Lehrkräfte und die Gemeinden und Städte als Sachaufwandsträger der Schulen fit für die digitale Zukunft machen können. **DK**

Feuerbeschau – mehr als eine Verordnung

Zum zweiten Mal findet in Eggenfelden das „Brandschutzforum Südostbayern“ statt. Heuer widmet sich die Veranstaltung für Kommunen, Bauherren und Planern im Gotischen Kasten in der Schlossökonomie Gern der „Feuerbeschau“.

Die Feuerbeschau ist eine Pflichtaufgabe jeder Gemeinde in Bayern. Sie soll helfen, Gefahren zu erkennen, die zu einem Brandausbruch führen können, eine Brandausbreitung begünstigen oder die Rettung von Personen sowie die Eingrenzung von Sachschäden verhindern oder erschweren. Zudem dient die Feuerbeschau der Sicherheit von Einsatzkräften der Feuerwehr. Regelmäßig durchgeführt ist sie „Brand-schutz mit Augenmaß“.

Wie muss ich einen Fluchtweg kennzeichnen, damit er als solcher erkennbar ist? Darf ich das Treppenhaus zum Lagerraum umfunktionieren und wie viele Fluchtwegbraucht ein öffentliches Gebäude eigentlich? In Theorie und Praxis werden rechtliche Grundlagen und mögliche Stolpersteine in der Umsetzung beleuchtet, das Thema durch realitätsnahe Beispiele verdeutlicht. Eine offene Diskus-

sionsrunde bietet die Möglichkeit zum direkten Austausch mit den Experten.

Referenten sind Dipl.-Ing. Rupert Stüglwagner, Sachverständiger für vorbeugenden Brandschutz, Eggenfeldens Stadtbaumeister Markus Eder und Versicherungsmakler Gerhard Penzkofer, Experte Haftpflicht- und Sachversicherung für Gewerbe und Industrie.

Für Fragen stehen Kreisbaumeister Peter Hofer, Herbert Stauber, Kommandant der Eggenfeldener Feuerwehr und Guntram Loher, Abteilungsleiter Architektur der Coplan AG, zur Verfügung. Modert wird die Veranstaltung von Stephan Weber, Vorstand der Coplan AG.

Anmeldungen sind unter www.brandschutzforum-sob.de möglich. Die Schirmherrschaft hat Landrat Michael Fahmüller übernommen. **□**

Gebäude-Schutz vor Naturgefahren ist existentiell

Vor dem Hintergrund immer häufigerer, schwerer Unwetter wirbt die Versicherungskammer Bayern für mehr Versicherungsschutz der Immobilien gegen Naturgefahren. Erst Anfang Mai hatten heftige Stürme und Starkregen vor allem in Unterfranken rund um Aschaffenburg zahlreiche Schäden an Gebäuden hinterlassen, während die schweren Verwüstungen durch die Orkantiefs „Elvira“ und „Friederike“ vor Jahresfrist - etwa in Simbach am Inn - vielen Menschen in Bayern noch in ungueter Erinnerung sind.

„Derartige Unwetter zeigen, dass die Absicherung der eigenen Immobilie gegen Elementarschäden existentiell wichtig ist“, so VKB-Vorstand Barbara Schick.

Nach wie vor unterschätzen die meisten Hausbesitzer die Gefahr, Opfer von Starkregen oder Hochwasser zu werden. Einer repräsentativen Studie der GfK von 2016 zufolge halten Eigentümer vor allem Feuer, Leitungswasserschäden, Sturm und Hagel für gefährlich. Nur zwölf Prozent sehen Überschwemmungen als Risiko. Dabei können Sturzfluten überall vorkommen. Immer wieder sind Orte von Unwettern betroffen, die nicht in sogenannten gefährdeten Überschwemmungsgebieten liegen. Der Schutz gegen Elementarschäden sollte neben der Wohngebäudeversicherung auch in der Hausratversicherung eingeschlossen sein.

Angesichts der zunehmenden Unwetterschäden hat die Bayerische Staatsregierung ihre Maßnahmen angepasst und vor kurzem entschieden, ab dem 1. Juli 2019 Unwetter-Opfern keine staatlichen Soforthilfen mehr zu gewähren, sofern das Gebäude versicherbar gewesen wäre. Zugleich haben das Bayerische Wirtschaftsministerium, die kommunalen Spitzenverbände, die Kammern der gewerblichen Wirtschaft, die Verbände der privaten Wohnungseigentümer

und der Kredit- und Versicherungswirtschaft eine Vereinbarung ausgearbeitet, um die Versicherungsdichte signifikant zu erhöhen.

Die Versicherungskammer Bayern erfüllt die Vereinbarung mit der Bayerischen Staatsregierung mit Leben, um Gebäudebesitzer in Bayern gegen mögliche Schäden zu versichern. „Als führender Gebäudeversicherer in Bayern haben wir gegenüber unseren Kunden die Verantwortung, einen umfassenden und bedarfsgerechten Schutz anzubieten. Dieser Verantwortung haben wir uns immer gestellt und werden unvermindert alles unternehmen, um die Existenzen von Privatpersonen, Gewerbetreibenden und Landwirten ebenso abzusichern wie die Liegenschaften von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen“, erklärt Schick.

Die VKB hat ihr Instrumentarium zur Risikobewertung, wie zum Beispiel ihr Zonierungssystem GIS, immer weiter verfeinert und kann daher in Bayern 99,8 Prozent der Gebäude problemlos versichern. So ist es möglich, transparente und faire Versicherungstarife anzubieten, die die meisten privaten Hausbesitzer nur rund 100 Euro im Jahr (für ein durchschnittliches Einfamilienhaus) kosten. Für die verbleibenden 0,2 Prozent sind meist individuelle Lösungen nach einer Risikobewertung vor Ort möglich. **□**



2. Brandschutzforum Südostbayern.
Für Kommunen, Bauherren und Planer.

Themenschwerpunkt
FEUERBESCHAU
GRUNDLAGEN VERORDNUNGEN VERSICHERUNG PRAXIS

Mittwoch, 12. Juli 2017
Gotischer Kasten, Hofmark 45, 84307 Eggenfelden.
Anmeldung unter: www.brandschutzforum-sob.de

Veranstalter: COPLAN AG, Kooperationspartner: Landkreis Rottal-Inn, Stadt Eggenfelden, securmaxx, FFW Eggenfelden, IHK Niederbayern, RUSTIBS

Bayerische Gewinner beim Deutschen Holzbaupreis 2017

Als wichtigste nationale Auszeichnung für das Bauen mit Holz wurde in Hannover auf der LIGNA, der Weltleitmesse für Maschinen, Anlagen und Werkzeuge zur Holzbe- und -verarbeitung, der Deutsche Holzbaupreis 2017 verliehen. Er gilt in der Bundesrepublik als die wichtigste Auszeichnung für Gebäude aus Holz.

Eine Fachjury hatte mehr als 200 Arbeiten bewertet, die von anspruchsvollen Neubauten über erfinderische Gebäudesanierungen bis zu zukunftsweisenden Entwicklungen auf dem Produktsektor reichten. Geehrt wurden Bauherren, Architekten, Tragwerksplaner und Holzbaubetriebe als Urheber der ausgezeichneten Beiträge.

Schmuttertäl-Gymnasium

In diesem Jahr wurden vier Projekte mit dem Deutschen Holzbaupreis ausgezeichnet: zwei herausragende Neubauten und zwei Arbeiten, die der Wettbewerbskategorie „Komponenten/Konzepte“ zuzuordnen sind.

Einer der beiden Preisträger in der Kategorie „Neubau“ ist das Schmuttertäl-Gymnasium in Diedorf bei Augsburg, das von der Architekten-Arbeitsgemeinschaft „Diedorf“ um Hermann Kaufmann und Florian Nagler entworfen wurde. Es handelt sich

dabei um die bislang größte aus Holz errichtete Plusenergieschule in Deutschland, mit Platz für bis zu 1.000 Schülern.

Sporthalle in Haiming

Ein weiterer Preisträger ist die Sporthalle im oberbayerischen Haiming. Neben dem Bauherrn, den Architekten und dem Tragwerksplaner durften die ausführenden Firmen Laumer Bautechnik, Massing, für die Herstellung und Holzbau Hecker, Kastl, für die Montage den Preis entgegennehmen.

In ihrer Würdigung hebt die Jury die Klarheit der Nagelplattenkonstruktion hervor und führt sie als „wunderbares Beispiel“ an, „wie sich auch unter strengster Kostendisziplin qualitativ hochwertige Architektur schaffen lässt.“ Die „Freude“, die bei der Jury „bei Betreten des Hallenraums mit Blick nach oben entsteht“, war natürlich auch ganz auf Seiten der Preisträger. □

Bedarfsanalyse des IW Köln:

Städtischer Wohnungsmangel, ländlicher Leerstand

Während es in allen Großstädten an Wohnungen mangelt, werden in vielen ländlichen Regionen deutlich zu viele Einfamilienhäuser gebaut. Zu diesem Ergebnis kommt die Baubedarfsanalyse des IW Köln für den Zeitraum 2011 bis 2015.

Mit Hilfe des IW-Baubedarfsmodells wurde berechnet, dass im Zeitraum 2011 und 2015 allein in den sieben größten Städten in Deutschland nur 32 Prozent der benötigten Wohnungen auch gebaut worden sind. Insgesamt wurden allein in diesen Städten 60.000 Wohnungen zu wenig errichtet. Besonders gravierend ist der Mangel an kleinen Wohnungen: Von den benötigten Zweiraumwohnungen wurde gerade einmal ein Fünftel gebaut. Der enorme Wohnungsmangel in den Großstädten macht eine scharfe Preiskorrektur unwahrscheinlich. Selbst wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, die Zinsen wieder leicht steigen und die Wanderung in die Städte nachlässt, bleibt Wohnraum knapp.

Dagegen ist in vielen ländlichen Kreisen deutlich mehr gebaut worden als nötig gewesen wäre. Insgesamt wurden dort 20 Prozent mehr Wohnungen errichtet als benötigt werden. Bei den Einfamilienhäusern sind es sogar mehr als doppelt so viele.

Starker Faktor Niedrigzinsen

Die Ursachen für diese Überbauung des ländlichen Raums sind vielfältig. Sehr stark wirken hier die Niedrigzinsen, die die Finanzierung günstiger und damit den Kauf einer Immobilie attraktiver machen. Auch die Erbschaftsteuererleichterung großer Einfamilienhäuser ist damit in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Wenngleich die Baukosten in der Vergangenheit ebenfalls stetig angezogen sind, wirkt der Zinseffekt der letzten Jahre deutlich stärker auf die Gesamtkosten beim Kauf eines Hauses. Hinzu kommt, dass in ländlichen Räumen Bauland reichlich vorhanden ist.

Großzügige Ausweisung von Bauland

Während in den Großstädten verfügbare Grundstücke den entscheidenden Flaschenhals darstellen, versuchen in vielen länd-

lichen Regionen Bürgermeister nach wie vor durch die großzügige Ausweisung von Bauland neue Einwohner anzuziehen. Dies gelingt jedoch kaum, da gerade junge Menschen aufgrund besserer Ausbildungsmöglichkeiten, besserer Infrastruktur und vor allem der besseren Arbeitsmarktchancen in die Städte ziehen.

Angesichts der günstigen Finanzierungen werden im ländlichen Raum aber Neubauten gegenüber Altbauten bevorzugt. Damit entstehen neue Leerstände, da die Bevölkerung insgesamt im ländlichen Raum schrumpft, und vor allem veröden zunehmend die Dorfkerns. Durch die Zersiedlung mit neuen Baugebieten wird die Infrastruktur nicht effizient genutzt, was die Kosten für die Kommunen weiter treibt. Auch die Attraktivität der Kommunen sinkt weiter, wenn das Gebiet zersiedelt ist und allenthalben Gebäude leerstehend sind und verfallen.

Leerstand abbauen

Um zu verhindern, dass weitere Leerstände entstehen, sollten Kommunen mit ausufernder Bautätigkeit aus Sicht des IW keine neuen Bauflächen mehr ausweisen. Allen Beteiligten müsse bewusst sein, dass der Abbau von Leerstand deutlich schwerer ist als die Begrenzung des Neubaus. Wer neu bauen möchte, sollte zudem im Gegenzug Leerstand abbauen. Solche Maßnahmen seien etwa in den Niederlanden bereits im Büromarkt erprobt worden, sie böten sich jedoch auch im Wohnungsmarkt an, um Leerstand zu vermeiden und den Bestand attraktiver zu machen.

Schließlich müsse das Ziel von Kommunen mit rückläufiger Bevölkerung darin bestehen, die Innenentwicklung zu befördern. Hierzu müssten die Zentren durch unterschiedliche Maßnahmen attraktiver gestaltet werden. Hier seien auch Bund und Land gefordert, die Kommunen zu unterstützen. **DK**



POSITION Bayern Mobilität 2030 an Seehofer überreicht

Ministerpräsident Horst Seehofer wurde das erste Exemplar der neuen POSITION Bayern Mobilität 2030 persönlich von BBIV-Präsident Dipl.-Ing. Josef Geiger überreicht. Seehofer zeigte sich begeistert von diesem Projekt. Allen sechs Punkten, die Präsident Geiger ansprach, stimmte er ausdrücklich zu. Die POSITION Bayern Mobilität 2030 fasst die Erkenntnisse und Forderungen der gleichnamigen Unabhängigen Expertenkommission zusammen. Damit bayerische Mobilität auch in Bayern gestaltet werden kann, muss eine Bayerische Gesellschaft geschaffen werden, die für Bau, Betrieb, Erhalt und Unterhalt der Bundesfernstraßen in Bayern zuständig ist, so Geiger. Um einen leistungsfähigen öffentlich-privaten Nahverkehr in Stadt und Land zu gewährleisten, brauche Bayern mehr Verkehrsverbünde als derzeit. „Als erstes Bundesland muss Bayern das Prinzip 'Eine Fahrt – eine Fahrkarte bayerweit' umsetzen“, forderte Geiger.

Zusätzlich zur realen Verkehrsinfrastruktur muss Bayern auch die Digitale Infrastruktur ausbauen. „Sie bringt gerade dem ländlichen Raum Chancen und Perspektiven“, ist Geiger überzeugt. Damit Großprojekte gelingen, soll Bürgerbeteiligung künftig von Anfang an und auf Augenhöhe stattfinden. In der Pflicht steht auch die Öffentliche Hand. Geiger fordert insbesondere schnellere Genehmigungsverfahren. In drei ausgewählten Modellregionen Bayerns werden die Erkenntnisse der Expertenkommission künftig umgesetzt und getestet. Unser Bild zeigt von links: BBIV-Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid, Ministerpräsident Horst Seehofer und BBIV-Präsident Dipl.-Ing. Josef Geiger. □



Die Botschafter und Bürgermeister des Landkreises, Landrat Georg Huber, die Kreis- & Regionalentwicklung des Landratsamtes Mühldorf und die jeweiligen Vertreter der Isentalautobahn GmbH & Co. KG, der Autobahndirektion Südbayern sowie der Berger Bau GmbH erkundigten sich an der Goldachbrücke vor Ort über den aktuellen Fortschritt. □

A 94 Abschnitt Pastetten-Heldenstein:

Delegation informierte sich über Baufortschritt

Die Bauarbeiten für das 33 Kilometer lange Teilstück der A 94 Pastetten-Heldenstein gehen zügig voran. Landrat Georg Huber hat sich zusammen mit den Bürgermeistern und Botschaftern des Landkreises Mühldorf a. Inn im Besucherzentrum der Isentalautobahn GmbH & Co. KG in Dorfen über den aktuellen Stand der Baumaßnahme informiert.

Die Zahlen sind beeindruckend: 58 Brückenbauwerke – davon 4 Großbrücken mit Stützweiten von bis zu 600 m – werden auf der 33 km langen Strecke gebaut. Von den insgesamt 4.500 benötigten Stützpfählen stehen bereits 70 %. Allein der Brückenbau erstreckt sich insgesamt über einen Zeitraum von rund 3 Jahren. Eine die-ler im Bau befindlichen Brücken, die „Goldachbrücke“, wurde von der Delegation vor Ort besichtigt.

Im Zeitplan

Allgemein liege man mit den Bauarbeiten gut im Zeitplan wie Oliver Lauw, der Geschäftsführer der Isentalautobahn GmbH & Co. KG, informierte. An guten Tagen werden rund 35.000 Kubikmeter Erde bewegt, dabei sind 60 % der Erdarbeiten bereits abgeschlossen. Ausgenommen der planerischen Unterstützung sind derzeit

in etwa 670 Personen am Bau der A94 beteiligt. Zu Spitzenzeiten sind sogar ca. 800 Personen zur gleichen Zeit beschäftigt. Die Gesamtkosten für den Bauabschnitt betragen rund 440 Mio. Euro, umgerechnet also ca. 13 Mio. Euro pro Kilometer. Für den Bau, die Erhaltung sowie den Betrieb der gesamten Betriebsstrecke von 77 km über die nächsten 30 Jahre wird mit einer Gesamtsumme von 1,1 Mrd. Euro gerechnet. Verläuft weiterhin alles nach Plan, wird der Autobahnabschnitt bis Spätherbst 2019 fertiggestellt sein.

Nach der Fertigstellung des Neubauabschnitts Pastetten – Heldenstein wird die Isentalautobahn GmbH & Co. KG bis zum Jahr 2046 für den Betrieb und die Erhaltung des gesamten Autobahnabschnitts Forstinning – Markt verantwortlich sein. Dazu wird in Ampfing eine Auto-

Wohnungsbaukonferenz 2017 in Ebersberg:

„Hock Di her, dann schaff ma mehr!“

Getreu dem Motto „Hock Di her, dann schaff ma mehr!“ erarbeiteten die Stadt- und Gemeindeoberhäupter und viele Landräte des Großraums München auf der Regionalen Wohnungsbaukonferenz 2017 in Ebersberg Strategien, Maßnahmen und Lösungswege, die bis zur nächsten Konferenz am 17. Oktober 2018 in Rosenheim umgesetzt werden sollen.

Rund 300 Gäste folgten der Einladung des Münchner Oberbürgermeisters Dieter Reiter und des Ebersberger Landrats Robert Niedergesäß. Die Ergebnisse der eigens eingerichteten „Stammtische“ wurden dem Publikum vorgestellt und mit allen Gästen per „Liveschaltung“ zum Podium mit der Rosenheimer Oberbürgermeisterin und Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetags Gabriele Bauer, Oberbürgermeister Reiter, Landrat Niedergesäß und dem Geschäftsführer der ehret+klein GmbH, Michael Ehret, diskutiert.

Für gemeinsamen Flächenerwerb

Das beherrschende Thema war auch auf der Wohnungsbaukonferenz die fehlende Flächenverfügbarkeit der Kommunen und die fehlenden Instrumente, Flächen zu mobilisieren. Der Dachauer Oberbürgermeister Florian Hartmann rief dazu auf, eine Initiative zum gemeinsamen Flächenerwerb zu ergreifen.

Schließlich sei Wachstum eine große „gemeinsame Aufgabe“, betonte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter. Auch die Münchner Planungsreferentin Professor Elisabeth Merk beschwor die Gemeinschaftlichkeit bei der Flächenaktivierung und

verwies auf die enorme Dimension der Konversionsflächen und die Ausgleichsflächenproblematik. Trotz des enormen Wachstumsdrucks war es den Teilnehmern wichtig, städtebauliche Qualitäten nicht außer Acht zu lassen. Identität und Heimat könnten und müssten auch in den Stadtquartieren vermittelt werden. Mit diesen wichtigen Maßnahmen und mit einer Informationskampagne Wohnungsbau und Wachstum soll für Akzeptanz bei ortsansässigen Bürgerinnen und Bürgern gewonnen werden.

Davor müssen aber die Stadt- und Gemeinderäte die Fragen beantworten: Wollen wir überhaupt Wachstum? Wollen wir mithelfen und bauen? Münchens Oberbürgermeister Reiter ließ keinen Zweifel daran, dass der enorme Wachstumsdruck, der sich längst nicht mehr allein auf die Landeshauptstadt beschränkt, nur bewältigt werden kann, wenn diese Fragen geschlossen mit ja beantwortet würden.

Weitere wichtige Themen waren die Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen beim Wohnungsbau, insbesondere des Vergaberechts, ein noch besserer Know-how-Transfer und die Begründung weiterer Beteiligungs- und Informationsformate. **IBDt**

Smart Cities:

Einflussfaktoren für Kommunen

Um bei der Stadtentwicklung handlungsfähig und unabhängig zu bleiben, müssen Kommunen die Digitalisierung zur strategischen Aufgabe machen. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Untersuchung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), von PricewaterhouseCoopers (PwC) und des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO. Die Ergebnisse fließen ein in eine Smart-City-Charta für Deutschland.

Mit Blick auf die Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteurgefüges müssen sich Kommunen laut Untersuchung der Frage widmen, wer künftig mit welchem Einfluss die Geschicke der Städte lenkt. Städte sind aufgefordert, zentrale Ansprechpartner und Einrichtungen für Digitales und Daten zu etablieren. Auch müssen sie Strategien und Kompetenzen entwickeln, Datenhoheit als Standortfaktor ansehen und kommunale Unternehmen zu digitalen Kompetenzträgern machen.

Sensibilisierung

Was den Strukturwandel in Zeiten der Digitalisierung und die damit einhergehende neue Stadtkonomie anbelangt, sollten sich die Kommunen für die künftigen Anforderungen der Wirtschaft sensibilisieren. Sie benötigen eine flexiblere Stadtplanung, zentrale Koordinierungs- und Steuerungseinheiten, eine kommunale Daten- und Kommunikationsinfrastruktur.

Landrat Georg Huber zeigte sich beim Ortstermin beeindruckt „Hier wird hervorragende Arbeit geleistet. Für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region ist dieser Ausbau essentiell. Die Gefährdung des laufenden Verkehrs wird dabei auf ein Minimum beschränkt.“ □

Finanzierungsmodelle sowie Netzwerke für die digitale Bildung.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Thema Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter. Empfohlen wird, dass Kommunen Big Data für sich nutzen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten fallorientiert einsetzen, bestehende Bürgerinitiativen einbinden, neue Anreizformate schaffen und den interkommunalen Austausch stärken.

Auf der Agenda steht schließlich die digitale Integration als Basis für smarte Städte. Dort haben Kommunen die Aufgabe, die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu sichern. Sie müssen Barrieren durch neue Technologien abbauen, anwenderfreundlich und lokalspezifisch denken, Datensicherheit gewährleisten, digitale Bildungsangebote aufbauen, E-Government ausbauen und innovative Unternehmen fördern.

„Stadtpolitik muss die Technologien in das Planungshandeln integrieren und sie für eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich ausgewogene Stadtentwicklung nutzen“, unterstrich BBSR-Direktor Harald Herrmann. Es komme darauf an, möglichst allen Menschen einen einfachen Zugang zu den neuen Technologien zu ermöglichen und Barrieren abzubauen. Nur so lasse sich Bürgerbeteiligung intensivieren und einer digitalen Spaltung entgegenwirken. **DK**



Gastgeber im oberbayerischen Poing (Landkreis Ebersberg) waren Mercedes-Benz Special Trucks gemeinsam mit dem Unimog Vertriebspartner Henne Nutzfahrzeuge GmbH (Heimstetten). Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge (Neu-Ulm) fungierte als Gastgeber im baden-württembergischen Elchingen und die Firma Beuthauser im Biathlostadion Oberhof. Fotos: Tim OBwald

Unimog Tour 2017:

Begeisternde Roadshow mit Erlebnischarakter

Atemberaubende Live-Präsentationen, geballtes Expertenwissen und begeisterte Besucher: Im Juni endete die große Unimog Tour 2017, die bundesweit seit April an insgesamt neun Standorten Station gemacht hatte. Dabei zeigte der Mercedes-Benz Unimog sein vielfältiges Potenzial im Ganzjahresinsatz.

Rund 30 Unimog U 218 bis U 5030 gaben den insgesamt über 3.000 Besuchern umfassende Einblicke in das breit gefächerte Leistungsspektrum der allradgetriebenen Geräteträger und hochgeländegängigen Arbeits-, Freizeit- und Expeditionsfahrzeuge. Auf eine informative und zugleich unterhaltsame Präsentation von Mercedes-Benz Special Trucks folgten kurzweilige Vorträge zu Themen wie Baustellensicherung und Korrosionsschutz.

Gastgeber im oberbayerischen Poing (Landkreis Ebersberg) waren Mercedes-Benz Special Trucks gemeinsam mit dem Unimog Vertriebspartner Henne Nutzfahrzeuge GmbH (Heimstetten). Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge (Neu-Ulm) fungierte als Gastgeber im baden-württembergischen Elchingen.

In Kooperation mit zahlreichen Geräte- und Aufbauherstellern wurden maßgeschneiderte An- und Aufbauhilfen für ein breites Spektrum spezialisierter Einsatzbereiche präsentiert. Auf dem Programm standen nicht nur Exponate mit wirtschaftlichem Nutzen für den Sommer- und Winterdienst in Kommunen, sondern auch viele Einsatzbeispiele für Arbeiten von Dienstleistern und Lohnunternehmern. Ebenso gezeigt wurden Unimog Fahrzeuge mit spezieller Ausrüstung für die Bauwirtschaft, die Feuerwehr sowie den 2-Wege-Einsatz auf Straße und Schiene.

Bei der Unimog Tour 2017 lag der Fokus auf Gesamtfahrzeuglösungen für anspruchsvolle Einsatzanforderungen im kommunalen- sowie im Dienstleistungsbereich. Vorgestellt wurden professionelle Systemlösungen, die den Unimog zum echten Spezialisten für unterschiedlichste Aufgaben machen. Die Palette reichte von A wie Abrollkipper oder Agrarlogistik über Kranfahrzeuge bis W wie Wegepflege und Z wie Zwei-Wege-Einsatz. Mit dabei waren auch Streu- und Sprühautomaten für den Winterdienst, Kehr- und Reinigungsmaschinen, Mähkombinationen für die Grünflächenpflege sowie Lösungen für Lade- und Transportarbeiten.

Stellvertretend für die Vielseitigkeit und die ganzjährige Mehrfachnutzung des Unimog bei der Unimog Tour 2017 steht zunächst der U 423, vertreten mit einer Vielzahl unterschiedlicher Nutzungsvarianten: Mit Winterdienst-Ausrüstungen, mit Aufbaukehrmaschine oder Ladekran sowie mit einer 2-Wege-Ausrüstung als Rangierfahrzeug zeigte er die Nutzungsvielfalt in Form ganzjähriger Auslastungsmöglichkeiten perfekt auf – im kommunalen

Sommer- und Winterdienst ebenso wie in der Bauwirtschaft oder bei schienengebundenen Arbeitseinsätzen. Ein weiterer Unimog U 423 verfügt über Heckzapfwelle, Seilwinde sowie einen Fassi-Ladekran für die Arbeit bei der Gewässerunterhaltung und kann dazu auch noch Anhänger ziehen.

Beim Unimog U 430 mit langem Radstand sind Fahrzeugkombinationen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 13,8 Tonnen möglich – genau richtig für vielseitige Auf- und Anbauten, ob im Front- oder Heckbereich des Fahrzeugs. Und das bei extrem kompakten Abmessungen von nur 2,15 m Breite. Dank durchzugsstarkem Motor ist aber auch ein schwerer Anhänger mit weiteren Arbeitsgeräten kein Problem. So ist der Unimog ideal für jeden Einsatz gerüstet. In Verbindung mit qualifizierten Geräte- und Aufbauherstellern entsteht ein einzigartiges Fahrzeug für unterschiedlichste Anwendungen im ganzen Jahr.

Mit einem zulässigen Gesamtgewicht des Anhängers von 20 t können beispielsweise bis zu 37 m³ Mähgut mitgeführt werden, aber ebenso erlaubt das Twist-Lock-System auch das Transportieren von großen 20-Fuß-Containern. Ausgestattet mit einem Randstreifenmähergerät und einem Leitpostenausmähergerät in der Front und einem links-rechtsaugenden Mäher als Heckausleger auf der Pritsche ist der Geräteträger dann beispielsweise bestens für das Ausmähen im straßennahen Bereich im Rechts- und Linksbetrieb gerüstet.

Kompakte 200er Baureihe

Als Vertreter der besonders kompakten 200er Baureihe war ein Unimog U 218 mit einer Hubarbeitsbühne zu sehen. Bei Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten – zum Beispiel an den Freileitungen von Energieversorgern – bringen ihm seine Wendigkeit und seine Geländefähigkeit viele Vorteile.

Ein weiterer Unimog U 218 mit klassischer Winterdienstausstattung überzeugte als wirtschaftliches Einsteigermodell für kleinere Städte und Gemeinden, die ein schmales und wendiges Fahrzeug suchen. Seine Breite liegt bei lediglich 2,15 m bei einem Radstand von 2.800 mm.

Die Unimog Geräteträger bringen alles mit, was zur Erfüllung komplexer Arbeitsaufgaben in unterschiedlichsten Branchen und Einsatzgebieten erforderlich ist: kompakte Abmessungen, effiziente und leistungsstarke Motoren von 160 PS bis 300 PS, Por-

talachsen mit Schraubenfedern, maximale Traktion und Kraftübertragung für Straße und Geräteinsatz sowie hervorragende Eigenschaften für die Fahrt abseits fester Straßen. Dank seiner autobahn-tauglichen Höchstgeschwindigkeit von 89 km/h kann der Unimog auch längere Wegstrecken zwischen verschiedenen Einsatzorten mühelos und komfortabel bewältigen.

Unimog setzt Maßstäbe

Der Unimog setzt mit zahlreichen technischen Lösungen Maßstäbe in der Branche. Bis zu vier An- und Aufbauflächen stehen zum Anbringen von Geräten zur Verfügung: vorn mit genormter Frontanbauplatte, am Heck auf der Pritsche oder auf dem Fahrzeug zwischen den Achsen. Standardisierte und genormte Schnittstellen erlauben eine schnelle und einfache Montage von Geräten und beschleunigen den Gerätewechsel. Die Bedienung und Steuerung – auch mehrerer Geräte – geschieht einfach und bequem über den Multifunktions-Joystick.

Für den Gerätebetrieb bietet Mercedes-Benz Special Trucks u. a. die präzise und besonders effiziente Load-Sensing-Hydraulik an, bei der nur die tatsächlich benötigte Leistung des Verbrauchers abgerufen wird. Darüber hinaus stehen eine mechanische Front- und eine Heckzapfwelle sowie der stufenlose Fahrtrieb EasyDrive zur Verfügung.

Ein weiteres Plus ist die vom Fahrerplatz aus bequem bedienbare Reifendruckregelanlage Titrcontrol Plus: Sie sorgt für erhöhte Traktion bei gleichzeitig größtmöglicher Bodenschonung – ein entscheidender Vorteil, der beispielsweise beim Bearbeiten und Überfahren landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Tragen kommt. Über das Multifunktions-Lenkrad lässt sich der Reifendruck komfortabel auf die Modi „Straße“, „Sand“ und „Schlechtweg“ einstellen oder nach Bedarf manuell anpassen.

Das optionale Lichtpaket bietet exzellente Beleuchtungsverhältnisse sowohl für die Fahrt auf der Straße als auch für den Geräteinsatz. Für die Unimog Geräteträger U 423 bis U 530 ist außerdem eine Allradlenkung lieferbar, die den ohnehin kleinen Wendekreis um rund 20 Prozent reduziert. Dies erhöht die Manövrierfähigkeit des Fahrzeugs auch unter sehr beengten Platzverhältnissen.

Ab Werk ist auch ein spezielles Vorrüstungspaket für Aufbaukehrmaschinen lieferbar. Das vereinfacht die Arbeiten, die bislang bei Aufbauherstellern erledigt wurden. Die passenden Aufbaukehrmaschinen liefern die Firmen ASH Aebi Schmidt und Trilety.

Ihre hervorragende Eignung für Landwirtschaft, Lohnunternehmer und Kommunen stellten auf der Unimog Tour 2017 zudem ein neuer Unimog U 529 (Euro IV) und ein Unimog U 530 (Euro VI) in Agrararbeitsführung unter Beweis.

Allroundtalent U 323

Ein Allroundtalent und Topmodell der mittleren Unimog Baureihe ist der Unimog U 323, der ebenfalls zu sehen war. Vielseitig, geländefähig und sparsam verfügt er optional über viele Sonderausstattungen, die von den Kunden bereits am größeren U 423 sehr geschätzt werden. Beispiele sind das vollautomatisierte Getriebe AutomaticShift, der Getriebe-Nebenabtrieb für Anbaugeräte sowie mehrere Hy-

draulikoptionen. Serienmäßig sorgen die „Freisichtkabine“ mit großer Panoramascheibe, der Allradantrieb, die Differenzialsperren und ABS für optimale Arbeitsbedingungen. Mit dem Multifunktions-Joystick lassen sich Geräte-, Hydraulik- und Fahr-funktionen komfortabel steuern. Damit ist der Unimog U 323 als Allrounder für den 365-Tage-Einsatz in Kommunen wie auch in der Land- und Bauwirtschaft bestens ausgerüstet.

Für die alltägliche Anwendung mit schweren Geräten in unbefestigtem Terrain bieten wiederum die Modelle der hochgeländegängigen Unimog Baureihe U 4023, U 5023 und U 5030 einen echten Mehrwert. Ob als Arbeitsfahrzeug in schwierigem Gelände mit unbefestigten Bodenverhältnissen – zum Beispiel mit schweren

Aufbaukränen in der Energiewirtschaft – oder im Katastrophenschutz und bei der Feuerwehr, zum Beispiel im Rahmen der Waldbrandbekämpfung: Der hochgeländegängige Unimog kommt ebenso sicher durch verschneite Hochgebirgsregionen wie durch Sand und Morast.

Ganzstahlkabine, schubrohrgeführte Portalachsen mit Schraubenfedern, hohe Verwindungsfähigkeit, große Böschungswinkel, ein geschweißter und gekröpfter Rahmen sowie verstärkte Achsen, drei hundertprozentig wirkende Differenzialsperren und ein zuschaltbarer (U 4023/U 5023) bzw. permanenter Allradantrieb (U 5030) sind nur einige seiner unübertroffenen Stärken im harten Geländeeinsatz unter extremen topografischen und klimatischen Bedingungen. **DK**



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähausleger, der innovative Fahrtrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter
mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Geländewagen des Jahres 2017:

Off Road Award für Unimog

Bereits zum 13. Mal ist der Mercedes-Benz Unimog von den Lesern der Fachzeitschrift „Off Road“ zum besten Geländewagen des Jahres in der Kategorie „Sonderfahrzeuge“ gekürt worden. Die Wahl „Geländewagen des Jahres“ erfolgte aus zwölf Kategorien. Mehr als 20 000 Stimmen wurden abgegeben, 135 Fahrzeuge standen zur Wahl. Der Unimog belegte bei den Sonderfahrzeugen mit überragenden 31,4 Prozent der Leserstimmen den ersten Platz.

Ob in der staubtrockenen Wüste Gobi, in der sibirischen Taiga oder auf der heißen Vulkankraterstraße am Vesuv – kaum eine Herausforderung, der der Mercedes-Benz Unimog nicht gewachsen wäre.

Speziell die hochgeländegängige Baureihe erfreut sich großer Beliebtheit als Expeditionsmobil weltweit. Achsverstränkungen von bis zu 30 Grad, Portalachsen mit bis zu 460 mm Bodenfreiheit und eine Steigfähigkeit von 45 Grad sind Merkmale dieser Unimog-Modelle mit den Typenbezeichnungen U 4023 und U 5023. Dazu kommen die Wadfähigkeit von maximal 1,20 m und ein seitlicher Neigungswinkel von bis zu 38 Grad.

Die Fahrt in Extremsituationen mit zugeschaltetem Allradantrieb wird unterstützt von den zuschaltbaren Differenzialsperrern und der Reifendruckregelanlage.

Der drehmomentstarke Euro

VI Motor OM 934 LA, ein Vierzylinder mit 5,1 l Hubraum, 170 kW (230 PS) und 900 Nm Drehmoment, sorgt für zuverlässiges Vorankommen. Acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge stehen zur Verfügung, optional auch eine Geländegruppe für Offroadeinsätze im Geschwindigkeitsbereich zwischen 2,5 und 35 km/h.

Neben diesem hochgeländegängigen Unimog wird die Geräteträger-Baureihe vom U 216 bis zum U 530 angeboten, die man häufig in kommunalen Einsätzen sieht. Sie verfügt ebenso über moderne Euro VI Motoren mit Leistungen bis 220 kW (299 PS).

Geht es um Wartung, Diagnose oder Reparatur, ist beim Unimog ebenfalls für alles gesorgt. Denn in über 650 Service-Stützpunkten in mehr als 130 Ländern nehmen sich kompetente Unimog-Partner des Fahrzeugs an.



Off Road Award für Mercedes-Benz Unimog.

AMÖ:

Stickoxidproblematik bei Verursachern lösen

Aktuell diskutieren Kommunen aufgrund der Stickoxidsituation Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Der Gesamtvorstand des Bundesverbandes Möbelspedition und Logistik (AMÖ) e.V. fordert, zunächst die Probleme bei den Verursachern zu lösen. Vom Gesetzgeber fordert er Planungssicherheit.

Die AMÖ unterstützt die Anstrengungen der Kommunen, den Bürgern eine gesunde Umwelt zu bieten. Allerdings muss das Übel an der richtigen Wurzel angepackt werden. Laut Umweltbundesamt überschreiten Pkw, anders als Lkw, die für die Typenzulassung angegebenen Emissionswerte im praktischen Betrieb deutlich. Aktuell liegen demnach im Echtbetrieb Euro-6-Dieselpkw durchschnittlich 534 Prozent über dem NOx-Grenzwert, Euro-5-Dieselpkw 403 Prozent und Euro-4-Dieselpkw 170 Prozent.

Der Gesamtvorstand der AMÖ fordert die Fahrzeugindustrie auf, die Technik der in den Verkehr gebrachten Fahrzeuge so anzupassen, dass die verabschiedeten Grenzwerte nicht durch Manipulation, sondern im Echtbetrieb eingehalten werden. Da der Anteil der Pkw am innerstädtischen Verkehr ein Vielfaches höher ist als der Nutzfahrzeuganteil kann sich durch diese Maßnahme die Stickoxidsituation in den Kommunen sehr schnell dramatisch verbessern. Bis zu einer flächendeckenden Nachrüstung dieser Fahrzeuge ist daher von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Nutzfahrzeuge abzusehen.

Der Gesamtvorstand der AMÖ fordert, die Diskussion um die

Einführung einer blauen Plakette darf nicht dazu führen, dass für Nutzfahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 5 und Euro 6 Fahrverbote verhängt werden. Eine solche Einschränkung würde die Möbelspeditionen nicht nur vor erhebliche Probleme stellen, ihre Kunden in Innenstadtbereichen sicher, schnell und zuverlässig zu bedienen. Sie würde auch einen direkten wirtschaftlichen Schaden bei den Unternehmen anrichten, da mit dem Inkrafttreten des Fahrverbots zwangsläufig ein erheblicher Wertverlust der betroffenen Fahrzeuge einherginge.

Aus diesem Grund fordert der Gesamtvorstand der AMÖ die Kommunen auf, sofern sie Fahrverbote verhängen, Nutzfahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 5 und Euro 6 im Wirtschaftsverkehr von Fahrverboten auszunehmen. Da der Standard Euro 6 für Nutzfahrzeuge erst seit 2015 in Kraft ist, müssen dringend Übergangsfristen eingeräumt werden. Die Verkehrswirtschaft muss sich bei der Investition in neue Fahrzeuge auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen verlassen können. Es ist nicht vermittelbar, dass erst wenige Jahre alte Fahrzeuge plötzlich nicht mehr der Rechtslage entsprechen sollen.



Blick ins Cockpit des für den ganzjährigen Kommunaleinsatz maßgeschneiderten Unitrac.

Neuer stufenloser Unitrac 112 LDrive:

Technische Highlights

Kürzlich erfolgte im Lindner-Werk in Kundl der Startschuss für die Serienproduktion des neuen stufenlosen Unitrac 112 LDrive. Der Unitrac ist für den ganzjährigen Kommunaleinsatz maßgeschneidert: von der Schneerräumung über Keharbeiten bis zum Transport oder dem Mähen von Böschungen.

Der stufenlose Fahrtrieb, Heck- und Front-Zapfwellen sowie die Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Unitrac zum idealen Geräteträger für jeglichen Winterdienst. Streu- und Keharbeiten sowie Schneerräumung mit Pflug oder Fräse werden durch die 4-Rad-Lenkung selbst in engen Gassen zum Kinderspiel. 5.000 kg Nutzlast und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten.

Optimale Rundumsicht: Sie haben alles im Blickfeld: Den vorderen Arbeitsraum durch die beheizbare Panoramafrontscheibe, seitlich die freie Sicht durch die großen Glastüren mit weit öffnenden Schiebefenstern. Die Rückspiegel mit integrierten Zusatzblinkern sind elektrisch verstellbar und beheizbar.

Komfortausstattung: Durch die weit öffnenden Türen gelangt man bequem in die geräumige Komfortkabine. Die Türautomatik öffnet das Heckfenster beim Einstieg und erleichtert ein sanftes Schließen der Tür mit optimaler Kabinenentlüftung.

LDrive-Komfortsitz: Der Luftsitz im Unitrac 112 Ldrive mit 8-fach-Verstellung bietet ein Maximum an Sicherheit und Komfort. Die hohe Rückenlehne mit Kopfstütze und integriertem 3-Punkt-Sicherheitsgurt sowie die Niederfrequenz-Luftfederung entlasten den Rücken bei langen Einsätzen. Eine Sitzheizung wärmt im Winter.

Ergonomischer Innenraum: Das Lenkrad lässt sich durch Höhen- und Neigungsverstellung individuell an den Fahrer anpassen.

Auf dem Zentralinfoaboard werden wichtige Fahrzeuginformationen und Kontrollanzeigen übersichtlich dargestellt. Weitere Informationen wie Gesamt- und Tagesbetriebsstunden oder die Uhrzeit sind am zusätzlichen IBC-Monitor ablesbar. Sämtliche Betätigungshebel und Schalter sind optimal um den Fahrer platziert. Die Schalter und Anzeigen im Unitrac sind beleuchtet.

Korrosionsschutz: Der gesamte Fahrzeugrahmen und die Komfortkabine werden im besonders widerstandsfähigen KTL-Verfahren lackiert. Batterieboxen, Kraftstofftank sowie optional erhältliche Werkzeugkasten sind aus korrosionsresistentem Kunststoff gefertigt.

IBC-Monitor: Am IBC-Monitor hat der Fahrer wichtige Geräteinformationen im Überblick: Achslast, Gesamtgewicht und Gerätestatus werden über das TRAC-Link System ermittelt. Anleitungen, Fahrzeug- oder Hydraulikeinstellungen sowie Bilder der Rückfahr- und Seitenkameras werden bei Bedarf eingeblendet.

Kabinenlagerung: Die Komfortkabine ist auf 4 Hydro-Gummi-Elementen gelagert und dadurch besonders vibrationsarm. Durch die Kapselung der Kabine entsteht ein ruhiger Arbeitsplatz. Komfort, wie man ihn vom PKW kennt.

Werkzeugloses Kippen: Für ein Höchstmaß an Wartungsfreundlichkeit ist die Kabine seitlich 50° kippbar. Durch den werkzeuglosen hydraulischen Kippmechanismus wird der Motor- und Getrieberaum mit wenigen Handgriffen frei zugänglich.

Geotrac Supercup 2017 startet im Juli

Mit seiner mehr als 20-jährigen Geschichte ist der Geotrac Supercup die traditionsreichste und gleichzeitig spektakulärste Rennserie für Traktorenprofis im Alpenraum. Die diesjährige Auflage startet am 7. und 14. Juli mit den Qualifying-Days beim Lindner-Innovationszentrum in Kundl.

Wer dort die Rennlizenz erhält, kann bei den anschließenden Rennen am 16. Juli 2017 in Litter und von 6. bis 9. September auf der Rieder Messe antreten. Die Startplätze sind 2017 begrenzt: Insgesamt werden nur 50 Rennlizenzen pro Rennen vergeben.

Attraktiver Hauptpreis

Das Renngerät ist ein Geotrac 94ep von Lindner, der unter anderem über die Rampe für Schräglagen manövriert werden muss. Die 32 Fahrer mit den besten Rundenzeiten aus zwei Rennen ziehen ins große Europafinale am 10. September in Ried ein. Darüber hinaus wird auch 2017 eine eigene Teamwertung für die Rennställe der Supercup-Partner angeboten.

Auf den Einzelsieger wartet ein attraktiver Hauptpreis: ein Geotrac 134ep für ein Jahr. Der Geotrac 134ep ist der stärkste Traktor, den das Tiroler Familienunternehmen Lindner im Angebot hat. Zusätzlich werden bei jedem Rennen Preisgelder für die besten Traktorfahrer ausgeschüttet: Für den Erstplatzierten gibt es 300 Euro, für Platz zwei 150 Euro und für Platz drei 50 Euro.

Termine und weitere Infos: www.geotrac-supercup.at

Das kompakte Multitalent:

Der neue Multicar M29

365 Tage, unzählige Anwendungen - ein Fahrzeug: Dank seines modularen Konzepts lässt sich der multifunktionale Schmalspurgeräteträger Multicar M29 extrem flexibel für verschiedenste Aufgabenbereiche einsetzen. Und zwar da, wo es auf Wendigkeit und kompakte Bauweise ankommt: im Garten und im Landschaftsbau, im kommunalen Bereich oder bei der Entsorgung. Den Alleskönner präsentiert Hako auf der demopark und zeigt, dass er vor allem eins ist: wirtschaftlich im Einsatz - und mit 62 km/h immer schnell am nächsten Einsatzort.

Egal ob Kehren im Frühling, Grünflächenpflege im Sommer, Laubbeseitigung im Herbst, Räumen im Winter oder Transporte im ganzen Jahr: eine Vielzahl an An- und Aufbaugeräten kann mit nur wenigen Handgriffen an den Multicar M29 gekoppelt und über dessen leistungsfähige Hydraulik angetrieben werden. So ist er schnell und einfach für jeden Einsatzzweck gerüstet. Mit nur 1,33 m Breite und einem dank Allradlenkung geringen Wendekreis von nur 3,25 m kann das Multitalent auch auf engen Straßen und Wirtschaftswegen eingesetzt werden - und schafft dabei Nutzlasten von bis zu 3,2 Tonnen.

Sicherheit auf höchstem Niveau

Das Sicherheitskonzept des Multicar M29 orientiert sich an den hohen Standards, die auch für den Bau von Lastkraftwagen

Einfache Bedienbarkeit

Ergonomisch konzipierte Steuerfunktionen gewährleisten die einfache Bedienbarkeit aller Elemente im Betrieb. Via Joystick und einfach erkennbarer Tasten lassen sich der stufenlose hydrostatische Fahrtrieb und die Gerätefunktionen bequem und zentral steuern. Darüber hinaus erleichtert eine Reihe von Assistenzsystemen die Bedienung. So kann sich der Fahrer voll und ganz auf seine Umgebung konzentrieren - ein weiterer Faktor für die Sicherheit.

Variable hydrostatische Bremskraft

Serienmäßiges Highlight ist der hydrostatische Fahrtrieb mit variabler hydrostatische Bremskraft. Über einen dreistufigen Wippschalter stellt der Fahrer je nach Situation ein, wie stark der hydrostatische Fahrtrieb verzögern und somit die Betriebsbremse unterstützen soll. Letztere wird insbesondere bei starkem Gefälle und hoher Nutzlast geschont, der Verschleiß wird reduziert und die Sicherheit erhöht.



Der neue Schmalspurgeräteträger Multicar M29 bietet ein ausgereiftes Sicherheitskonzept für Fahrer und Beifahrer.

gelten: So bietet die Fahrerkabine ein Höchstmaß an Insassenschutz, was in Sicherheitstests nach ECE-R29 durch die DEKRA bestätigt wurde. Auch Allradantrieb, Scheibenbremsen, ein neuartiges Hydrostat-ABS und hoch belastbare Achsen gehören dazu und sorgen bei dem Schmalspurgeräteträger für ein stabiles Fahr- und Bremsverhalten in allen Situationen.

Im Multicar M29 ist die Sicherheit serienmäßig integriert: Tagfahrlicht, großflächige Reflektoren und LED-Rundumkennleuchte gehören selbstverständlich auch zur Ausstattung.

Perfekte Arbeitsbedingungen

Trotz kompakter Fahrzeugabmessungen bietet die Kabine Fahrer und Beifahrer viel Raum und hohen Komfort - angefangen beim ergonomischen Fahrersitz mit individuell einstellbarer Sitzposition über die Klimaanlage bis hin zur guten Geräuschdämmung.

Zusätzlich verfügt die Kabine des neuen Multicar M29 über großzügige, tief nach unten gezogene Front- und Seitenfenster für gute Sicht auf Anbaugeräte und Arbeitsumfeld. Der Blick nach hinten ist durch optimal dimensionierte Spiegel und das großzügige Heckfenster ungehindert möglich.

Der hydrostatische Fahrtrieb bietet ein weiteres Plus: Eine mechanische Unterersetzung sorgt dafür, dass sich die Arbeitsgeschwindigkeit noch feiner an die Aufgaben anpassen lässt und bietet zusätzliche Zugkraftreserven - ein großer Vorteil gerade bei Steigungen.

Der hydrostatische Fahrtrieb bietet ein weiteres Plus: Eine mechanische Unterersetzung sorgt dafür, dass sich die Arbeitsgeschwindigkeit noch feiner an die Aufgaben anpassen lässt und bietet zusätzliche Zugkraftreserven - ein großer Vorteil gerade bei Steigungen.

Hako - Lösungsanbieter für Reinigungs- und Kommunaltechnik

Seit über 65 Jahren steht der Name Hako für Qualität, Zuverlässigkeit, Service und innovative Lösungen. Heute zählt die Hako-Gruppe zu den führenden Maschinenherstellern auf dem globalen Markt für die Industrie-, Gebäude- und Außenreinigung sowie die Grundstücks- und Winterdienst. Dank engmaschigem Distributions- und Servicenetz mit Vertriebs- und Servicepartnern in über 60 Ländern beliefert Hako weltweit ein breites Zielgruppenspektrum mit innovativen Reinigungsmaschinen, multifunktionalen Geräteträgern und Transportern - bester Service inklusive: Allein in Europa sind über 650 Hako-Servicepartner im Einsatz.

Fachtagung Ländliche Entwicklung in Bad Windsheim:

Klimawandel – was ist zu tun?

Mit einer Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Starkregen oder Trockenperioden macht sich der Klimawandel auch bei uns deutlich bemerkbar. Dies erfordert eine klimagerechte Landschaftsgestaltung, um gegen Überflutungen und Dürre besser gewappnet zu sein. Gleichzeitig gilt es auch weiterhin, den Klimaschutz zu intensivieren. Unter dem Motto „Das Klima ändert sich – was tun?“ referierten und diskutierten Politiker, Experten und Praktiker im Rahmen der Fachtagung Ländliche Entwicklung in Bad Windsheim. Praxisbeispiele zeigten auf, was erreicht werden kann, wenn Gemeinden und Bürger vor Ort kreative Ideen entwickeln und gemeinsam anpacken.

Strategische Partner bei der Bewältigung des Klimawandels sind nach den Worten von Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner Kommunen und Landwirte. Beide seien gefordert, ein zukunftsfähiges Wassermanagement zu entwickeln, in dem die Speicherfähigkeit der Böden erhöht, der Wasserrückhalt in der Fläche verbessert und Boden und Gewässer besser geschützt werden. „Diese Partnerschaft möchte ich stärker ausbauen und unterstützen“, so Brunner.

Initiative „boden:ständig“

Exemplarisch nannte der Minister die Initiative „boden:ständig“, die mit einer engen Partnerschaft zwischen Landwirten, Kommunen und Fachverwaltungen den Boden- und Gewässerschutz vorantreibt. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung habe auch mit Flurneuordnung,

Dorferneuerung, Gemeindeentwicklung und Integrierter Ländlicher Entwicklung die geeigneten Instrumente, um bedarfsgerecht angepasste Strategien zu entwickeln und diese gemeinsam mit der Bevölkerung in konkreten Projekten umzusetzen.

Öko-Modellregionen

Die Partnerschaft von Landwirten und Kommunen ist nach Brunners Angaben auch „Kernelement unserer inzwischen zwölf Öko-Modellregionen“. Sie förderten das Bewusstsein für die regionale Herkunft der Lebensmittel und leisteten durch die Unterstützung des Ökolandbaus und die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz. Laut Brunner muss das Ziel auch künftig die Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes und die Abkehr von Öl und Kohle sein.

Auch deshalb, weil vom Einsatz erneuerbarer Energien der ländliche Raum profitieren kann.

Kompetente Begleitung

Die Kommunen im ländlichen Raum nehmen sich dieser Zukunftsthemen mit beträchtlichem Einsatz an. „Gerade für die kleineren Gemeinden ist dies allerdings eine große Herausforderung“, betonte der Minister. „Deshalb brauchen sie kompetente Begleitung. Diese biete ich ihnen durch die Ämter für Ländliche Entwicklung an.“

Über das Thema „Wasserwege und Wasserrückhalt in der Landschaft“ referierte Prof. Dr. Karl Auerwald, Technische Universität München. Seinen Ausführungen zufolge sind bayernweit betrachtet seltene Extremereignisse nicht selten und werden in Stärke und Zahl zunehmen. Da ein geringer Einfluss auf das Wellenvolumen bei großen Regenen bestehe, müsse das Hochwasser durch eine längere Scheitelanstiegszeit gedämpft werden. Während es im Feld hierzu geringe Möglichkeiten wegen der kurzen Distanzen gebe, biete der lange Weg zwischen Feldrand und Fließgewässer enormes Potenzial.

Im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) haben sich vergangenes Jahr 13 Kommunen des Landkreises Würzburg zur „Allianz Waldsassen-gau im Würzburger Westen“ zusammengeschlossen und erfolgreich als Öko-Modellregion

antwortung gegenüber kommenden Generationen hervor, die durch großes Engagement und Kreativität der beteiligten Personen eine besondere Wertschätzung erfahren habe und anderen Kommunen als Vorbild dienen könne.

„Die gemeinsame Gründung der Ammergauer Alpen GmbH durch insgesamt sechs Gemeinden ist ein klarer Beweis dafür, dass „Kirchturmpolitik“ der Vergangenheit angehört“, ergänzte Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, Partner bei LKC. „Ausgezeichnet werden heute sechs Bürgermeister, die Nachhaltigkeit im Tourismus und Bürgerfreundlichkeit über die Gemeindegrenzen hinweg umsetzen.“ Das gemeinsame Marketing für die heimische Region bedürfe, so v. Gronau, viel Fingerspitzengefühl – sowohl nach außen in Richtung der touristischen Zielgruppen als auch nach innen gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Bestätigung und Ansporn

„Wir freuen uns sehr über die Auszeichnung für unsere Geschlechter“, sagte Florian Hoffrohe, Geschäftsführer der Ammergauer Alpen GmbH, bei der Preisverleihung stellvertretend für die Bürgermeister der sechs Gemeinden. „Der Preis ist eine große Bestätigung unserer geleisteten Arbeit und zugleich ein Ansporn, diesen Weg gemeinsam mit den Bürgern und unseren engagierten Mitarbeitern weiter zu gehen.“

Gehört werden neben den Bürgermeistern gleichzeitig auch die Gemeinderatsmitglieder, die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter und die Mitarbeiter der Ammergauer Alpen GmbH, ohne die solche Projekte nicht beschlossen und erfolgreich durchgeführt werden könnten. Neben der Auszeichnung erhalten die Gemeinden der Ammergauer Alpen steuerliche und rechtliche Beratungsleistungen von der LKC-Gruppe für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von 2.000 Euro. □

Wie Projektmanager Jochen Diener erläuterte, ist die Region Waldsassen-gau ländlich geprägt. Die landwirtschaftliche Nutzung ist dort stark auf den Ackerbau ausgerichtet und weist mit 12 Prozent Bio-Betrieben überdurchschnittliche Öko-Landbaustrukturen auf.

Stadt-Land-Vernetzung

Welche Voraussetzungen sind hier gegeben, um diesen hohen Bioanteil zu erreichen? Wie handeln und vernetzen sich die Akteure vor Ort? Kann der Prozess noch weiter angeschoben werden und wie können andere Regionen daraus lernen? Diese Fragen stellte sich die Region Waldsassen-gau und machte die Faktoren sichtbar, die zur Entwicklung des ökologischen Landbaus beitragen können.

Die Nähe von Stadt und Land, vielfältige Anbaubedingungen und die bestehenden Bio-Erzeugerstrukturen bieten laut Diener eine Reihe von Möglichkeiten für unterschiedlichste Projekte. Das nahegelegene Würzburg berge Potenzial für den Direktabsatz der Erzeugnisse. Gezielte Schritte zu einer Stadt-Land-Vernetzung seien für beide Seiten ein Gewinn.

So soll die Öko-Modellregion Impulse für die ökologische Tierhaltung geben. Auch die Schaffung von Lagermöglichkeiten und

die Vermarktung und der Einsatz von Öko-Lebensmitteln aus der Region in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung stehen im Fokus. Der ökologische Landbau wird in der Region breit getragen und die Öko-Modellregion wird in der Region bereits von ihren vielen Akteuren und erfolgreichen Netzwerken gelebt.

Praxisbeispiele

Zum Abschluss der Fachtagung zeigten Praxisbeispiele auf, was erreicht werden kann, wenn Gemeinden und Bürger vor Ort kreative Ideen entwickeln und gemeinsam anpacken. Die Gemeinde Uehlfeld zum Beispiel lebt die Energiewende als Kommune aktiv vor, in dem sie heimische Ressourcen nutzt. Anstoß war das Energiekonzept. Bald ersetzt Uehlfeld etwa 90 % des Heizölbedarfs seiner kommunalen Liegenschaften und liefert erneuerbare Wärme an 31 Haushalte. Die restaurierte Energiescheune mit Pelletkessel, Solarthermie und Wärmespeicher ist das Herzstück des Systems.

Mausdorf wiederum produziert das 25-fache seines Stromverbrauchs aus Biogas, Windenergie und Photovoltaik. Allein die Biomasse ersetzt 150.000 Liter Heizöl und mindert den CO₂-Ausstoß um 1.200 Tonnen. Grundlage des Erfolgs ist das wert-

volle Engagement aktiver Bürger. Bewusstseinsbildung muss früh beginnen – deshalb lernen Kinder in Hahnenkamm die Bedeutung und den Schutz ihrer Lebensgrundlagen Boden und Wasser. Einen langen Atem benötigt auch die Idee der Kompostwirtschaft mit dem Ziel, den Humusgehalt zu steigern und so das Bodengefüge zu stabilisieren.

Projekt in Vogtsreichenbach

Flurneuordnung und Bodenmanagement unterstützen ein bodenständig-Projekt in Vogtsreichenbach. Dort wird die Bodenkurve punktuell massiv abgetragen. Dies ist eine Ursache, warum der Reichenbach und Hochwasserrückhaltungen versanden. Eine bodenschonende und erosionsmindernde Bewirtschaftung allein reicht nicht, weshalb Baumaßnahmen zur Regulierung des Wasserabflusses nötig sind.

An der Fränkischen Rezat zwischen Ansbach und Windsbach schließlich wurden zahlreiche Rückhaltebecken (400.000 m³) und Maßnahmen an Gewässern (u.a. 100 Hektar Uferstreifen) in 58 Projekten gemeinsam mit der Wasserwirtschaftsverwaltung verwirklicht – ein wesentlicher Beitrag zur Hochwasserentlastung und für einen guten ökologischen Zustand der Gewässer. **DK**

Freude im Caritas Wohn- und Pflegegemeinschaft St. Josef:

Erster Preis für Heimqualität

Landrat und Bürgermeisterin gratulierten beim Themenfrühstück

Hauzenberg. Bewohner, Mitarbeiter und Einrichtungsleiter Franz Hackl sind noch immer ganz aus dem Häuschen nach der hohen Auszeichnung, welche die „Caritas Wohn- und Pflegegemeinschaft St. Josef“ von einem bekannten Marktforschungsinstitut und der Deutschen Gesellschaft für Qualität verliehen wurde. (darüber wurde berichtet). Jetzt kamen auch noch Landrat Franz Meyer und Bürgermeisterin Gudrun Donaubauber als Gratulanten.

Bei einem Themenfrühstück erzählte Franz Hackl den Heimbewohnern und den Gästen vom Zustandekommen der Auszeichnung und die Begeisterung darüber konnte man ihm in der emotionalen Rede anmerken. Da sei nichts erschlichen oder durch Beziehungen erreicht worden. Eine anonyme Befragung der Heimbewohner, der Angehörigen und der Mitarbeiter sei von dem Institut ausgewertet worden. Der Qualitätsbeurteilung stellten sich Unternehmen aus der ganzen Republik und das Hauzenberger Seniorenheim sei als einzige soziale Einrichtung unter den Teilnehmern aus Industrie und Verwaltung gewesen. Das habe auch bei den Bewertern Aufsehen erregt. „Die Altenheime stehen ja immer wieder mit negativen Schlagzeilen in den Medien“, kritisierte Franz Hackl die Berichte über Vorkommnisse in einzelnen Einrichtungen.

Wir scheuen keine Kontrolle

„Wir scheuen keine Kontrolle der Fachaufsicht“, sagte er mit Blick auf die Vertreter des Referats für Soziales und Senioren aus dem Landratsamt. Versteckte Mängel könne man im laufenden Tagesgeschäft schon einmal übersehen und man sei dankbar für entsprechende Hinweise aus den Reihen der 106 Mitarbeiter, der 120 Heimbewohner oder von Angehörigen. „Nichts anbrennen lassen“, das sei ein Rezept für ein erfolgreiches Qualitätsmanagement. Danach hätten sich bei der Verleihung der Auszeichnung in Mainz selbst erfahrene Personalchefs größerer Betriebe erkundigt.

Alle paar Jahre wolle man sich an der Bewertung beteiligen, kündigte Franz Hackl an. „So können wir für Bewohner und Mitarbeiter die Zufriedenheit erhalten, die uns mit dem besten 1. Preis in den Kategorien Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit bestätigt wur-

gen käme der Geist des Hauses zum Ausdruck und sie seien Zeugnisse sozialer Verantwortung. Wenn man als Wohn- und Pflegeeinrichtung als Nummer eins in Deutschland rangiere, sei das gerade auf diesem Gebiet eine ganz besondere Stellung.

Total stolz sei sie auf das Haus St. Josef, würdigte Bürgermeisterin Gudrun Donaubauber die hohen Auszeichnungen. Sie bestätigten die Wohn- und Pflegegemeinschaft als einen Ort, wo es den Bewohnern und den Mitarbeitern gut gehe. Als Herz und Seele erlebe man die Menschen beim Besuch. Die Mitarbeiter mit ihrer Motivation und Schaffenskraft bezeichnete die Bürgermeisterin als Edelsteine, die aber bei aller

de“, freute er sich. Offene Türen, offene Ohren und offene Herzen gehörten zum täglichen Leben in der Wohn- und Pflegegemeinschaft St. Josef im Zusammenwirken der drei Säulen Bewohner, Mitarbeiter und Träger.

Heimkosten bleiben stabil

Eine weitere Erfolgsmeldung konnte der Einrichtungsleiter verkünden: Dank der hervorragenden



Die Freude über die Auszeichnung steckte beim Themenfrühstück auch (v.r.stehend) Siegfried Weishäupl und Armin Diwald vom Referat Soziales beim Landratsamt, Bürgermeisterin Gudrun Donaubauber, Einrichtungsleiter Franz Hackl und Landrat Franz Meyer sowie (v.l. stehend) die Mitarbeiterinnen Sabrina Sommer, Ulrike Moser und Petra Rosenberger und den Heimbeirat mit ihrem Vorsitzenden Franz Knödseder (3.v.r. sitzend) und den 2. Vorsitzenden Dr. Dr. Heinz Müller (daneben) an. **Foto: Donaubauber**

den Arbeit und eines verantwortungsvollen Wirtschaftens müssten in diesem Jahr die Heimkosten nicht erhöht werden.

Das Seniorenheim St. Josef habe mit der zweifachen Auszeichnung das geschafft, was dem FC Bayern verwehrt geblieben sei, verglich Landrat Franz Meyer die Erfolge. „Franz Hackl und seine Mitarbeiter brennen für ihre Einrichtung“, erwiderte der Landrat auf die temperamentvolle Rede Hackls und die Begeisterung seiner Leute. In den Auszeichnun-

Fürsorge auch ihre Grenzen erkennen sollten. „Wenn es alleine nicht mehr geht, dann ins Seniorenheim St. Josef in Hauzenberg“, rät sie den Menschen.

„Wir feiern unseren ersten Platz noch einmal beim Sommerfest“ kündigte Franz Hackl den Heimbewohnern an, „und dann richtig bayerisch“

Dafür will er auch die beiden Briefumschläge aufmachen, die Landrat und Bürgermeisterin zum Gratulieren mitgebracht hatten. **do**



Strahlende Gesichter bei der Preisverleihung im Rathaus in Unterammergau (v. l.): Florian Hoffrohe (Geschäftsführer Ammergauer Alpen GmbH), Bürgermeister Josef Pössinger (Ettal), Dr. Franz-Stephan v. Gronau (LKC), Bürgermeisterin Gisela Kieweg (Bad Bayersoien), Bürgermeister Rupert Speer (Saulgrub), Dr. Stefan Detig (Detig RSW), Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen), Bürgermeister Michael Gansler (Unterammergau). Bild: www.Ramona-Duenisch.de

Bürgermeister des Jahres:

Auszeichnung für sechs Rathauschefs

Sechs Bürgermeister der Ammergauer Alpen, Gisela Kieweg (Bad Bayersoien), Arno Nunn (Oberammergau), Karl-Heinz Reichert (Bad Kohlgrub), Rupert Speer (Saulgrub), Michael Gansler (Unterammergau) und Josef Pössinger (Ettal), sind gemeinsam zu den „Bürgermeistern des Jahres“ gekürt worden. Die Auszeichnung wurde ihnen in Anwesenheit von Landrat Anton Speer (2. v. r.) im Unterammergauer Rathaus überreicht. Ausgelobt wird der jährliche, landesweite Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste von den Kanzleien LKC aus München sowie DETIG aus Pullach.

Die sechs Bürgermeister wurden für die über zehnjährige interkommunale Zusammenarbeit ihrer Gemeinden und die 2004 erfolgte Gründung der Ammergauer Alpen GmbH ausgezeichnet, die seitdem zahlreiche gemeinsame Projekte umgesetzt hat.

Bündelung von Ressourcen

So konnten die Übernachtungs- und Gästezahlen deutlich gesteigert werden, seit 2011 können Busse in der Region kostenlos genutzt werden und es wurde eine Initiative gestartet, die Ammergauer Alpen als Naturpark anzuerkennen. Darüber hinaus bündelt die Gründung der kommunalen Energie GmbH Ressourcen in der Region und fördert die Nut-

zung von Ökostrom aus Wasserkraft von einem regionalen Erzeuger. Die Fachjury um Altbürgermeister Rolf Zeitler (Unterschleißheim), Bürgermeister a.D. Eckhard Kalinowski (Taufkirchen) und Dr. Franz-Stephan von Gronau, Partner bei der LKC-Gruppe, lobte in ihrer Begründung vor allem die „vertrauensvolle Zusammenarbeit, mit der die Förderung eines nachhaltigen Tourismus in den Ammergauer Alpen besser, effizienter und kostengünstiger gestaltet wurde.“

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Geschäftsführer der Detig Rechtsanwalts-gesellschaft und Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. In seiner Laudatio hob Detig besonders die Ver-

Für ein differenziertes Bild unseres Nachbarkontinents

1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank lud zu Film, Vortrag, Diskussion und Benefizkonzert ein

Hunger, Gewaltherrschaft, Unterentwicklung, alles gebündelt im Massenphänomen Flucht – Afrika wird in Europa vielfach vor allem mit negativen Stereotypen assoziiert. Die Aktivisten des Afrodeutschen Forums (ADF) Ulm ärgert das. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, in der Region ein „differenziertes Bild von Afrika“ zu vermitteln, betont deren Vorsitzender Jean De Dieu Elo. Diesem Zweck diene der 1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank, also eine „Denkfabrik“, die das ADF vor kurzem im Brückenhaus der Sparkasse in Neu-Ulm veranstaltete. Neben dem öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut waren dabei der Landkreis Neu-Ulm, die Stadt Neu-Ulm und das Familienzentrum Neu-Ulm Kooperationspartner.

Friedrich, genannt „Freddy“ Lien ist ebenfalls Vorstandsmitglied im gemeinnützigen Verein ADF, dem bislang etwa 30 Mit-

glieder vorwiegend afrikanischer Herkunft angehören. Wie Vorsitzender Elo ist er aus Kamerun und Akademiker. Beide

haben in Deutschland studiert und arbeiten nun in qualitativ hochwertigen Berufen. „Afrika ist eben nicht nur Elend und Armut“, betont Lien. Es habe auch schöne und dynamische Seiten. Lien hat Jura und Betriebswirtschaftslehre in Deutschland studiert und arbeitet nun als Privatdozent für Wirtschaftsprivatrecht und als SAP Business Intelligence Consultant.

Beim 1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank hielt er einen Vortrag mit anschließender Diskussion über das uns Europäer unmittelbar angehende Thema „Afrika als Spaltplatz zwischen wertbasierter und interessengeleiteter Politik“. Zuvor sprach Landrat Thorsten Freudenberger ein Grußwort.

Zum Auftakt des 1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank lief der Dokumentarfilm „Schattenkrieg in der Sahara“, den bereits der deutsch-französische Fernsehsender arte ausstrahlte. Die Doku erforscht die wahren Hintergründe des kriegerischen Konflikts in Mali und legt dar, wel-

che Interessen sich hinter der Destabilisierung einer ganzen Region verbergen. Im Anschluss hatten die Zuschauer Gelegenheit das Gesehene zu diskutieren.

Ein Benefizkonzert beschloss den 1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank. Joao Dontana – Musiker, Sänger, Produzent, Kulturveranstalter und Tanzlehrer – brachte seinen ureigenen Musikstil auf die Bühne im Brückenhaus, eine Mischung aus afrikanisch-traditionellen, modernen und innovativen Elementen. Joao Dontana wuchs in Angola auf und lebt seit 30 Jahren in Deutschland.

Bildungsfonds

Der Reinerlös des 1. Neu-Ulmer Afrika Think Tank fließt in einen Bildungsfonds, aus dem später einmal Ausbildung und Studium von Menschen aus Afrika in Ulm und Umgebung gefördert werden sollen. Außerdem ist laut Jean De Dieu Elo und Friedrich Lien geplant, konkrete Projekte in Afrika finanziell zu unterstützen.

„Noch ist der ADF ein junges Kind“, sagt „Freddy“ Lien, der auch gewählter Sprecher des Internationalen Beirats der Stadt Ulm ist. Das Kind soll aber schnell groß und stark werden, um die gesteckten Ziele bestmöglich erreichen zu können. □



Gemeinsam für Afrika (von links): Friedrich Lien (Afrodeutsches Forum Ulm/ADF), Mirjam Schlosser, Margarete Fischer (beide Landratsamt Neu-Ulm) und Jean De Dieu Elo (ADF). Bild: Jürgen Bigelmayr/Landratsamt Neu-Ulm

BayernTourNatur 2017:

Spannende Streifzüge

Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf hat am Spitzingsee gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Landrat Wolfgang Rzehak den offiziellen Startschuss zur BayernTourNatur 2017 gegeben. Anschließend folgten eine gemeinsame Exkursion in das Bachtal der Roten Valepp und eine Steinadler-Flugschau.

Bis Oktober sind bei der 17. Auflage der Veranstaltungsreihe 7.000 Veranstaltungen geplant: von Fledermaus- und Vogelstimmenwanderungen und einer Kräuterführung auf einer Alm über einen Indiantag mit Tipi-Aufbau bis hin zur Traum-Trail-Mountainbike-Tour oder einem meditativen Nachmittag mit Alpakas. Damit ist die BayernTourNatur die größte Umweltbildungsinitiative Deutschlands.

Naturliebhaber sind wieder eingeladen, Experten auf ihren spannenden Streifzügen durch Bayern zu begleiten. Die Veranstaltungsreihe bietet Kindern, Erwachsenen und Familien ideale Möglichkeiten, in die faszinierende Welt heimischer Naturwunder einzutauchen.

Naturheimat entdecken

Wie Umweltministerin Scharf hervorhob, „lohnt es sich, die Geheimnisse der bayerischen Naturheimat zu entdecken und zu genießen. Die BayernTourNatur ist immer wieder eine reiche Fundgrube für jeden Naturfreund. Begleitet von Experten wird jeder Ausflug zum echten Erlebnis. Ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad, ob sportlich, kreativ, genüsslich oder naturwissenschaftlich – die BayernTourNatur bietet für jede Altersgruppe, Vorliebe und Fitness passende Angebote.“ Ein Großteil der Veranstaltungen wird dabei von Ehrenamtlichen kostenlos angeboten und durchgeführt.

Gemeinschaftsaktion

Das erfolgreiche Konzept der BayernTourNatur unterstützt maßgeblich die Umsetzung des Biodiversitätsprogramms Bayern 2030 zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des europäischen Schutzgebiet-Netzes „Natura 2000“ werden den BayernTourNatur-Teilnehmern in diesem Jahr zudem zahlreiche herausragende Natura 2000-Lebensräume vorgestellt. Als Schauplatz der Auftaktveranstaltung wurde daher das attraktive Natura 2000-Gebiet „Mangfallgebirge“ gewählt – mit ca. 16.000 Hektar eines der größten in Bayern.

Die BayernTourNatur ist eine Gemeinschaftsaktion von Staat, Vereinen, Verbänden, Umweltbildungseinrichtungen, Kommunen und Einzelpersonen. Jedes Jahr beteiligen sich bis zu 1.000 Veranstalter aus ganz Bayern an der Aktion. Seit Beginn der BayernTourNatur im Jahr 2001 wurden rund 60.000 Naturführungen angeboten und

von insgesamt 840.000 Teilnehmern besucht. Die BayernTourNatur wird unterstützt von den bayerischen Sparkassen, der DB Regio Bayern, der AOK Bayern, der Landesapothekerkammer, den bayerischen Tourismusverbänden und ANTENNE BAYERN als Medienpartner. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
 Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Roßmann (Landtag)
 Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
 Jörg Kunstmann (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
 Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich
 (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Tagung der Oberpfälzer und niederbayerischen Landräte:

Wo der Schuh drückt

Bei der Tagung der Bezirksverbände Oberpfalz und Niederbayern des Bayerischen Landkreistages in Neukirchen beim Heiligen Blut im Landkreis Cham bzw. in Straubing bildete die Krankenhausversorgung im ländlichen Raum ein gemeinsames Schwerpunktthema.

Seit Jahren kämpft der Bayerische Landkreistag für den Erhalt der akutstationären Krankenhausversorgung im ländlichen Raum – eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge in Trägerschaft der bayerischen Landkreise. Gemeinsam mit der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und der Bayerischen Staatsregierung konnten in den vergangenen Jahren die schlimmsten Auswüchse der übertriebenen Sparvorstellungen der Bundespolitik bzw. der Krankenkassen verhindert werden.

Trotzdem haben über 40 % aller 363 Krankenhäuser in Bayern das Jahr 2016 mit einem negativen Betriebsergebnis abgeschlossen. Diese Zahlen wären noch drastischer, wenn die Landkreise nicht über den Kreishaushalt als Nothelfer einspringen würden, so der Tenor in Neukirchen und Straubing.

Mit dem zum 1.1.2016 in Kraft getretenen Krankenhausstrukturgesetz habe sich die Finanzlage der Krankenhäuser nicht wesentlich verbessert. Die Schere zwischen Kostensteigerungen und Erlössteigerungen gehe wie in den Jahren zuvor immer weiter auseinander, betonten die Landräte. Erschwert werde dies durch den Trend, dass die Patienten immer häufiger die Notfallambulanz der Krankenhäuser aufsuchen (selbst zu Praxisöffnungszeiten), die daraus gewonnenen Erlöse aber bei Weitem nicht kostendeckend sind. Gerade im ländlichen Raum führe dies zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzierung der Grundversorgungshäuser.

Die Krankenhausversorgung sei wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und sollte nicht dem Marktgeschehen überlassen werden, erklärten die Landkreischefs. Die im Krankenhausplan als bedarfsnotwendig festgestellten Krankenhäuser hätten unabhängig von ihrer Größe Anspruch auf auskömmliche Finanzierung ihrer Betriebs- und Investitionskosten. Ziel von Landkreistagspräsident Christian Bernreiter ist es deshalb, die Mittel für die Krankenhausförderung 2018 von derzeit 500 auf 640 Mio. Euro aufzustocken.

Die Oberpfälzer Landkreischefs wiesen im Rahmen ihrer Tagung auch auf den aus ihrer Sicht notwendigen Breitbandausbau im ländlichen Raum hin. Gleichzeitig dürfe aber der Ausbau der Mobilfunk-Versorgung nicht vernachlässigt werden, erklärte der Sprecher der Oberpfälzer Landräte und Amberg-Sulzbacher Landrat Richard Reisinger. Aus diesem Grund soll eine

Resolution erlassen werden. Für den ländlichen Raum wird eine flächendeckende Mobilfunkversorgung mit 5G gefordert.

Auf der Agenda stand zudem das Thema Flüchtlingspolitik, das aufgrund des aktuellen Falls in Arnschwang im Landkreis Cham, wo ein Asylbewerber aus Afghanistan in einer Asylunterkunft ein Kind erstach, besonders in den Mittelpunkt rückte. Landrat Franz Löffler forderte hier einen besseren Austausch und Informationsfluss zwischen allen beteiligten Stellen und stieß damit auf Konsens bei den Landräten.

Es könne nicht sein, dass der Täter trotz der in seiner Heimat begangenen schweren Straftaten hier in Deutschland eine Duldung erhalten und einen Platz in einer normalen Asylbewerberunterkunft erhalten habe, so die Landräte. Gleichzeitig forderten sie spezielle Unterkünfte für schwere Straftäter, bei denen eine Abschiebung aus einem „triftigen“ Grund nicht möglich sein sollte – inklusive Überwachung durch einen Sicherheitsdienst.

Auch die Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen war ein Thema der Landrätetagung in Neukirchen. Da Wohnraum fehle, sollten anerkannte Flüchtlinge nach Ansicht der Landräte als sogenannte Fehlbeleger in ihren Unterkünften bleiben dürfen, bis für sie eine passende Wohnung gefunden sei. In der Oberpfalz gibt es aktuell 3.300 dieser so genannten Fehlbeleger.

Für dritte Startbahn

Niederbayerns Landräte um ihren Bezirksvorsitzenden Franz Meyer (Passau) plädierten wiederum einhellig für den Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen. „Der Flughafen ist ein Jobmotor für Niederbayern und einer der mit Abstand wichtigsten wirtschaftlichen Impulsgeber“, erklärte Meyer.

Im Landratsamt Straubing-Bogen beschäftigten sich die Landkreischefs auch mit der neuen Wohnraum-Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (siehe dazu Seite 10), die aus Meyers Sicht ein falsches Bild zeichnet. Die Schlussfolgerungen der Urheber dieser Untersuchung gäben bedauerlicherweise jenen Personen Argumentationshilfe, die nur die Metropolregionen sehen und alles andere als schmückendes Umland betrachten. Ein großer Standortvorteil des ländlichen Raums sei aber gerade die Möglichkeit, mit überschaubaren Kosten den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen. **DK**



Dr. Marion Leuze-Mohr, Stellvertreterin von Landrat Heinz Einiger (Landkreis Esslingen), Landrat Christoph Göbel und Landrat Henry Graichen (Landkreis Leipzig) mit seinem 1. Beigeordneten Gerald Lehne im Festsaal des Landratsamtes München. Bild: Uwe Gottwald

„Dreiergipfel“ im Zeichen der Metropolregion

Vertreter der Landkreise Esslingen, Leipzig und München trafen sich zum zweijährlichen Fachaustausch

Seit 2000 gibt es fachliche Begegnungen zwischen den Landkreisen Esslingen, Leipzig und München. Der Kontakt und Austausch des Landkreises München mit dem Landkreis Esslingen geht sogar bis ins Jahr 1979 zurück. Es ist also Tradition, dass sich die drei Landkreise in regelmäßigen Abständen zum fachlichen Austausch treffen, intern bekannt als „Dreiergipfel“. Diesmal lud der Landkreis München vom 17. bis zum 20. Mai 2017 zum interkommunalen Erfahrungsaustausch ein. 2019 wird dann der Landkreis Esslingen Gastgeber sein, gefolgt vom Landkreis Leipzig im Jahr 2021.

Insbesondere Fragen zu den Themenkomplexen „Asyl und Integration“ und „Mobilität im Landkreis durch Radverkehrskonzepte“ wollten die Gäste bei diesem Besuch behandeln wissen. Die Gäste interessierten sich außerdem dafür, wie der Kreisjugendring München Land seine offene und verbandliche Arbeit organisiert. Der Austausch über Projekte und die Arbeit der Metropolregionen war ein Anliegen des Landkreises Leipzig.

Besuch der EMM-Geschäftsstelle

So war der Besuch der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion München e.V. ein anregender Programmpunkt. Der Geschäftsführer der EMM Wolfgang Wittmann, der am Vormittag gemeinsam mit Landrat Göbel die aktuelle Ausstellung „Metropolregion München –

Macht Mehr Miteinander“ eröffnet hatte, empfing am Nachmittag in den Räumlichkeiten die Gäste aus Baden-Württemberg und Sachsen. Der Esslinger Landrat Heinz Eininger, die Stabsstellenleiterin für Wirtschaftsförderung im Landkreis Leipzig, Gesine Sommer, und Landrat Christoph Göbel stellten im Anschluss Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Metropolregionen Stuttgart, Mitteldeutschland und München heraus und wagten einen Blick in die Zukunft.

Bei strahlendem Sonnenschein bildeten zwei Stadtführungen durch die Altstadt Münchens einen gelungenen Abschluss der partnerschaftlichen Begegnung. Der Besuch des Augustiner-Kellers im Anschluss konnte allerdings nur die Gäste aus Schwaben erfreuen. Da saß die Delegation aus Sachsen bereits im Zug nach Leipzig. □

Herrschaftszeiten in der Cadolzburg eröffnet:

Zeitreise ins Mittelalter mit der Technik des 21. Jahrhunderts

„Das Mittelalter fühlen, schmecken, hören und riechen“ kann man laut Bayerns Schlösserverwaltung ab sofort in der Cadolzburg in der gleichnamigen Marktgemeinde im Landkreis Fürth. In den letzten 30 Jahren hat der Freistaat Bayern dafür insgesamt 36,8 Mio. Euro investiert und ein 1.500 Quadratmeter großes „Burgerlebnismuseum“ geschaffen.

Dass zu der Eröffnung auch noch Georg Friedrich von Preußen erschienen war, einer aus dem Stammbaum jener Habsburger, denen früher das Schloss jahrhundertlang gehörte, freute den bayerischen Burgchef, Finanz- und Heimatminister Markus Söder offenbar so, dass er den Gast mit „königliche Hoheit“ hofierte.

Doch auch die restlichen Gäste des Staatsempfangs im „Palas“ des „Neuen Schlosses“, das eigentlich das ältere der beiden großen Gebäude im Innenhof der Cadolzburg ist, gingen zufrieden nach Hause: Sie wurden nach der Eröffnungszeremonie durch die ausgestellten „Kostbarkeiten, aufwändigen Reproduktionen, Inszenierungen und Medienstationen“ mehr als entschädigt.

Faszinierendes Zeitalter

„Die Cadolzburg aus dem Dornröschenschlaf erwecken, um eine Zeitreise in ein faszinierendes Zeitalter zu machen“, das wollte eigentlich Minister Söder selbst erledigen. Doch die Böllerschützen des Kulturvereins Debernord hatten schon zu dessen Begrüßung einen extra Salut vor dem Tor zum Burginnenhof geschossen: Alles war schon wach. Und auch nicht wie bei Dornröschen 100 Jahre, sondern „nur“ 72 hat es gedauert, bis aus der II. Weltkrieg wohl durch Brandstiftung zerstörten Hohenzollernschen das „Herrschaftszeiten! Burgerlebnismuseum“ wurde.

Kurt Falthäuser, Söders Vor-Vorgänger als Bayerns Finanzminister, hatte einst genau ein „Deutsches Burgenmuseum“ an dieser Stelle errichten und dafür viel Geld bereitstellen wollen. Am Ende habe Falthäuser die Idee aber aus finanziellen Gründen aufgegeben,

war nun beim Staatsakt zu hören. Doch als Söder ins Amt kam, habe der „genau einen Tag Zeit gelassen, um ein anderes bahnbrechendes Konzept zu entwickeln“, gab Schlösserverwaltungs-Präsident Bernd Schreiber preis. Das Ergebnis der schnellen Überlegungen hatte der Minister dann 2013 öffentlich gemacht. Und vier statt wie geplant drei Jahre später ist es nun in Betrieb, das Burgerlebnismuseum.

Die Exponate zeigen „verschiedene Facetten des Lebens auf einer Herrschaftsburg“, wie es der offizielle Betreiber, Bayerns „Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, kurz Schlösserverwaltung“, formuliert. Minister Söder nennt dieses Erlebnis „einen Brückenschlag zwischen Mittelalter und Moderne“ an dieser „deutschlandweit einmaligen Stätte. Es ist aber eben kein Burgenmuseum“, stellt er klar.

Zahlreiche Facetten

„Herrschaftszeiten“ erschlossen sich am Besten mit intelligenten Mobiltelefonen oder Tablets, raten die Betreiber den Besuchern. Passend dazu wurde „in weiten Teilen der Vor- und Kernburgen kostenfreies Bayern-WLAN installiert“. Aber die meisten Gäste finden es interessanter, sich einfach durch die Stockwerke, Gänge und Kryptotreppen zu bewegen: Sie lassen sich überraschen von den vielen verschiedenen Facetten mittelalterlicher Burglebens. Es gibt im Übrigen eine Reihe Exponate, die zeigen: So weit sind damals und heute gar nicht auseinander. Bei Rüstungsteilen wie Ritter- und Polizeihelm, Leder- und Schutzweste beispielsweise.

Über die vier Etagen des Alten Schlosses verteilen sich „originale

Objekte, aufwändige Reproduktionen, Inszenierungen und Medienstationen“. Und der riesige leere Raum des Neuen Schlosses lässt die Dimensionen ahnen, in denen das Leben auf der Herrschaftsburg vorstatten ging.

So verputzten die Adligen jeden Mittag fast anderthalb Pfund Fleisch. Deshalb roch es früher wohl den ganzen Tag nach Grilltem. Und neben dem „Ochsenkamin“, kommt der Grillduft nun wieder beim Besucher an, wenn auch künstlich erzeugt. So wie beispielsweise ein herumstehendes Schlachtross ebenfalls Ausdünstungen von sich gibt.

Schon in den ersten Tagen nach der Eröffnung ist zu spüren: Die Besucher trauen sich, selbst hinzulangen im Erlebnismuseum. Sie kämpfen mit Schwertern gegeneinander – wenn auch nur elektronisch, also ohne Verletzungsgefahr. Sie verkleiden sich für einen Ball und tanzen in roten, blauen, grünen Roben. Sie werden aber auch nachdenklich, wenn sie auf die roten Punkte in Kriegsszenen drücken und ihnen Tote, Verletzte oder sonstige schlimme Ereignisse optisch präsentiert werden. Sie tasten, fühlen, riechen, „machen“: alles Dinge, die in normalen Museen oft nicht erlaubt sind. Oder sie finden am Stammbaum heraus, wie und wo die Hohenzollern durch geschicktes Einheitsrathen Macht, Geld und Einfluss gewannen.

Außerdem hilft ein „Multi-Media-Guide“, der auf einer bis zu dreieinhalb Stunden dauernden Tour durch die zwei Schlösser führt. Doch vielleicht wird an der Beschilderung noch etwas verbessert, dann wäre der Guide wohl gar nicht notwendig. Ohnehin sieht man keine enttäuschten Gesichter. Stattdessen sagen die Leute auf Nachfrage „Bassd scho“, das höchste Lob, das Franken vorrätig haben.

Wer an dem Erfolg schuld ist? Fürths Landrat Matthias Dießl griff auf die Märchensprache zurück: „Damit etwas aus dem

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jeder wusste, irgendwann kommt die Nachricht im Radio oder im News-Push. Und dennoch, als es dann soweit war, waren wir doch alle irgendwie fassungslos.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schilderte seine Empfindungen an dem Tag, als die Nachricht vom Tod Helmut Kohls über den Äther lief.

In der Tat war jedem im Hinblick auf sein hohes Alter und seinen bekannt angegriffenen Gesundheitszustand klar, dass der Altkanzler keine lange Lebensspanne mehr vor sich hatte. Und doch hielten die Menschen in Deutschland spürbar inne, wie ich es kaum einmal empfunden habe, wenn die Nachricht vom Tode eines großen oder bekannten Menschen öffentlich wird. Als wäre allen klar, dass hier nicht nur ein Sterblicher, sondern ein Teil unserer Geschichte von uns geht. Die Art und Weise wie politische Gegner und Parteigänger über ihn sprachen, verstärkte



und unsere Welt noch heute. Ja, die Einheit, der Euro, die offenen Grenzen in Europa, der Binnenmarkt, die Öffnung der EU und der NATO nach Osten, das alles sind historische Entwicklungen, die bleibend sind und die jede für sich ein Denkmal, eine Straßenbenennung oder eine Briefmarke zu Ehren und Angedenken rechtfertigen würden. Aber diese Leistungen sind abstrakt,

fast schon entrückt und für die Jüngeren unter uns eigentlich nur die Beschreibung eines selbstverständlichen Zustands.

Ich denke, die Größe des Politikers Helmut Kohl und der Respekt für ihn, der jetzt deutlich über alle Grenzen der politischen Überzeugungen spürbar wird, liegt in der Art und Weise begründet, wie er Politik gemacht hat. Da war sein Wertegerüst, seine Überzeugung, dass die Geschichte dem westlich-demokratischen Gesellschaftsentwurf Recht geben würde und sein Mut, Entscheidungen zu treffen, wenn sie getroffen werden müssen. Man sprach vom Instinktpolitiker Helmut Kohl, der das schmale Zeitfenster, das die Geschichte für die Deutsche Einheit öffnete, praktisch aus dem Bauch heraus erkannte und nutzte, obwohl ökonomische und geopolitische Analysen eine längere Übergangs- und Anpassungszeit empfohlen hatten.

Heute wissen wir, die Zeit für solche Übergangsphasen war nicht da. Ich bin der festen Überzeugung, vielleicht erspürte er die sich ändernde Weltlage, aber entschiedend für sein beherrschtes Handeln war seine feste Überzeugung, dass Deutschland einig werden muss, koste dies auch einen hohen ökonomischen Preis. Diese Fähigkeit, das Richtige zu tun, weil man von einer Sache überzeugt ist, macht die Größe eines Politikers aus und sichert den Respekt der Nachwelt.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält Worte des französischen Publizisten Alfred Grosser aus dem Jahr 1999 für den besten Nachruf auf die Leistungen Helmut Kohls: „Die Deutschen sollten aus vollem Hals singen: Einigkeit und Recht und Freiheit. Alles andere ist eine Trauer, die sich nicht ziemt angesichts einer Zukunft, die viel gewisser ist als die der meisten Länder der Welt.“

ihre
Sabrina

Respekt, Helmut Kohl!

den Eindruck des Besonderen. Ehrliche Worte der Hochachtung von den einen, kein Versuch der parteipolitischen Vereinnahmung von den anderen. Bemerkenswert in einem Wahljahr: Helmut Kohl war dem parteipolitischen Streit schon entrückt, wie auch der Satire. Das Titelbild der „taz“ zur Todesnachricht, ein Meer von Trauerkränzen, garniert und der zum Markenzeichen gewordenen Birne und der Unterschrift „blühende Landschaften“ hätte zu den politisch aktiven Zeiten von Helmut Kohl sicherlich das Zeug zu einer Satire-Ikone mit hohem Kultfaktor gehabt. Im Juni 2017 wirkte es nur peinlich.

Da stellt sich unweigerlich die Frage ein: Was macht einen Menschen eigentlich groß? Die Tatsache, dass er 16 Jahre der Kanzler und damit die bestimmende politische Figur des Landes war, spielt sicherlich eine Rolle, aber doch nicht die entscheidende. Es stimmt, ganze Generationen, auch meine, sind faktisch in seiner Regierungszeit politisch sozialisiert und geprägt worden. Aber ein so langer Zeitraum kann auch ermüden. Das hat nicht zuletzt seine Abwahl 1998 gezeigt.

Dann die unbestreitbaren historischen Leistungen, sei es die Verwirklichung der Einheit Deutschlands oder das Vorantreiben des Baus des Hauses Europa. Beides prägt unser Leben

Dornröschenschlaf erwacht, braucht es tapfere Leute, Prinzen, die es wackküssen. Der Finanzminister hat bei der Cadolzburg die Rolle des Prinzen angenommen.“

Für Bürgermeister Bernd Obst ist die Wiedereröffnung der Burg jedenfalls „ein großer Tag auch für den Markt Cadolzburg“. Der

hatte wenige Wochen zuvor sein Heimatmuseum eingeweiht, das wiederum auch die Beziehungen zwischen dem Ort und der Herrschaftsburg beleuchtet. Doch dass die Cadolzburg dank der Staats-Millionen nun wieder laut Schlösserverwaltung „Weltrang“ genießen könne, sei aber nicht nur

dem Finanzminister zu verdanken. „Ein herzliches Dankeschön für die Bereitstellung der Mittel“ schickte Obst deshalb an alle Abgeordneten des Landtags. Nur so habe dieses „deutsche, fränkische Wahrzeichen“ nach dem Brand 1945 endlich wieder zum Leben erweckt werden können. **wra**

Euregio Inntal Generalversammlung in Oberaudorf/Tatzlwurm:

Früchte ambitionierter Aktivitäten

Projekte und Aktivitäten des vergangenen Jahres wurden im Rahmen der Euregio Inntal Generalversammlung in Oberaudorf/Tatzlwurm präsentiert. Geschäftsführerin Esther Jennings berichtete von neun laufenden Interreg-Projekten sowie zahlreichen Informations- und Vernetzungsveranstaltungen rund um die grenzübergreifende Arbeit. Außerdem standen Vorstandswahlen auf der Agenda. Zum neuen Präsidenten der Euregio Inntal-Chiemsee-Kaisergebirge-Mangfalltal wurde der bisherige Vize und Euregio-Mitbegründer Prof. Walter J. Mayr (Kufstein) bestimmt. Der bisherige Präsident Hubert Wildgruber, Bürgermeister in Oberaudorf, wird für die nächsten drei Jahre das Vize-Amt übernehmen.

Geschäftsführerin Jennings zufolge wurden auch 2016/17 zahlreiche Projektträger zu Groß- und Kleinprojekten beraten und unterstützt. Die Früchte dieser Tätigkeit seien unter den genehmigten Vorhaben wie auch bei Anträgen für die neue Periode sichtbar.

Speziell bei den Großprojekten arbeitet die Euregio Inntal Hand in Hand mit den regionalen Koordinierungsstellen des Landes Tirol, wie der Regierung von Oberbayern zusammen. Hier umfasst die Unterstützung Tätigkeiten wie Partnersuche, Durchführung von runden Tischen und Informationsveranstaltungen, wie auch das Verfassen des Antrages gemäß des Interreg Bayern-Österreich Programms.

Im vergangenen Jahr hervorzuheben war hierbei speziell die Beratung zum Großprojekt E-mobility. Das große Interesse zahlreicher Gemeinden aus Bayern und Tirol bedurfte der Durchführung

etlicher Informationsveranstaltungen. Ferner unterstützte die Euregio Inntal Großprojektvorhaben zum Thema Integration zwischen dem Landkreis Rosenheim und dem Tiroler Unterland. Bei Projekten, die sich vorrangig auf nationale Interessen konzentrieren, konnte die Euregio behilflich sein, diese in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement KUUSK im LEADER-Programm einzureichen.

Als Interreg Österreich-Bayern Großprojekt in der Euregio Inntal Region nannte Jennings „VISIT“ - Virtuelle Verbund-Systeme und Informations-Technologien für die touristische Erschließung von kulturellem Erbe. Die Projektpartner Universität Passau, FH Kufstein Tirol, Stadt Passau (Museum und Veste Oberhaus, MVO), PP4, Top-City-Kufstein, Gesellschaft für Kultur-, Freizeit- und Stadtmarketing GmbH und der Salzburg Research For-

schungsgesellschaft mbH bemühen sich um das Kulturerbe im gemeinsamen Kulturraum Bayern und Tirol. Hierfür wird das Vorhaben mit 75 % vom Interreg Bayern-Österreich Programm gefördert.

ViSiT nutzt den digitalen Strukturwandel für die touristische Inwertsetzung kulturellen Erbes: Mit der Veste Oberhaus (Passau) und der Festung Kufstein werden zwei Vertreter der Burgen, Schlösser und Residenzen des Inn-Salzach-Donauraumes mithilfe multimedialer Installationen und eines digitalen virtuellen Verbundsystems neu für den Tourismus erschlossen.

Neue Publikumskreise

Das Projekt macht die beiden Burgenanlagen als Zeugen einer gemeinsamen, grenzübergreifenden Geschichte für Besucher auf innovative Weise erlebbar und erschließt so allen Standorten neue Publikumskreise. Neben den baulichen Sehenswürdigkeiten bezieht das Projekt auch die musealen Sammlungen mit ein, welche bedeutende Referenzsammlungen des von Bayern, Österreich (Tirol) und den Fürst(erz-)bistümern Salzburg und Passau geprägten, kulturhistorisch zusammengehörigen Kulturraums sind.

Zu den genehmigten INTERREG-Kleinprojekten zählen u. a. das regionale Informations- und Vermarktungsnetzwerk „Klettersteigerlebnis Kaiserregion - Chiemgauer Alpen - Kitzbüheler Alpen“ und ein grenzüberschreitendes Projekt rund um die Almwirtschaft in Tirol und Bayern insbesondere für Bergwanderer und Naturführer. Zudem schlossen sich im vergangenen Jahr sechs schulische Kooperationspartner aus Bayern und Tirol im Rahmen des Interreg-Kleinprojektes MINTkreativ zusammen, um erfolgreich neue Wege im Bereich MINT zu gehen.

Kleinprojekte

„Grandi Voci“ – ein Kleinprojekt mit großen Stimmen für den Grenzraum – startete im Dezember 2015. Projektpartner waren der Kulturverein Schloss Amerang und Opera & More Salzburg e.V. Dieses interregionale Vorhaben beinhaltete die Durchführung eines internationalen Gesangswettbewerbs mit dem Ziel, junge Talente zu fördern und die Freude an der Oper für die Bewohner der Region zu fördern.

Strategien für ein besseres Ernährungsverhalten in der Gemeinschaftsverpflegung in Bayern und Tirol boten die Fachtagung Nudging. Nudging ist ein relativ neues Instrument zur Ernäh-

rungsintervention, das darauf abzielt, Menschen durch einfache Veränderungen in der sogenannten Ernährungsumwelt zu eigenem oder gesellschaftlich vorteilhaftem Verhalten zu animieren.

Beim BISA-Projekt „Einbindung der heimischen Artenvielfalt in den Schulalltag“ handelt es sich wiederum um ein ambitioniertes Vorhaben des Ludwig-Thoma-Gymnasiums Prien am Chiemsee und BG/BRG Kufstein. Dabei sollen Kinder und Jugendliche aus Bayern und Tirol für klassische Inhalte der Biologie wie Artenkenntnis in ihrem Heimatraum begeistert werden, in dem sie gemeinsam mit Kollegen aus der Partnerschule verschiedene Tier- und Pflanzengruppen im Unterricht untersuchen. Dafür nutzen die Lehrkräfte moderne Methoden der Unterrichtsgestaltung mit elektronischen Medien und neuartige Beobachtungstechnologien.

Informationstage-Symposien

Neben der Teilnahme an zahlreichen überregionalen Veranstaltungen hat die Euregio Inntal auch 2016 selbst wieder Informationstage-Symposien veranstaltet. So wurden wichtige Akteure aus der Tourismusbranche zu einer Ideenwerkstatt „Tourismus als Arbeitgeber“ in die FH Kuf-

stein zum Austausch und Diskussion eingeladen. Diese sehr gut besuchte Veranstaltung mündete dann in das Kleinprojekt „Attraktivität des Tourismus als Arbeitgeber“.

Hervorgehoben wurde auch das grenzüberschreitende Kultursymposium in Kooperation mit dem Kufsteiner Verein Wunderlich und den Musikfilmtagen Oberaudorf in der FH Kufstein. Auf Einladung der Euregio Inntal trafen sich Kulturschaffende und Kulturverantwortliche, um über grenzüberschreitende Kulturarbeit und –austausch zu diskutieren.

Bei der grenzübergreifenden Veranstaltung zusammen mit der Leaderregion KUUSK zum Thema „Pflege zuhause“ konnten auch im sozialen Bereich Projektmöglichkeiten erörtert werden. Dabei wurde erneut ein ehemaliges Interreg Projekt – das Mehrgenerationenhaus aus Flintsbach – vorgestellt, das auch Jahre nach der Durchführung sehr erfolgreich weiter geführt wird.

Ihren Anfang hat die Wanderausstellung rund um eine historische Taschensonnenuhr und dem Handelsweg Inn in Oberaudorf genommen. Diese wird nun entlang des Inns von Rosenheim bis nach Hall in Tirol Station machen und hierbei die lange historische Verbundenheit zwischen Deutschland und Österreich aufzeigen. **DK**



Das Ziel, für Menschen, die in Not ihre Heimat verlassen wollen, Bleibeperspektiven zu Hause zu entwickeln, verbindet (v.l.): Landrat Stefan Rößle, Reisebüro-Inhaber Gunter Freissle, Reiner Meutsch von der Stiftung Fly & Help, Mertingens Bürgermeister Albert Lohner und Josef Keller aus Genderkingen. □

Landkreis Donau-Ries:

10 Schulen für Afrika

Bevölkerung unterstützt die Aktivitäten von Minister Dr. Gerd Müller und Landrat Stefan Rößle

Zehn neue Schulen wird es in den ärmsten Regionen Afrikas innerhalb kürzester Zeit geben – finanziert ausschließlich aus den Spenden der Bevölkerung im Landkreis Donau-Ries. Das Engagement von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, für die Menschen in Krisen- und Armutsregionen Bleibeperspektiven in ihrer Heimat zu entwickeln, veranlasste Landrat Stefan Rößle, den schwäbischen Minister tatkräftig zu unterstützen.

Journalisten applaudieren nicht. Das ist eherne Regel der ihrem Berufsethos verpflichteten Reporter. Sie berichten. Objektiv. Trotzdem durchbrachen sie dieses Prinzip kürzlich am Flugplatz in Genderkingen. Zu berührend waren die Ausführungen von Landrat Rößle und seinen Mit-

streitern, die in kürzester Zeit für die Finanzierung von zehn Schulen in Afrika sorgten. Eine davon stiftet der Landrat aus der eigenen Tasche.

Den Anstoß gab für Rößle zum einen die große Anzahl von Flüchtlingen, die auch in seiner Region angekommen waren; vor

allem aber waren es immer wieder die eindringlichen und mitreißenden Worte von Bundesminister Dr. Gerd Müller, der bei jeder Gelegenheit Gleichgesinnte sucht, die gemeinsam mit ihm alles daran setzen, für notleidende Menschen Hilfe zur Selbsthilfe in ihrer Heimat zu gestalten, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen und ihre Lebenssituation zu verbessern.

„Das ganze Gerede hilft gar nichts“, sagte der Landrat. „Uns ist klar, dass wir konkrete Hilfe leisten müssen. Und die Bildung, ist eine der herausragendsten Voraussetzungen dafür. Deshalb machen wir jetzt die Schulen.“

Stiftung Fly & Help

Für Rößle ist es wichtig, dass jeder Cent, der gespendet wird, vor Ort ankommt. Welch' ein Glück, dass ihm in Reiner Meutsch ein Partner begegnete, der aus seinem Vermögen alle administrativen Ausgaben für seine Stiftung „Fly & Help“ (www.fly-and-help.de/) begleicht, mit der er in wenigen Jahren weltweit schon an die 150 Schulen errichtet.

Fly & Help ist eine der Partnerorganisationen für das Landratsamt in Donauwörth, über die die gemeinsame Hilfe der Region an der Donau organisiert wird. Für Schulbauprojekte in Burkina Faso wurde vom Amt ein Spendenkonto eingerichtet (IBAN DE38 7225 0160 0020 0600 00; Stichwort: „Spende – Eine Welt“). Nach rechtlicher Prüfung und Zustimmung der zuständigen Ministerien ist es dem Landratsamt möglich, dass es für diese Spendengelder auch Spendenbescheinigungen ausstellt.

Allein für die Projekte in Burkina Faso, die vom ehemaligen Bundeswehroffizier Josef Keller aus Genderkingen betreut werden, fehlen noch 115.200 Euro. „Bei 130.000 Einwohnern im Landkreis entfällt auf jeden Be-

wohner ein Euro. Das werden wir doch schaffen“, sagt der Landrat. Begonnen wurde schon mit dem Bau einer Donauwörther Schule, die den Namen Heinrich Freissle Schule erhalten wird, weil die Familien Grenzbech und Freissle Hauptsponsoren des Projekts sind. Die Schule ist schon fertig gestellt und wird im Februar 2018 offiziell eingeweiht. 1.200 Schüler werden dort dann von 37 Lehrern unterrichtet.

Die Schule in Malawi für 726 Schüler übernimmt Rößle als Privatperson. Bisher werden dort nur 160 Kinder unter einem Strohdach unterrichtet. In einem Klassenzimmer sitzen sie eng aneinander auf dem Boden.

Bürgermeister Albert Lohner ist es gelungen, seine Gemeinde Mertingen für die Unterstützung einer Schule in Namibia zu gewinnen. Auch hier kommt alles Geld aus Spenden.

Zwei weitere Schulen sind in Talieri und in Boussera geplant. Auch dort gibt es bisher nur Notschulen. Außerdem soll im Hotel Maternel eine Außenküche errichtet werden. Bei der Einrichtung handelt es sich um eine Aufnahme- und Erziehungsinstitution für ausgesetzte und in Gefahr gekommene Kinder vom Säuglingsalter bis 15 Jahre.

Die Anwesenheit von Reiner Meutsch im Landkreis nutzten die Kommunalpolitiker, um Gespräche mit weiteren möglichen Kooperationspartnern zu führen. Es ist davon auszugehen, dass mindestens fünf weitere Schulbaumaßnahmen in Afrika unterstützt werden. Deshalb gab Landrat Rößle das Ziel aus, bis 2020 insgesamt zehn Schulen in Afrika über Bürgerspender, Sponsoren und Projektpartner aus dem Landkreis Donau-Ries zu bauen.

Neben den Schulbaumaßnahmen gibt es weitere Entwicklungshilfeprojekte im Rahmen der kommunalen Partner- und Partnerschaften, insbesondere in Afghanistan und Jordanien.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation des Bayerischen WasserkraftForums der GZ als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Besuch aus Tansanias Süden

Ein Jahr nach dem 50-jährigen Partnerschaftsjubiläum mit Mwanza feiern die Würzburger die 25-jährige Partnerschaft zwischen dem Evangelisch-Lutherischen Dekanatsbezirk Würzburg und der Diözese Ruvuma. Oberbürgermeister Christian Schuchardt begrüßte gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Adolf Bauer Bischof Amon Mwenda im Wenzelsaal des Würzburger Rathauses. Der Bischof verewigte sich auf der Doppel-Seite unmittelbar nach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Goldenen Buch der Main-Metropole. Er bedankte sich für diese Ehre und betonte Gemeinsamkeiten – beispielsweise bei der aktuellen Herausforderung durch die großen Flüchtlingszahlen weltweit. Auch Tansania bietet Menschen, die beispielsweise Burundi, Somalia oder die Demokratische Republik Kongo verlassen haben, eine neue Heimat. Gerade in den ärmeren, ländlichen Regionen sind die Flüchtlingslager laut Bischof Mwenda eine große humanitäre Aufgabe für Politik und Kirche. Schuchardt würdigte den weltweiten Austausch unter den Christen. Zudem spielten die Kirchen bei der Wertevermittlung eine große Rolle und seien in vielen sozialen Belangen ein verlässlicher Partner. □

Für Landrat Rößle geht es jetzt darum, weitere Mitkämpfer für die gute Sache zu finden. Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung will er seine Kommunalpolitiker-Kolle-

gen und -Kollegen dafür gewinnen, ihrerseits Dr. Gerd Müller zu unterstützen. Die guten Beispiele sollen schnell Schule machen – weit über alle Parteigrenzen hinaus. □

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13, die am 13. Juli 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Umwelt- und Abfalltechnik · Recycling,
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

www.fahren-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Zuluftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule;
Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt:
Saturn Arena; München: Bay. Nationalmuseum, Berufsschule, Klinikum Großhadern, Muffathalle, Techn. Universität, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität etc.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560



Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE GemeindeZeitung
www.gemeindezeitung.de



5. Bayerisches WasserkraftForum in Straubing Ein Juwel im Energiemix

Als Informationsveranstaltung und Dialogplattform in Bayern hat sich das jährlich stattfindende Bayerische WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung etabliert. Rund 150 politische und kommunale Entscheidungsträger, Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden und Medien sowie Fach- und Führungskräfte aus Wasserkraftunternehmen nahmen am mittlerweile 5. Forum in Straubing teil. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern Live.

Insgesamt präsentierten über 20 Partner und Aussteller den Gästen im Herzogschloss ihre Innovationen und Angebote. Darüber hinaus stand ein knappes Dutzend Fachvorträge auf der Agenda, unter anderem zu den Themen „Wasserkraft - mehr als nur Stromerzeugung“, „Wasserkraft im Kontext der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, „Wasserkraft - Finanzierungen mit der Deutschen Kreditbank im Bayerischen Sparkassenverbund“ und „Das Eckpunkteprogramm in Bayern und dessen positive Wirkung für die Umwelt am Inn“. Hochkarätige Referenten erläuterten die Potenziale der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Zudem konnten Tagungsteilnehmer einen individuellen Besuchstermin für das nahegelegene Kraftwerk am Höllenstein mit seiner weltweit einzigartigen Fischschleuse vereinbaren.

„Dafür, dass die avisierte Energiewende gelingt, müssen wir alle gemeinsam unseren Beitrag leisten. Die Wasserkraft als grundlastfähige und CO₂-freie Energiequelle kann ein Teil der Lösung dieses Problems sein“, unterstrich GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer Begrüßung, ehe die Bürgermeisterin der Stadt Straubing, Maria Stelzl, in ihrem Grußwort den Konzern Stadtwerke Straubing vorstellte.

Stelzl zufolge betreiben die Stadtwerke Straubing GmbH Strom-, Gas- und Wärmeversorgung sowie den ÖPNV in der Stadt Straubing und das Schwimmbad AquaTHERM. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Straubing. Die Stadtwerke Straubing halten 88,92 % der gemeinsam mit der Bayernwerk AG geführten Kraftwerk am Höllenstein AG, die am 23. Juli 1923 in Straubing

gegründet wurde und der das Ausgleichskraftwerk Pulling sowie das Kraftwerk Höllenstein gehören.

Den Stadtwerken kommt bei der Energiewende eine zentrale Rolle zu, stellte die Bürgermeisterin fest. Dabei werde deren Aufgabe als öffentliche Unternehmen, die einen Teil der Grundversorgung für die Bevölkerung sicherstellen sollen, unterschätzt. Auch im Zuge der Energiewende, so zeigte sich Stelzl überzeugt, „wird es uns gelingen, unsere Stadtwerke profitabel zu erhalten“.

Dass die Kommunen in der Energiepolitik eine höchst verantwortungsvolle Rolle spielen, hob auch Anne-Marie von Hassel hervor. Viele Städte und Gemeinden seien Anrainer von Wasserkraftanlagen oder betrieben eigene Wasserkraftwerke. Sie müssten mit vielfältigen Rahmenbedingungen zurechtkommen.

Erfreulicherweise sei die Akzeptanz für die Wasserkraft innerhalb der Bevölkerung außerordentlich hoch. Laut Umfragen liege sie immer deutlich über 90 Prozent. „Darin sehe ich eine große Chance, die Potenziale der Wasserkraft noch besser auszuschöpfen“, betonte die Verlegerin und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, „dass es oftmals sinnvoll wäre, dabei die Bürger – im wahrsten Sinne des Wortes – mit ins Boot zu nehmen“. ■

DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge – soweit freigegeben – stehen mit Links zu den Ausstellern zum Download bereit.

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Staatsministerin Ilse Aigner / STMWI

Bayern – Deutschlands Wasserkraftland Nummer 1

Der beschlossene Ausstieg aus der Kernenergienutzung ist eine Entscheidung von historischer Tragweite. Seit 2011 wurde deutschlandweit mehr als die Hälfte der installierten Kernkraftwerksleistung vom Netz genommen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Umstellung auf erneuerbare Energien die zentrale Herausforderung für eine sichere, günstige und umweltverträgliche Energieversorgung.

Für die zweite Halbzeit auf dem Weg zum Ausstieg aus der Kernkraft haben wir unseren Standort neu bestimmt. Bayern setzt dabei auf eine Drei-Säulen-Strategie:

- *Effiziente Verwendung von Energie*
- *Nachhaltige Stromerzeugung*
- *Notwendiger Stromtransport*

Jede dieser Säulen muss sich an den Kriterien Sicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit messen lassen.

Energiewende in Bayern

Bei der Umsetzung der Energiewende kommt Bayern gut voran: 2015 erreichte die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien (EE) einen neuen Höchstwert: Der EE-Anteil an der Stromerzeugung erreichte 39,6 Prozent und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 31,6 Prozent. Kein anderes Land nutzt so viel EE und produziert so viel Strom aus EE wie Bayern! Bis 2025 soll der Anteil der EE an der bayerischen Stromerzeugung auf 70 % steigen.

Wasserkraft: Eine Säule der Energiewende

Bayern ist Deutschlands Wasserkraftland Nummer 1 – von den insgesamt knapp über 8.000 Wasserkraftanlagen in Deutschland stehen mehr als die Hälfte in Bayern. Die Wasserkraft gehört zur Geschichte der Energieversorgung des Freistaats Bayern.

Die Wasserkraft ist mit rund 33 Prozent Anteil an der Bruttostromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in Bayern die bedeutendste und damit unverzichtbare regenerative (Energie-)Quelle. Rund 4.200 Laufwasser- und Speicherkraftwerke erzeugen jährlich durchschnittlich 12,5 Milliarden kWh Strom pro Jahr – damit können rechnerisch rund 3,5 Millionen Haushalte versorgt werden.

Die praktisch CO₂-freie Stromerzeugung mit Wasserkraft ist – anders als die wetter- und tageszeitbedingt stark fluktuierenden Energiequellen Wind und Sonne – grundsätzlich ganzjährig und rund um die Uhr verfügbar. Sie kann zuverlässig und kalkulierbar in der Grund- und Mittellast, mit Speicherkraftwerken auch flexibel in der Spitzenlast eingesetzt werden. Sie leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Bedarfsdeckung und zur Stabilität und Zuverlässigkeit der Stromversorgung. Die Wasserkraftnutzung schneidet bei den Kriterien Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit hervorragend ab.



Ilse Aigner, MdB
Staatsministerin STMWI

Ausblick

Das Bayerische Wirtschaftsministerium steht zur Wasserkraft. Und wir setzen uns für entsprechende Rahmenbedingungen ein, sodass Laufwasser- und Speicherkraftwerke auch zukünftig wirtschaftlich und umweltverträglich betrieben werden können.

Um die unterschiedlichen Schutz- und Nutzungsinteressen bei der Stromerzeugung mit Wasserkraft in Einklang zu bringen, ist zwischen den Vorteilen der Wasserkraftnutzung und den Nachteilen beim Eingriff in den Naturhaushalt abzuwägen. Für den Gewässerschutz existieren beispielsweise anspruchsvolle gesetzliche Vorgaben zum Schutz und Erhalt von Fischpopulationen und zur Durchgängigkeit für Gewässerlebewesen.

Auch in Zukunft wird Wasserkraft eine wesentliche Rolle für die bayerische Energieversorgung aus erneuerbaren Energien spielen. Im Energiedialog des Bayerischen Wirtschafts- und Energieministeriums wurde ein Ausbaupotenzial der Wasserkraft in Bayern um 1 Milliarde kWh formuliert.

Wenn wir die Wasserkraft sensibel und umweltverträglich ausbauen, dabei auch innovative Technologien flexibel einsetzen und schließlich bereit sind, auch neue, unkonventionelle Wege zu gehen, bin ich überzeugt, dass die Wasserkraftnutzung im Freistaat Bayern weiterhin eine gute Zukunft hat. ■

Ilse Aigner, MdB

Stellvertretende Ministerpräsidentin des Freistaates Bayern und
Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler / Bayerische Elektrizitätswerke GmbH

Wasserkraft – mehr als nur Stromerzeugung

„Wasserkraft bedeutet vor allem sichere, langlebige, preiswerte, grundlastfähige und planbare Stromerzeugung. Damit unterscheidet sie sich grundlegend von hoch fluktuativer Stromerzeugung aus Wind- und Photovoltaikanlagen und trägt maßgeblich zur Netzstabilität bei“, stellte Geschäftsführer Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler fest. Er monierte, dass die Energiewende bisher fast ausschließlich nur eine Stromwende sei.



Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler
Bay. Elektrizitätswerke GmbH

Bundesweit macht Wasserkraft laut Pöhler nur etwas mehr als 11 % der regenerativen Stromerzeugung aus. Parallel zu Windenergie und Photovoltaik sind aus seiner Sicht „Schattenkraftwerke“ zur Bedarfsdeckung in voller Höhe, hochflexible und zuverlässige Kraftwerke zur Ausregelung sowie flexible Stromspeicher notwendig. Allerdings fehle es an Investitionsanreizen für notwendige „Schattenkraftwerke“ und Speicher, weshalb ein neues Marktmodell benötigt werde.

Unverzichtbar für den Energiewende-Erfolg

„Tatsache ist: Die Wasserkraft ist für den Energiewende-Erfolg in Bayern unverzichtbar“, hob der BEW-Geschäftsführer hervor. Mit durchschnittlich 12,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr kommen fast 60 Prozent des in Deutschland produzierten Wasserkraftstroms aus dem Freistaat. Heute noch beträgt der Wasserkraftanteil an der Stromerzeugung in Bayern rund 14 Prozent, während er in Deutschland bei lediglich knapp drei Prozent liegt.

„Die jährliche Stromerzeugung der Bestandskraftwerke in Bayern nimmt deutlich ab. Nach Abschaltung der Kernenergie ist Bayern zu mehr als 50 % von Stromimporten abhängig. Deshalb ist der Erhalt der Wasserkraft ein Gebot der Vernunft!“, unterstrich Pöhler. Wasserkraft sei mehr als nur regenerative Stromerzeugung; Strom aus Wasserkraft lasse sich in Pumpspeicher-/ Speicher-Kraftwerken sicher und effizient mit Wirkungsgraden über 80 Prozent und wirtschaftlich in großen Mengen speichern. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft als heimischem Energieträger sei CO₂- und schadstofffrei, schütze das Klima und schone die Ressourcen.

Nur die „große“ Wasserkraft mit einer Leistung von mehr als 5 MW sei als Erneuerbare Energiequelle heute wirtschaftlich und ohne Subvention betreibbar. Allerdings stehe sie von verschiedenen Seiten unter Druck, wie Pöhler ausführte. Sinnvolle Ausbaupotenziale seien schwer durchsetzbar und es mangle an politischer und gesellschaftlicher Unterstützung. Zudem erschwerten und verteuerten immer strengere ökologische Auflagen (Schwellbetrieb, Restwasser...) die Stromerzeugung.

Auch erfordere die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Durchgängigkeit für Fische, Schaffung ökologischer Gewässerstrukturen...) Investitionen in Millionenhöhe. Darüber hinaus bringe die Börsenpreis-Situation für Strom die Wasserkraft an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit und seien Möglichkeiten für Investitionen in den Erhalt der Anlagen begrenzt.

Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als fünf Megawatt seien die einzigen regenerativen Stromerzeugungsanlagen, die in Deutschland nicht über das EEG subventioniert werden, erläuterte der Geschäftsführer. Auch nach 17 Jahren EEG-Subventionierung beträgt die Durchschnittsvergütung aller geförderten EEG-Anlagen heute immer noch rund 13 Cent je Kilowattstunde, während die große Wasserkraft ihren regenerativen Strom nach Marktpreisen verkaufen muss, die derzeit etwas unterhalb von drei Cent je Kilowattstunde liegen. „Der Preisverfall von Strombörse und Emissionsrechten bringen die Wasserkrafterzeugung an die Grenze der Wirtschaftlichkeit“, betonte Pöhler. Die „große“ Wasserkraft sei somit der große Verlierer der Energiewende. →

Am Walchenseekraftwerk wird dank des Gefälles von gut 200 m zwischen dem oberen Walchensee und dem „Unterbecken“ Kochelsee seit 1924 elektrischer Strom erzeugt.

Schwierig sei die wirtschaftliche Situation für die Wasserkraft auch deshalb, weil die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf „zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur“ den Erhalt der vermiedenen Netzentgelte für große Wasserkraftwerke ablehnt, da der Zubau dezentraler Erzeugung zusätzlichen Netzausbaubedarf verursache. Pöhler zufolge sind vermiedene Netzentgelte (vNE) eine bedeutsame Erlösquelle für Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von mehr als fünf Megawatt (bei heutigen niedrigen Börsenpreisen ca. 10 - 30 % der Gesamterlöse). Beim Wegfall von vNE ohne Kompensation sei bei unveränderter Preissituation die nachhaltige Wirtschaftlichkeit vieler großer Wasserkraftwerke nicht mehr gegeben.

Im Gegensatz zu anderen regenerativen Stromerzeugern muss die große Wasserkraft zusätzlich immense Kosten für Hochwasserschutz, Naturschutz und Fischschutz, Flussanierung und Grundwasserschutz, Gewässerreinigung (rund 200.000 Kubikmeter Treibgut und Abfall fischen die Wasserkraftbetreiber allein in Bayern aus den Flüssen - Rechengutentsorgung), Erhalt der Infrastruktur, Schaffung von Voraussetzung für Naherholung und Tourismus, Unterhalt von Wasserstraßen sowie Wassernutzungsgebühren aufbringen. Pöhler: „Viele Leistungen der großen Wasserkraft gehören untrennbar zum Geschäft und sollen auch nicht entfallen – weder für die Betreiber noch für die Allgemeinheit. Fakt ist aber, dass Zusatzaufgaben bei den Wasserkraftbetreibern bis zu 30 % der Gesamtkosten verursachen. Zum Erhalt und der Bezahlbarkeit müssen die „Strompreise“ diese Leistungen aber honorieren, da sie sonst nicht finanzierbar sind.“

Stabile Erlöse für Wasserkraftbetreiber erforderlich

Um auch künftig diese Vielzahl von Zusatzaufgaben für die Gesellschaft leisten zu können und die Wasserkraft weiterhin nachhaltig zu betreiben, benötigten die Wasserkraftbetreiber stabile Erlöse (gerechte Marktpreise und kein Abbau der Entgelte für vermiedene Netznutzung) sowie eine faire und verursachergerechte Lastenteilung der Zusatzaufwendungen. Aktuell seien jedoch weitere verschärfte Kostensenkungsprogramme der Kraftwerksbetreiber die Reaktion auf die Marktsituation, „wobei aber trotz Strombörsenpreisen um 2 ct/kWh die nachhaltige Wirtschaftlichkeit der großen Wasserkraftwerke nicht sichergestellt ist“.

„Rationalisierung ist zwar ein wesentlicher Teil der Strategie der Bayerischen Elektrizitätswerke, aber Sparen ist nicht alles“, wie Pöhler erläuterte. Die Strategie der BEW bestehe deshalb aus den drei Säulen Optimierung der Wasserkraft, Nachhaltigkeit der Wasserkraftnutzung und neue Wege der Zusammenarbeit.

Durch die Optimierung der Wasserkraft sei nachweislich eine deutliche Reduzierung der Gesamtbetriebskosten um 36 % erreicht worden. Die Nachhaltigkeit der Wasserkraftnutzung mit dem Ziel der Vermeidung von Investitionsstau beinhalte zunächst die Fortführung der Modernisierung und Automatisierung von 6 Kraftwerken an der Oberen Donau und 4 Kraftwerken am Unteren Lech sowie die Umsetzung der „Illerstrategie 2020“. Hinzu kommt die Leistungssteigerung durch neue Laufräder am Kraftwerk Meitingen am Lechkanal, wo 3 Maschinen mit neuen Doppel-Francis-Laufrädern eine Erzeugungssteigerung um 14 % ermöglichen.

Maßnahmen zur Hochwassersicherheit (Ertüchtigung und Anpassung von Dämmen und Deichen an DIN 19700 insbesondere am Unteren Lech und an der Donau) stehen ebenso auf der Agenda wie die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, d.h. komplette Herstellung der Durchgängigkeit von Iller, Wertach und Günz (Neubau von Fischwanderhilfen an diesen Flüssen abgeschlossen) und Schaffung von Gewässerstrukturen und Untersuchungen zum Geschiebetransport.

„Als BEW wollen wir Vorbild für die Wasserkraftnutzung der Zukunft sein und auftretende Interessenskonflikte minimieren. Wir möchten mit allen Stakeholdern – also mit Anwohnern, Umwelt- und Fischereiverbänden, mit Kommunen, Fachbehörden und der Wissenschaft – auf Augenhöhe kommunizieren, deren Kompetenz und Engagement nutzen, um gemeinsame Best-Practice-Lösungen zu finden. Diese Vorgehensweise generiert Vorteile für alle Seiten“, erklärte der Professor.

Best-Practice-Lösungen: „INADAR“ und „ISOBEL“

Beispiele dafür sind unter anderem zwei Projekte, die von der EU im Rahmen des Life-Programms gefördert werden. Beim Projekt „INADAR“ mit einem Gesamtbudget von rund 1,4 Mio. Euro erfolgt derzeit an zwei Staustufen an der Donau (Oberelchingen und Offingen) die Erprobung und Bewertung einer von der BEW entwickelten Methode zur Dammsanierung, bei der gleichzeitig Hochwasserschutz und Ökologie verbessert werden. Das Projekt wird von LIFE, einem Förderprogramm der EU für Umwelt, Naturschutz und Klimapolitik, mit 655.000 Euro gefördert.

Im Mittelpunkt des Projekts „ISOBEL“, einem Pilotprojekt mit europaweitem Vorbildcharakter, steht ein zielgerichtetes Geschiebemanagement, um geeignete Gewässerstrukturen und neue Lebensräume für Fische und Kleinlebewesen zu schaffen. Die BEW testet dazu gemeinsam mit der Universität Augsburg, dem Aueninstitut Neuburg und dem Fischereiverband Schwaben e.V. an mehreren Abschnitten verschiedene Verfahren, gezielt Kies in den Fluss einzubringen. Das Projekt ISOBEL läuft bis Ende 2019 und wird ebenfalls von LIFE unterstützt. Die Gesamtkosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 1,8 Millionen Euro. Die EU fördert alle Maßnahmen mit 60 Prozent.

Rückbesinnung auf mehr Marktwirtschaft im Strombereich

Es sei an der Zeit, die politische Unterstützung zum Erhalt der Wasserkraft einzufordern, bemerkte Pöhler. Durch weitere EEG-Reformen müsse man möglichst rasch zu mehr Marktwirtschaft im Strombereich zurückfinden. Wasserkraft sei ein hochwettbewerbsfähiger Energieträger. Je mehr Markt, desto besser für die große Wasserkraft. In der Übergangszeit müsse zudem der wirtschaftliche Betrieb der großen Wasserkraftwerke durch ein neues Marktdesign abgesichert werden. Ferner sollten die vermiedenen Netznutzungsentgelte für steuerbare Leistungen beibehalten und ökologische Maßnahmen unter Verwendung der von der Wasserkraft zu entrichtenden Wassernutzungsgebühren unterstützt werden. ■

LECH REP⁺ORTER



FLUSS-TOUREN

Die schönsten Plätze in der Region entdecken!

 Videos auf www.lechreporter.de

LEW

Helmut Kruczek & Johann Fischer / Kraftwerk am Höllenstein AG

Unsere Druckkammer-Fischschleuse lässt Fische wandern und erzeugt Strom

Im Kraftwerk am Höllenstein wurde ein nicht benötigter Grundablasskanal unter dem Kraftwerksgebäude zum Einbau einer Druckkammerfischschleuse genutzt und im November 2013 fertiggestellt. Eine Druckkammerschleuse als Wanderhilfe für Fische zu nutzen – diese Idee ist nicht neu. Der Clou an der Schleuse am Kraftwerk Höllenstein ist jedoch die von Werkleiter Johann Fischer entwickelte energetische Nutzung der Fischschleuse, wie der Geschäftsführer der Stadtwerke Straubing GmbH, Helmut Kruczek, bemerkte.

Für den Betrieb der Schleuse werden ca. 500 Liter Wasser in der Sekunde benötigt, das nicht mehr für die Stromerzeugung zur Verfügung steht, was einen Produktionsverlust von jährlich 400.000 kWh Strom bedeutet. Durch ein ausgeklügeltes Rohrsystem und den Einbau eines Turbinenaggregats kann auch dieses Wasser für die Stromerzeugung genutzt werden und verbindet damit Ökologie und Wirtschaftlichkeit in idealer Weise.

Ehrung mit Bayerischem Energiepreis

Das Projekt wurde mit Fördermitteln des bayerischen Wirtschaftsministeriums und des bayerischen Umweltministeriums unterstützt und erhielt den Bayerischen Energiepreis in der Kategorie „Erneuerbare Energien, Energienetze, Speichertechnologien“. 2014 wurden das deutsche und 2015 auch das europäische Patent verliehen.

In den Grundablasskanal wurde eine geschlossene Druckkammerfischschleuse mit Oberwasser- und Unterwasserschott für den Fischein- und Fischausstieg sowie einer Einlauf- und einer Entnahmeöffnung für das Betriebswasser eingebaut. Für Druckaufbau und -entlastung sind separate Zu- und Ablassschieber installiert. Unterwasserseitig entstand ein Einstiegsbecken durch den Einbau einer Strömungsleitwand zwischen den Auslauftrennfeilern.

Mit einer Lockströmung werden wanderwillige Fische in die Schleusenkammer gelockt. In variabel einstellbaren Zeitintervallen wird das unterwasserseitige Einstiegschott geschlossen und in der Schleusenkammer mittels Schieber der Oberwasserdruck aufgebaut. Herrscht in der Schleusenkammer der gleiche Druck wie im Oberwasser, wird der oberwasserseitige Schott geöffnet. Durch einen einstellbaren Abfluss aus der Schleusenkammer entsteht eine Lockströmung, die die Fische gegen die Strömung zum Ausschwimmen ins Oberwasser animiert.



Johann Fischer und Helmut Kruczek (v.l.)
Kraftwerk am Höllenstein AG

Anschließend wird der Fischausstieg (Oberwasserschott) wieder geschlossen und der Unterwasserdruck wieder hergestellt. Bei Druckgleichheit wird das Unterwasserschott wieder geöffnet und die Einschwimmphase kann von neuem beginnen.

Fischereibiologisches Monitoring

Im Jahr 2014 wurde das vorgeschriebene fishereibiologische Monitoring gestartet. Dies wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz begleitet und gefördert. Bereits die ersten Ergebnisse stellten sich ausgesprochen positiv dar – Fische verschiedenster Art und unterschiedlicher Größe wurden in der Schleuse gesichtet.

Die Möglichkeit, diverse Parameter wie Zeitintervalle, Lockströmung oder Druckanpassungsgeschwindigkeit an dieser Anlage verändern zu können, war Auslöser für den Start einer begleitenden Versuchsreihe. Unter anderem wurde dabei auch die Auswirkung einer Beleuchtung der Schleusenkammer untersucht. Dies brachte bemerkenswerte Erkenntnisse, die in einer weiteren Monitoringphase im Frühjahr 2015 intensiv untersucht wurden.

Während der zweiwöchigen Untersuchung konnte eindeutig belegt werden, dass sich diese positiv auf das Wanderverhalten auswirkt. In dieser kurzen Zeit wurden über 5.100 Fische beim Ausschwimmen aus der Schleusenkammer beobachtet. Mehrmals kam es zu Massenaufstiegen von Fischschwärmen mit mehr als hundert Individuen. Diese hervorragende ökologische Funktion bestätigte auch die Beobachtungsreihe im Frühjahr 2016.

Energetische Nutzung der Schleuse fördert Fischaufstieg

Besonders erfreulich war die Feststellung im Monitoringbericht, wonach die energetische Nutzung der Schleuse durch die Reduzierung der Turbulenzen den Fischaufstieg fördert.

Wenn auch quantitativ untergeordnet, konnten im Monitoring auch absteigende Fische beobachtet werden. Durch entsprechende Ergänzungen erscheint dieses System für den Fischabstieg ausbaufähig zu sein. Es liegen bereits konkrete Vorschläge vor, die an weiteren Anlagen realisiert werden könnten. Damit wäre eine vollständige ökologische Durchgängigkeit an Talsperren und Flusskraftwerken gewährleistet. →



Kraftwerk am Höllenstein

Foto: Mike aus dem Bayerwald Wikipedia

Die Kraftwerk am Höllenstein AG wurde 1923 gegründet. Nach nur 3 Jahren Bauzeit konnte das Kraftwerk Höllenstein am 14. Januar 1926 die Stromproduktion aufnehmen. Im ersten Geschäftsjahr betrug die Stromerzeugung 7,769 Mio. Kilowattstunden, heute werden hier durchschnittlich 13,5 Mio. kWh produziert. Um die Leistungsfähigkeit zu verbessern, wurde 1963 das Ausgleichswerk in Pulling errichtet. Hier beträgt die jährliche Stromproduktion ca. 6 Mio. Kilowattstunden.

Die Stadt Straubing verstand es, sich über die Stadtwerke Straubing 88,92 % der Aktien zu sichern und bis heute zu

halten. Die gesamte Stromproduktion wird in das Netz des Bayernwerkes eingespeist.

Der Betrieb der Kraftwerke war vom Freistaat Bayern bis zum Januar 2001 genehmigt. Nach einem fast 9 Jahre dauernden Verfahren wurde am 28.07.2009 die wasserrechtliche Bewilligung für weitere 30 Jahre mit der Auflage erteilt, die Durchgängigkeit wiederherzustellen. Mit der Inbetriebnahme einer konventionellen Fischtreppe am Kraftwerk Pulling im Jahr 2011 und der Druckkammerfischschleuse im Kraftwerk Höllenstein sind alle Auflagen erfüllt und damit die Weiterführung des Betriebes gesichert. ■



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Bernhard Zimmerling / Geppert GmbH

Service & Wartungsarbeiten an Wasserkraftturbinen

„Unsere Kompetenz ist die Produktion von Kleinwasserkraftanlagen. Mit diesen Maschinensätzen wird aus hydrostatischer Energie (Wasserkraft) elektrische Energie erzeugt“, erklärte Bernhard Zimmerling von der Serviceabteilung der Geppert GmbH in Hall in Tirol. Das Unternehmen liefert und montiert verschiedene Turbinentypen und individuelle Gesamtlösungen nach Bedarf, fallweise auch als Komplettanbieter.

Verschiedene Anlagekonfigurationen werden bei Kleinwasserkraftanlagen eingesetzt, abhängig von Nutzfallhöhe, Ausbauwassermenge und Betriebsart. Je nach Auslegungsdaten und Jahresganglinie kommen Pelton-, Francis- Diagonal- oder Kaplan turbinen zum Einsatz.

Auch die Nutzung der motorischen Kraft des Wassers insbesondere zur Energieerzeugung spielt seit langer Zeit eine wichtige Rolle. Die Siedlungstätigkeit und Industrialisierung können einerseits zu Gewässerunreinigungen führen, erfordern andererseits aber auch den Schutz vor Hochwassergefahren. Gleichzeitig gilt es, die Ressource Wasser zukünftigen Generationen durch Maßnahmen der Gewässerreinigung – insbesondere auch unter Berücksichtigung gewässerökologischer Anforderungen – nachhaltig zu sichern.

Wie Zimmerling hervorhob, stellt das Wasserrechtsgesetz 1959 das gesetzliche Regelwerk zur Beurteilung von unterschiedlichsten aus wasserwirtschaftlicher Sicht relevanten Lebensverhältnissen dar. Das österreichische Wasserrecht ist ein Ressourcenbewirtschaftungsrecht, das auch längerfristige wasserwirtschaftliche Planungen umfasst.

Missachtung der Betreiberpflichten ist strafbar

Werden Betreiberpflichten wie Überwachung der Abwasseremission, Beachtung der Weiterentwicklung oder Erhaltung der Anlage missachtet, ist dies laut Zimmerling strafbar und berechtigt bzw. verpflichtet die Behörde, die Abwehrmaßnahmen auf Kosten des Verpflichteten vorzunehmen. Bei Nichtbeachtung droht der Entzug des Wasserrechtes.

Zimmerling erläuterte den wirtschaftlichen Hintergrund: Eine gut gewartete Anlage hat ein geringeres Ausfallsrisiko, ist effizienter (höherer Wirkungsgrad, dadurch mehr Ertrag), hat eine längere Lebensdauer und erhält den Substanzwert der Anlage. Außerdem lassen sich Wartungsarbeiten einplanen und in Zeiten mit geringerer Wasserführung bzw. geringerem Eigenverbrauch durchführen. Reparaturen kommen meist ungelegen - außerplanmäßiger Stillstand verursacht höhere Kosten. Wartungskosten sind steuerlich relevante Betriebliche Ausgaben.

Mit der CE-Kennzeichnung erklärt der Hersteller, Inverkehrbringer oder EU-Bevollmächtigte gemäß EU-Verordnung 765/2008, „dass das Produkt den geltenden Anforderungen genügt, die in den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Gemeinschaft über

ihre Anbringung festgelegt sind“. Für die Sicherheit der Anlage ist jedoch der Betreiber verantwortlich. Es stellen sich Fragen wie: Sind alle Schutzvorrichtungen vorhanden? Sind rotierende, stromführende, unter Druck stehende und heiße Teile entsprechend gekennzeichnet? Zimmerlings Empfehlung: „Wartung- und Überprüfungstätigkeiten dokumentieren!“



Bernhard Zimmerling
Geppert GmbH

Beim Einlaufbauwerk sind folgende Fragen zu klären: Sind die Schleusentafeln dicht, ausreichend stabil, lassen sie sich bewegen (auch wenn sie eingesandet sind), wie sicher sind sie gegen Hochwasser, sind sie jederzeit erreichbar und vor unbefugter Betätigung gesichert? Zudem ist der Zustand des Rechens zu überprüfen sowie Art und Häufigkeit der Spülung des Entsanders zu kontrollieren.

Bei der Rohrleitung wiederum sind die Komponenten Druckprobe, Dichtheitsprobe, Zustand des Korrosionsschutzes, Messung der Rohrwandstärke mit Ultraschall, Inspektion mit Rohrkamera, Be- und Entlüftungsmöglichkeiten sowie Entleermöglichkeiten maßgeblich. Beim Absperrorgan sind eine Funktions- und Dichtheitsprobe sowie die Überprüfung und Dokumentation von Schließzeiten unumgänglich.

Ob Kaplan, Francis, Diagonal, Pelton oder auch Durchströmturbinen – „jede Bauart hat Besonderheiten, auf die das Augenmerk gelegt werden muss“, erklärte Zimmerling. Im Laufe der Zeit hätten sich verschiedene Abdichtungsvarianten wie die Stopfbuchse für den Unter- und Überdruck sowie die Schwenk- und Drehbewegung, Nutring (Simmerring) als „berührende Dichtung“, die Ledermanschette (allerdings mittlerweile zunehmend durch Nutring ersetzt), die Labyrinthabdichtung (bevorzugt für rotierende Bewegungen bei niederen Drücken) und die Gleitringdichtung bewährt.

Verschlossene Bauteile – was ist zu tun?

An der Turbine müssten Rissprüfungen an belasteten Bauteilen, zum Beispiel am Laufrad durchgeführt werden. Risse seien gefährlich und könnten nicht nur materielle Schäden zur Folge haben. Bei verschlissenen Bauteilen stelle sich die Frage: Verschleiß reparieren oder das Laufrad „fertig fahren“? Zu bedenken sei in diesem Zusammenhang: „Wenn die Sanierung zwei Drittel des Neupreises eines Laufrades kostet, ist die Sanierung aufgrund einer längeren Betriebsunterbrechung und einem schlechteren Wirkungsgrad unwirtschaftlich.“ →

Wie die BEW an der Wertach Ökonomie und Ökologie in nachhaltigen Einklang bringt, wird im Buch „Die Wertach – Flussentwicklung an der unteren Wertach und das Sanierungsprojekt ‚Wertach vital‘. Wasserbau. Natur. Naherholung.“ dargestellt.



Weitere Wartungsarbeiten seien am Generator, im Zusammenhang mit der Drehmomentübertragung (Kupplungen, Getriebe, Riemenbetrieb), an den Stellorganen (E-Antriebe, Hydraulik, Federspeicher) und im Bereich der E-Technik/Steuerung durchzuführen. Hier müsse das Augenmerk auf die regelmäßige Funktionskontrolle, den Zustand der Pufferbatterien und die Überprüfung der automatischen Auslösungen (z.B.: Auslösung Leistungsschalter) gerichtet werden.

Abschließend gab Bernhard Zimmerling Tipps aus der Praxis. Beim Thema Kondens- und Leckwasser seien Fragen nach deren Entstehung, möglichen Schäden und der Minimierung negativer Auswirkungen zu stellen. Bei der Leckkontrolle sollten, sofern technisch möglich, Leckleitungen (Öl und Wasser der

verschiedenen Stellen) jeweils in ein getrenntes Aufnahmegefäß geleitet werden. Damit sei eine undichte Stelle schnell zu identifizieren.

Stellorgane und Schieber regelmäßig betätigen

Ferner riet Zimmerling dazu, Stellorgane und Schieber in regelmäßigen Abständen zu betätigen, um ein Festsitzen zu verhindern. Hier sollte der Schieber vollständig geöffnet und wieder ein kleines Stück geschlossen werden, um ein Festsitzen in der Endlage zu verhindern. ■

Wir nutzen unsere Fischschleuse zur Stromerzeugung



Innovativ und wirtschaftlich

Für den Betrieb der Fischwanderhilfe an unserer Talsperre werden 500 l Wasser pro Sekunde benötigt. Dies hätte pro Jahr einen Produktionsverlust von 400.000 Kilowattstunden Strom verursacht. Durch ein ausgeklügeltes Rohrsystem und den Einbau eines Turbinenaggregates kann dieses Wasser für die Stromerzeugung vollständig genutzt werden und verbindet damit Ökologie und Wirtschaftlichkeit in idealer Weise.

Ökologisch

Das Monitoring zur fischereiökologischen Funktion wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz begleitet, gefördert und im Frühjahr 2015 erfolgreich abgeschlossen.

Ausgezeichnet

Das Projekt wurde mit dem Bayerischen Energiepreis 2014 in der Kategorie „Erneuerbare Energien, Energienetze, Speichertechnologien“ ausgezeichnet.

Gefördert

Die Entwicklung des Verfahrens wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Rahmen des Programms BayINVENT gefördert.

Patentiert

Dem Verfahren wurde bereits das deutsche und europäische Patent erteilt.



Ihr Ansprechpartner für alle Fragen rund um die energetisch genutzte Fischwanderhilfe:

Johann Fischer
Werkleiter

Kraftwerk Höllestein AG
Telefon: 09941 / 77 00 20

Dr. Christoph Rapp / Praterkraftwerk GmbH und Ralf Bernhard / GIZ GmbH

Wasserkraft im Kontext der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Ein Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern ist für kleine und mittlere Unternehmen eine besondere Herausforderung. Das Projektentwicklungsprogramm (PEP) der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) begleitet deutsche Unternehmen bei ihrem Schritt in diese vielversprechenden, aber oft noch schwierigen Märkte, wie Dr. Christoph Rapp, Geschäftsführer der Praterkraftwerk GmbH und Ralf Bernhard (GIZ GmbH) betonten.



Dr. Christoph Rapp, Ralf Bernhard (v.l.)

Vor dem Hintergrund eines steigenden Energiebedarfs, hoher Energiepreise, einer niedrigen Elektrifizierungsrate, neuer Finanzierungsmöglichkeiten und einer wachsenden Aufmerksamkeit für Erneuerbare Energien stellen Entwicklungs- und Schwellenländer Zukunftsmärkte für die deutsche EE-Industrie dar. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) soll das PEP Unternehmenspartnerschaften zwischen deutschen und lokalen Firmen fördern und sie langfristig in den verschiedenen Phasen der Marktpositionierung und Projektentwicklung begleiten.

Das Programm unterstützt beim Transfer von Technologien und Know-how, fördert nachhaltige Marktstrukturen sowie die Verbreitung Erneuerbarer Energien und energieeffizienter Lösungen. „Es ist unser Anliegen, auch verstärkt Projekte in Afrika weiter mit Wasserkraft auszubauen. Wir versuchen, den Markt strategisch zu sondieren und vorzubereiten, um dann Referenzprojekte mit Leuchtturmcharakter zu entwickeln“, betonte Bernhard.

Die GIZ arbeitet in den drei Modulen Informationsvermittlung und Kontaktabahnung, Referenzprojekte und Kompetenzentwicklung sowie Rahmenbedingungen und Umfeldmanagement. Während das erste Modul Marktinformationen, Informationsveranstaltungen und Branchendialog in Deutschland, die fachliche Begleitung von Auslandshandelskammer-Geschäftsreisen in die Region und Informationsreisen für Einkäufer und Multiplikatoren nach Deutschland beinhaltet, geht es in Modul 2 zum Beispiel um das Verfassen von Machbarkeitsstudien sowie die Unterstützung bei der Entwicklung von Geschäftsmodellen und der Identifizierung von Finanzierungsquellen. Modul 3 umfasst schließlich die

klassische Politikberatung, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Aktivitäten in Tansania

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit führt das Projektentwicklungsprogramm im Zuge der Exportinitiative Erneuerbare Energien (EEE) des BMWi durch. Aktuell konzentrieren sich die Aktivitäten unter anderem auf Tansania in Subsahara Afrika. Mit rund 50 Millionen Einwohnern ist Tansania laut Christoph Rapp eines der bevölkerungsreichsten Länder in Afrika südlich der Sahara. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1961 hat sich das Land friedlich und politisch weitgehend stabil entwickelt.

Etwa 25 bis 30 Prozent des Landes sind elektrifiziert, ländliche Gebiete weniger als 20 Prozent. Die installierte Kraftwerksleistung liegt bei 1.521 MW, die maximal abgerufene Leistung beträgt 800 MW. Die installierte Wasserkraftleistung von sechs Anlagen beläuft sich auf insgesamt 561 MW. Der Strompreis liegt bei etwa 12 ct/kWh.

Wie Rapp betonte, sind Gelände und Gefälle im Südwesten Tansanias für die Wasserkraft ideal. Große Niederschlagsmengen tun ein Übriges.

Eine Behörde (Rural Electrification Agency) konzentriert sich vollständig auf die ländliche Elektrifizierung. Die Förderung der Wasserkraft ist in der Regel staatlich festgelegt, bis 10 MW aber auch privat möglich. Wasserrechte werden für 33, 66 oder 99 Jahre vergeben. Es existiert eine auf 25 Jahre garantierte Einspeisevergütung. Die Tarife werden jährlich

angepasst. Seit 2016 ist der Tarif an den US-Dollar gekoppelt.

Exemplarisch verwies Christoph Rapp auf Wasserkraftanlagen an den Standorten Isigula, Lyamanzi, Mhanga-Isaga und Luswisi, von deren Projektstatus er sich an Ort und Stelle überzeugen konnte. Bereits genehmigt (Wasserrechte sind für 66 Jahre vergeben) ist die Wasserkraftanlage Isigula mit einer Leistung von 760 kW und einer Fallhöhe von 190 Metern. Der Durchfluss beträgt 0,5 m³/s, die Rohrleitung ist ca. 1.250 Meter lang, eingesetzt wird eine Pelton-Turbine. Die Anlage ist realisierungsfähig, allerdings ist die Fremdkapital-Finanzierung noch offen. Das Material für den Netzanschluss wurde bereits geliefert, die Kosten hierfür trägt die Rural Electrification Agency.

Suche nach einem Projektpartner

Ebenso genehmigt ist der Standort Lyamanzi mit einer Leistung von 8 MW und einer Fallhöhe von 130 Metern. Der Durchfluss beläuft sich auf 8 m³/s, die Rohrleitung ist ca. 2.000 Meter lang. Angetrieben wird die Anlage durch eine Francis-Turbine. Die Gesamtausführung ist noch in Planung, gesucht wird ein Projektpartner.

Eine Machbarkeitsstudie wird derzeit für das Wasserkraftwerk Mhanga-Isaga mit einer Leistung von 10+6 MW und einer Fallhöhe von 660 bzw. 680 Metern erstellt. Der Durchfluss beträgt 2,1 bzw. 1,1 m³/s, angetrieben wird die Anlage von Pelton-Turbinen. Zuwegung und Rohrleitung sind Rapp zufolge herausfordernde Komponenten. Gesucht werden auch hier Projektpartner. →



Ralf Bernhard und Dr. Christoph Rapp (v.l.)

Für die Wasserkraftanlage Luswisi mit einer Leistung von 5 MW, einer Fallhöhe von 150 Metern, einem Durchfluss von 3,5 m³/s und einer ca. 1300 Meter langen Rohrleitung wird aktuell ebenfalls eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Bei der mit einer Francis-Turbine angetriebenen Anlage stellt die Gründung der Rohrleitung eine Herausforderung dar. Projektpartner sind unbedingt erwünscht.

„Gefragt sind deutsches Engagement und Know-how“, unterstrich Rapp. Die GIZ unterstütze nach Kräften - egal ob es um den

Verkauf von Anlagenteilen, den Einstieg in die Planungsphase oder um Projektbeteiligung bzw. Finanzierung gehe. Um die deutsche Wirtschaft stärker zu involvieren, sprich einen Dialog zwischen den Beteiligten vor Ort und deutschen Anlagenherstellern, Projektentwicklern und Financiers zu ermöglichen, soll im Herbst 2017 in Tansania nach dem Vorbild der German Solar Training Week eine German Hydro Training Week stattfinden. Rapp äußerte die Hoffnung, „dass wir diese große bayerische Wasserkraftexpertise, die über viele Dekaden aufgebaut wurde, auch in andere Länder bringen können“. ■

Strom aus Wasserkraft: Garant der Versorgungssicherheit



Die 21 VERBUND-Wasserkraftwerke am Inn sind zuverlässige Dauerläufer. Sie decken rund 20 % des Stromverbrauchs privater Haushalte in Bayern. Sie sind damit das stabile Rückgrat für eine zuverlässige, leistbare und vor allem saubere Stromerzeugung.

Partnerin von Wind und Sonne

Die Wasserkraft zeichnet sich durch ihre Berechenbarkeit aus. Das macht sie zur verlässlichen Garantin der Versorgungssicherheit und zur idealen Partnerin von Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Denn die Wasserkraft liefert nicht nur Grundlast. Dank ihrer Vielseitigkeit hilft sie auch, Strom zu speichern und dann im Netz zur Verfügung zu stellen, wenn er gebraucht wird.

Wasserkraft hat Zukunft

Die Wasserkraft besitzt eine lange Tradition - und hat Zukunft. Denn ihre Leistungsfähigkeit ist unübertroffen und für eine CO₂-freie Stromzukunft unverzichtbar. So sehen auch die Wasserkraftziele des Freistaats Bayern ein Plus von 1 Mrd. Kilowattstunden Jahreserzeugung vor. VERBUND kann wichtige Beiträge zur Erreichung dieses Zieles leisten. Alleine die Erneuerung des Kraftwerks Töging wird mit jährlich 120 Mio. Kilowattstunden Strom zur Stärkung der Wasserkraft beitragen. Und das im Einklang mit dem 10-Punkte-Fahrplan für eine ökologische und naturverträgliche Wasserkraftnutzung ohne zusätzliche Belastung der Gewässerökologie.

Sauberer Strom

Die Wasserkraft steht wie keine andere Erzeugungsform für effiziente und saubere Stromerzeugung - ohne Wasser zu verbrauchen. VERBUND plant in Summe rund 85 Mio. Euro in die weitere Optimierung der Vereinbarkeit von Wasserkraftnutzung und Natur zu investieren. Das bedeutet auch, Lebensräume zurückzugeben, die in der 200 Jahre zurückreichenden Geschichte der Flussverbauung verlorengegangen sind. Denn Landgewinnung, Schiffbarkeit und Grenzziehungen haben Flüsse schon frühzeitig verändert.

Marcus Teschke / Deutsche Kreditbank AG

Wasserkraft: Finanzierungen mit der Deutschen Kreditbank im Bayerischen Sparkassenverbund



Ein aktuelles Finanzierungsprojekt der DKB in der finalen Umsetzungsphase: Die Wasserkraftanlage in Öblitz (Saale) mit einer Nennleistung von rund 900 kW. Die drei vertikalen Kaplanturbinen werden ab Herbst 2017 jährlich rund 4,3 Mio. kWh Strom ins Netz einspeisen.

Die Deutsche Kreditbank AG (DKB) hat langjährige und umfassende Erfahrungen bei Finanzierungen von Erneuerbare-Energien-Projekten. Der Beleg: Ein Kreditvolumen von 9,7 Mrd. Euro in diesem Bereich (Stand: 31.12.2016). Damit gehört die Bank laut Marcus Teschke, Fachbereichsspezialist Erneuerbare Energien bei der DKB, zu den größten Finanzierern der Energiewende in Deutschland. Seit mehr als 20 Jahren begleitet die 100-prozentige Tochter der BayernLB ihre Kunden bei Investitionen in erneuerbare Energien. Ein Schwerpunkt der DKB, die bundesweit inzwischen zu den 25 größten Banken gehört, liegt auf der Bereitstellung von günstigen Krediten. Über 80 % ihrer Bilanzsumme in Höhe von 73 Mrd. Euro (Stand 31.12.2016) setzt sie für Kredite ein.

Im Bundesland Bayern besteht eine Verbundpartnerschaft zu den bayerischen Sparkassen. Dortige Finanzierungen begleitet die DKB grundsätzlich in Abstimmung und im Schulterschluss mit den regionalen Sparkassen. So werden regionale und fachliche Expertise optimal verbunden und genutzt.

Für die DKB hat das Thema „Nachhaltigkeit“ einen hohen Stellenwert. Bereits seit 1996 finanziert sie Projekte, die sich mit nachhaltiger Energiegewinnung beschäftigen, z. B. in den Bereichen Windenergie (Anteil am DKB-Gesamt-EE-Portfolio 59 %), Solarenergie (30 %), Bioenergie (9 %) sowie Stromerzeugung durch Wasserkraft (2 %). In den vergangenen 2 Jahrzehnten konnten mit Finanzierungen der DKB mehr als 4.650 Windkraft-, Solar- oder Biogasanlagen realisiert werden. Im Bereich der Wasserkraft betreut die Bank aktuell 6 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 14 Mio. Euro und hat 12 Neuanfragen in Prüfung (GIK: 40 Mio. Euro).

Mehr Bürgerbeteiligung bei Finanzierungen

Teschke zufolge gibt es bei zahlreichen Projekten im Erneuerbaren Energie-Segment gerade in der Bevölkerung Klärungsbedarf. Viele Bürger hegen Ressentiments, „weswegen wir die Notwendigkeit sehen, der Bürgerbeteiligung bei Finanzierungen zunehmend eine tragende Rolle zukommen zu lassen“. Vor

diesem Hintergrund hat die DKB ein eigenes Kompetenzzentrum gebildet, um bei Finanzierungen mit Bürgerbeteiligungen beratend zur Seite zu stehen und sie punktgenau begleiten zu können.

Mögliche Finanzierungsansätze sind laut Teschke die bei der DKB größtenteils durchgeführte Projektfinanzierung sowie die Bonitätsfinanzierung. Bei der Projektfinanzierung handelt es sich um eine „Non recourse“-Finanzierung, d. h. eine Darlehensrückzahlung aus Projektcashflows. Die Prüfphase ist hier sehr viel umfassender als bei der Begleitung einer reinen Unternehmensfinanzierung; an Initiatoren und Projektbeteiligte werden hohe Anforderungen gestellt. Es besteht ein Sicherungszugriff auf das Gesamtprojekt mit dem Ziel des Weiterbetriebs im sogenannten „worst case“.

Im Wasserkraftbereich kommt eher die Bonitätsfinanzierung („Full recourse“-Finanzierung, Darlehensrückzahlung aus Unternehmenssubstanz) zur Anwendung, „da die Projekte hier letztlich sehr spezifisch gelagert sind und eine Projektfinanzierung durchaus an ihre Grenzen stößt“, →

erläuterte Teschke. Blicke man auf die Rahmendaten, so lägen die Vorteile einer Wasserkraftfinanzierung in der langjährigen Erfahrung der beteiligten Personen (Behörden, Industrie, Baugewerbe und Projektentwickler), der verlässlichen und langlebigen Technik (mehr als 30 Jahre Nutzungsdauer), der Vergütungssicherheit über das EEG und dem aktuell günstigen Marktzinsniveau.

Großer Überwachungsaufwand für Investor und Bank

Ein Nachteil sei dagegen, dass Wasserkraftprojekte in der Regel extrem komplex sind. Bereits für den Planungszeitraum müssen mindestens 6 bis 7 Jahre berücksichtigt werden. Hinzu kommen ein hoher Genehmigungsaufwand (Stichwort Umweltschutz) verbunden mit hohen Kosten, ein Ertragsrisiko aufgrund von Schwankungen im Wasserhaushalt und der Umstand, dass die Bautätigkeit mit ca. 60 % den Löwenanteil bei den Investitionskosten ausmacht. Sowohl Investor als auch Bank haben hier einen großen Überwachungsaufwand zu leisten, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen und gegebenenfalls rechtzeitig nachjustiert werden kann.

Vor dem Hintergrund langer Planungszeiträume, umfangreicher Auflagen und komplexer Genehmigungsverfahren riet Teschke dazu, ein Kreditinstitut frühzeitig einzubinden, da sich im Projektverlauf oft noch diverse Änderungen ergäben (Investitions-/Finanzierungsplan, Nachträge zu Werksverträgen etc.). „Ein Sparringspartner wie die DKB mit langjähriger Expertise“ könne hier mit geeigneten Lösungsansätzen aufwarten.

Die Finanzierung von Wasserkraftprojekten mit der DKB erläuterte Teschke anhand eines aktuellen Beispiels: Beim Neubau einer Wasserkraftanlage mit einer elektrischen Nennleistung von maximal 900 kW lag die Bemessungsleistung unter 500 kW, weshalb hier ein EEG-Vergütungssatz von 12,4 ct/kWh zum Tragen kam. Das Gesamtinvestment belief sich auf 8,1 Mio. Euro, wobei der Anteil an Eigenkapital mit fast 40 % sehr hoch war. Die DKB hat in diesem Fall ein DKB-Ratendarlehen (sog. Hausbankdarlehen) angeboten. Die Finanzierungslaufzeit von 20 Jahren sowie eine Zinsfestschreibung über die gesamte Kreditlaufzeit sorgen u. a. für eine hohe Verlässlichkeit bei den Cashflows. Darüber hinaus offerierte die DKB eine Kapitaldienstreserve für eventuell auftretende meteorologische Schwankungen. Kommt der Kunde aus wettertechnischen Gründen in Schwierigkeiten, kann er auf diese Reserve zurückgreifen. In finanziell guten Jahren kann dann wieder angespart werden.

Deutsche Kreditbank als kompetenter Partner

Teschke zufolge gibt es am Markt zahlreiche Banken, die von einer Wasserkraftfinanzierung absehen. Die DKB begleitet dieses Segment seit Jahren aus Überzeugung, will es sogar noch weiter ausbauen. Mit ihrer langjährigen Erfahrung mit EE-Finanzierungen, attraktiven Konditionen bei Laufzeiten und Zinsbindungen, einem Kompetenzzentrum mit eigenen Technikern und Ingenieuren sowie projektindividueller Finanzierung und Besicherung ist die Bank guter Dinge, auch künftig als kompetenter Partner zur Verfügung zu stehen. ■



BAUINDUSTRIE BAYERN

DIE ZUKUNFT AUFBAUEN

➤ Eine Ausbildung in den Unternehmen der bayerischen Bauindustrie ist interessant und bietet viele Aufstiegsmöglichkeiten.

www.bauindustrie-bayern.de

Georg Loy / VERBUND-Innkraftwerke GmbH

Das Eckpunktepapier in Bayern und dessen positive Wirkung für die Umwelt am Inn

Der Freistaat Bayern hat 2006 mit den großen bayerischen Wasserkraftunternehmen eine Eckpunktevereinbarung für eine nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern geschlossen. Mit dem Eckpunktepapier sollen die Belange der Wasserwirtschaft, des Naturschutzes sowie der bayerischen Klima- und Energiepolitik beim Betrieb der Wasserkraftwerke in Bayern umgesetzt werden, erläuterte Projektleiter Georg Loy. Den Wasserkraftbetreibern obliegt dabei die Erarbeitung eines ökologischen Durchgängigkeitskonzepts und die Ermittlung des Ausbaupotenzials.

Die Herstellung der Fischdurchgängigkeit, Gewässerstrukturmaßnahmen sowie die Grundlagenforschung zur Fischpopulation finden ihre Finanzierung zu 100 % durch den VERBUND als Zusage zu Vereinbarungen mit dem Freistaat Bayern, die den Rahmen und Umsetzungszeiträume festlegt und damit auch die gesetzlichen Forderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) umsetzt.

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH betreibt 14 Laufwasserkraftwerke am bayerischen Inn mit einer Turbinenleistung von 317 Megawatt. Die jährliche Erzeugung beträgt rund 1,9 Milliarden Kilowattstunden, das entspricht dem Bedarf von rund 500.000 Haushalten. In Betrieb und Instandhaltung werden 15 bis 20 Mio. Euro pro Jahr investiert. An den Grenzstrecken des Inn und der Donau finden sich 8 Wasserkraftwerke, die von der Grenzkraftwerke GmbH betrieben werden. Hier belaufen sich die jährlichen Kosten auf 9 bis 14 Mio. Euro.

Wasserkraftwerk Töging: Aktueller Status

Mit Blick auf den Status aktueller Projekte verwies Loy zunächst auf die geplante Modernisierung des Wasserkraftwerks Töging (Inbetriebnahme 1924), das einen Neubau des Krafthauses in Töging bzw. der Wehranlage in Jettenbach vorsieht. Durch eine Stauzielerhöhung von 70 cm beim Wehr Jettenbach und eine Erhöhung der Ausbauwassermenge um bis zu 70 m³/s sowie dem Einbau von drei Kaplan-turbinen ist eine zusätzliche jährliche Stromerzeugung von 120 GWh möglich. Die Dämme und Deiche im Stauraum und die Abdichtung im Innkanal werden daher entsprechend angepasst. Nach Loys Einschätzung ist eine Realisierung des Projekts „auch aufgrund der Aufwertung des Bestandes hoch“.



Georg Loy
VERBUND-Innkraftwerke GmbH

Zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei dagegen eine Einschätzung zu den geplanten Projekten an der Grenzstrecke der Unteren Salzach. Gleiches gilt für den Energiespeicher Riedl, der sich im Genehmigungsverfahren befindet. Grund seien die aktuellen politischen Rahmenbedingungen. Sowohl beim Freilassinger Becken als auch beim Tittmoninger Becken stehe eine Kombination aus flussbaulicher Sanierung und Energienutzung im Fokus. Dadurch sei eine zusätzliche Stromerzeugung von jeweils 90 GWh/a (davon 45 GWh/a bayerischer Anteil) realistisch.

Nicht gegeben ist die Wirtschaftlichkeit von Stauzielerhöhungen und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung an den bestehenden Kraftwerken am bayerischen Inn bzw. am Grenz-Inn. Gleiches gilt für das Triebwerk Teufelsbruck.

Mögliche Mehrerzeugung

Loy zufolge ist am bayerischen Inn und an der Grenzstrecke der Salzach (bayerischer 50 %-Anteil) eine Mehrerzeugung von rund jährlich 310 GWh an Laufwasserkraft bis 2021 möglich. Dies entspricht 30 % des Ausbauzieles von zusätzlichen 1.000 GWh pro Jahr gemäß dem Zielwert für die Wasserkraft im Rahmen des bayerischen Energiedialogs. Zusätzlich könnte der Energiespeicher Riedl mit einer Leistung von 300 MW den geplanten

ten Ausbau der Energieträger Wind und Sonne unterstützen.

Umfangreiche ökologische Verbesserungen

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH setzt im Rahmen ihrer Aufgaben als Wasserkraftbetreiber umfangreiche ökologische Verbesserungen in den Staugebieten an den Kraftwerksstandorten am Inn um. „Was für das ungeschulte Auge wie ein unberührtes Naturparadies aussieht, ließ bei den durchgeführten ökologischen Untersuchungen zur Entwicklung von Maßnahmen deutliche Defizite für Fischarten, Watvögel und Pflanzen der Ufer- und Schlammfluren erkennen“, informierte Loy. Dies war der Startpunkt für ein umfangreiches Maßnahmenpaket, um die Lage insgesamt zu verbessern. Die daraus resultierenden Renaturierungsarbeiten am Inn umfassen unter anderem Entlandungen, Anbindungen von Altwässern und auch neuen Ufer- und Altwasserstrukturen, die Schaffung von Brutinseln für seltene Vögel und von Laichplätzen für Fische und Amphibien sowie die ökologische Durchgängigkeit (Fischwanderhilfen).

Mit Strukturen in der Aue und im Gewässer werden direkt die relevanten Arten gefördert und der Erhalt und Schutz der Fischpopulation erreicht. Das Ökosystem Flussaue profitiert durch Prozesse, Funktion und Veränderung. „Durch Gewässerstrukturen für alle Altersstadien fördern wir die Arten direkt und reduzieren die Notwendigkeit der auf- und abwärtsgerichteten Wanderung. Neben der Fischpopulation profitiert das Gesamtökosystem Flussaue durch Rohbodenstandorte, Nahrung (Prädatoren), Auenanbindung und laufende Veränderungen in einem sonst monotonem System. Auch die reine Mehrung der Biomasse durch Ubiquisten fördert seltene Arten durch reduzierten Fraßdruck“, so Loy. →

Nach seinen Ausführungen hat der Inn keine Langdistanzwanderer wie Lachs und Aal. Die Innfische suchen die Lebensraumbedingungen auf, die diese im Jahresverlauf für ihr Überleben, aber auch für die Fortpflanzung benötigen. Das Erreichen von Laichplätzen, Jungfisch- und Nahrungshabitaten und verschiedenste Lebensraumsprüche sowie Hochwasser- und Wintereinstände sind wesentlich.

Konzepte hierzu sind die Verbindung von Unterwasser nach Oberwasser, (Genaustausch und Kompensationswanderung - besonders Jungfischstadien nach dem ersten Lebensjahr), die Vernetzung mit Seitengewässern und das Anbieten von Lebensraumkomponenten für alle Lebensstadien, das Anbieten von Lebensraum im Fischpassgerinne und schließlich die Auffindbarkeit durch Gewässerstrukturen nahe an Wanderkorridor und Strömung.

DWA Merkblatt zur Durchgängigkeit

Im DWA Merkblatt zur Durchgängigkeit wird Loy zufolge das Augenmerk auf Parameter zur Durchwanderbarkeit und des Ortes der Auffindbarkeit inklusive der sogenannten Leitströmung gerichtet. Natürliche oder naturnahe Gewässer erfüllen fast nie diese Kriterien. Bei großen Flüssen mit Ausbaugraden größer als 200 m³/s ist eine Leitströmung messbar auf den Nahbereich des Einstiegs des Fischpasses beschränkt. Die Turbulenzballen und Fließtiefen im Unterwasser der Wasserkraftanlage gewährleisten nur sehr eingeschränkt die Erreichbarkeit im Bereich der Turbinenauslässe für alle Größenklassen und Arten. Jede Wasserkraftanlage mit den jeweiligen geometrischen Randbedingungen erfordert demzufolge speziell angepasste Lösungen.

Die Auffindbarkeit wird durch vorgelegte Gewässerstrukturen und Rückzugsbereiche erhöht. Die Strömung des Fischpasses ist in diesem Bereich klar wahrnehmbar. Im Fischpass - wie bereits u. a. in Feldkirchen, Gars, Teufelsbruck, Stammham und Perach geschehen - sind möglichst viele Gewässerstrukturen herzustellen, die im Hauptfluss nicht mehr vorhanden sind und somit ein Mangelhabitat darstellen. Diese können so als Lieferhabitat, aber auch als wesentliche Lebensraumkomponente dienen.

Auenwald, Damm, Bäche und Wiesenflächen sind die Lebensräume vieler Arten

nahe dem Inn und dem Kraftwerk Ering-Frauenstein. Diese Gebiete sollen weitestgehend geschützt bleiben, um so die Lebensqualität für den Tierbestand zu optimieren. Projektziele sind die umfassende Wiederherstellung der flussauf gerichteten Durchgängigkeit am Innkraftwerk, die Stärkung der Fischpopulation durch Lebensraummaßnahmen sowie die Entwicklung dynamischer Fluss- und Auenlebensräume. Hierzu soll eine dynamisch dotierte Fischaufstiegsanlage mit gewässertypischem Fließgewässercharakter errichtet und die ausgedehnte Eriinger dynamisiert und vernetzt werden. Zudem ist eine Stauwurzelstrukturierung im Unterwasser mit Insel-Nebenarmsystem, Flachufeln und Altarmstrukturen geplant.

Das Bauvorhaben soll voraussichtlich im Herbst 2017 starten und dauert vermutlich rund eineinhalb Jahre.

Loys Fazit: „Jeder am Gewässer muss seiner Aufgabe und Verantwortung zur Erreichung der EU-WRRL-Ziele nachkommen. Für den Raum ist ein Optimum, aber auch eine Priorisierung zu finden. Die Eckpunktevereinbarung hat wesentlich zur Herstellung der Durchgängigkeit und zu Renaturierungsanstrengungen geführt. Habitat- und Gewässerstrukturen sind aus unserer Sicht wesentlich für den Erhalt des Systems. Der Erhalt der Flussaue mit den vielschichtigen Lebensräumen wird derzeit nicht in der EU-Wasserrahmenrichtlinie in ihrer Funktion gewürdigt.“ ■

Jetzt 4 Wochen testen!



Drost · Ell

Das neue Wasserrecht in Bayern

Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
Bayerisches Wassergesetz (BayWG)
Kommentare mit Vorschriften-
sammlung zum Europa-, Bundes-
und Landesrecht

Loseblattwerk, etwa 6460 Seiten,
€ 168,- einschl. 4 Ordnern
ISBN 978-3-415-04485-2

Weitere Informationen unter
www.boorberg.de/alias/133689



FAX 089/4361564 · TEL 089/436000-20
BESTELLUNG@BOORBERG.DE
WWW.BOORBERG.DE

Sitz Stuttgart · AG Stuttgart, HRA 3076
Komplementärin: BOORBERG GmbH · Sitz Stuttgart ·
AG Stuttgart, HRB 2969
Geschäftsführer: Dr. Berndt Oesterheld, RA Markus Ott

Ich/Wir bestelle(n) 4 Wochen zum Testen aus dem
RICHARD BOORBERG VERLAG GmbH & Co KG, Postfach 800340, 81603 München:

Expl. Drost · Ell
Das neue Wasserrecht in Bayern
Loseblattwerk mit kostenpflichtigen
Ergänzungslieferungen, etwa 6460 Seiten,
Grundwerkpreis € 168,- einschl. 4 Ordnern
Die erste Ergänzungslieferung innerhalb
von 3 Monaten nach Erwerb des Grund-
werks ist im Preis enthalten.
ISBN 978-3-415-04485-2

Ich bin/Wir sind
 Unternehmer/Freiberufler/Behörde
 Verbraucher*

* Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, der überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann (§ 13 BGB). Wenn Sie Verbraucher sind, ist Ihre Bestellung noch nicht rechtsverbindlich. Wir senden Ihnen die Ware als unser verbindliches Angebot zu. Dazu erhalten Sie ausführliche Informationen, z.B. die Belehrung über Ihr Widerrufsrecht und zur Versandkosten- und Rückportoregelung. Erst durch Ihre Bezahlung der Ware kommt der Kaufvertrag mit uns zustande.

Absender:

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



Detlef Fischer, Johannes Schnell, Dr. Albrecht Schleich,
Anne-Marie von Hassel, Gregor Overhoff, Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler (v.l.)

Hochkarätige Podiumsdiskussion

Vorfahrt für die Wasserkraft!

Im Rahmen einer von GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel moderierten Podiumsdiskussion mit den Teilnehmern Ministerialrat Gregor Overhoff (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz), Dr. Albrecht Schleich (RMD AG), Prof. Dr.-Ing. Frank Pöhler (BEW GmbH), Detlef Fischer (VBEW e.V.) und Dipl.-Ing. Johannes Schnell (Landesfischereiverband Bayern) wurden Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit der grundlastfähigen, CO₂-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle erörtert. Daneben spielten die Themen Natur-, Klima- und Umweltschutz sowie das kommunikative Umfeld eine wichtige Rolle.

„Bayern ist das Wasserkraftland Nummer eins in Deutschland“, konstatierte Ministerialrat Gregor Overhoff (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz). Knapp 60 Prozent der Wasserkraftanlagen Deutschlands befinden sich im Freistaat. Rund 14 Prozent des gesamten Stroms werden dort von etwa 4.200 Wasserkraftanlagen erzeugt. Unter den erneuerbaren Energien in Bayern nimmt die Wasserkraft mit Abstand die Top-Position ein, gefolgt von Photovoltaik und Biomasse. Das Land konnte sich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ausschließlich mit heimischem Wasserkraftstrom versorgen. „Wasserkraft ist ein unverzichtbarer Baustein im Energiemix“, so Overhoff.

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze

Bereits 2006 habe die Bayerische Staatsregierung mit den großen Wasserkraftbetreibern eine Vereinbarung über Eckpunkte der nachhaltigen Wasserkraftnutzung geschlossen. Dieses Konzept diene insbesondere der kohärenten Umsetzung einer mit den unterschiedlichen Zielen und Belangen der Wasserwirtschaft, des Naturschutzes sowie der bayerischen Klimaschutz- und Energiepolitik abgestimmten nachhaltigen Wasserkraftnutzung, soweit es den Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen betrifft. Auch diejenigen, die der Wasserkraft skeptisch gegenüberstehen, könnten nicht verhehlen, „dass hier gute Dinge entstanden sind“, so Overhoff. Es habe sich gezeigt: Ökonomie und Ökologie müssen keine Gegensätze sein.

Sein Ministerium habe nach der Fukushima-Katastrophe einen 10-Punkte-Fahrplan für eine ökologische und naturverträgliche Wasserkraftnutzung vorgelegt. Demnach soll bis zum Jahr 2021 die Wasserkraft rund 17 % des bayerischen Stromverbrauchs decken. Dazu sollen die noch vorhandenen Potenziale zur Wasserkraftnutzung verstärkt genutzt und umweltverträglich ausgebaut werden.

Anhand von Pilotanlagen soll laut Overhoff der Nachweis erbracht werden, dass fischverträglichere Technik möglich ist. Bedauerlicherweise sei die Umsetzung verbunden mit einem deutlichen Zeitverzug sowie zahlreichen Widerständen vor Ort, die man so nicht erwartet habe.

„Tatsache ist: Die Energiewende hängt“, betonte Dr. Albrecht Schleich (RMD AG). Es stellten sich Fragen nach der Zuverlässigkeit der Energieversorgung und der Wirtschaftlichkeit. In diesem Zusammenhang forderte Schleich die Politik auf, „einen konzentrierten Blick“ auf die Wasserkraft als importunabhängige, zuverlässige, flexible und steuerbare Energiequelle zu werfen.

Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Brutto-Stromerzeugung) im Freistaat leiste die Wasserkraft mit über 30 Prozent den Spitzenanteil. Diese Zahl erwecke jedoch einen „viel zu geringen Eindruck“ von der Bedeutung dieser wertvollen Energiequelle, unterstrich Schleich, der auch darauf hinwies, dass aktuell drei Viertel der Wasserkraftstromerzeugung aus Bayern nicht EEG-gefördert ist. Die aktuellen Vergütungssätze im EEG reichten nicht aus, um die Forderungen der ökologischen Durchgängigkeit (z.B. Fischtreppe) umzusetzen.

„Wir als überzeugte Vertreter der Wasserkraft sind deshalb jetzt unterwegs, Werbung für dieses Juwel im Energiemix zu machen“, betonte der RMD-Vorstand. Der Politik im fernen Berlin müsse klargemacht werden, „dass 80 Prozent der bundesweit installierten Wasserkraftleistung zwar in Bayern und Baden-Württemberg anzutreffen sind, diese Bundesländer somit aber einen nicht unerheblichen Beitrag für das energetische Gesamtsystem leisten“.

„Es gibt derzeit leider keine Stromerzeugungsform ohne negative Begleiterscheinungen, weder bei den neuen regenerativen Energien wie z.B. Wind und Photovoltaik, noch bei der →

traditionellen Wasserkraft“, machte Schnell deutlich. Um diese Begleiteffekte, die sich vor allem in der Beeinträchtigung der Durchgängigkeit der Flüsse zeigt, zu minimieren, investierten die Wasserkraftunternehmen kontinuierlich Millionensummen, um die ökologische Durchgängigkeit der bayerischen Flüsse herzustellen. Sie folgten damit den Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und des Deutschen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG).

Zu den ökologischen Verbesserungsmaßnahmen zählten der Bau von Fischtreppe und Umgehungsgewässern, die Anlage fischfreundlicher Gewässerzonen innerhalb der Stauhaltungen, die Schaffung neuer Laichplätze und Lebensräume für Flora und Fauna in den Flusslandschaften sowie die Stabilisierung der Grundwasserstände. So hätten sich im Rahmen der Wasserkraftnutzung an den Flussläufen wertvolle Erholungsräume für die Menschen und bedeutende Lebensräume für Tiere und Pflanzen sowie wertvolle Revitalisierungsräume in Auenlandschaften gebildet.

Kontakt zu den einzelnen Stakeholdern aufrechterhalten

Prof. Dr. Frank Pöhler (BEW GmbH) zufolge „leben wir in einer Gesellschaft, in der verschiedene Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen“. Unbedingt erforderlich sei es, den Draht zu den einzelnen Stakeholdern nicht zu verlieren. Es gelte, Interessenskonflikten rechtzeitig zu begegnen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Pöhler vertrat die Überzeugung, „dass nur ein Mehr an Miteinander uns weiterbringt und nicht ewige Streitereien“.

Aus energiewirtschaftlicher Sicht (Ausbau der erneuerbaren Energieträger bei gleichzeitiger Abnahme der konventionellen Kraftwerksleistung) werden mittelfristig Speicherkapazitäten im Netz zunehmend erforderlich. Pumpspeicherkraftwerke (PSK) sind laut Pöhler derzeit die alleinige, halbwegs bezahlbare großtechnische Speicheroption. Sie stellen ideale Partner für eine wirtschaftliche Gestaltung der Energiewende dar. In Deutschland gibt es aktuell 30 Pumpspeicherkraftwerke mit einer Kapazität von rund 40 GWh Stromspeicher. Diese Technologie, die einen hohen Beitrag zur Netzstabilisierung leiste, müsse weiterentwickelt werden.

Zwar seien Standorte vorhanden, wo PSK zugebaut werden könnten, jedoch fehlen aus Sicht des BEW-Geschäftsführers Investitionsanreize. Hinzu kämen örtliche Ressentiments aufgrund von Eingriffen in die Landschaft.

Auf dem Vormarsch seien Batteriespeicher, „doch auch die gibt es nicht zum Nulltarif“, bemerkte Pöhler. Gleiches gelte für die Elektromobilität, auf die weltweit große Hoffnungen gesetzt werden. „Würden wir jetzt alle aufgelegten Programme umsetzen, kämen wir sehr schnell an Grenzen der Verfügbarkeit“, so der Professor. E-Mobility löse jedenfalls das Speicherproblem nicht.

„Wir versuchen, mit der Wasserkraft partnerschaftlich zusammenzuarbeiten“, hob Dipl.-Ing. Johannes Schnell (Landesfischereiverband Bayern), hervor. Dass unterschiedliche Interessen im Dialog sehr wohl in Einklang zu bringen sind, zeige die Illerstrategie 2020, deren Ziel es ist, die Gewässerökologie gemeinsam mit der Stromerzeugung aus Wasserkraft zu verbessern.

Die Bayerischen Elektrizitätswerke und ansässige Fischereivereine entwickelten hierzu ein Fischschutzkonzept mit einem wohl europaweit einzigartigen Fischzählbecken.

Auch Landesfischereiverband und VBEW hätten regelmäßig Kontakt, um Fragestellungen zu beraten und gemeinsam lösungsorientierte Ansätze für bestimmte Probleme zu finden, erklärte der stellvertretende Geschäftsführer. „Hier sind wir auf einem ganz guten Weg. Was uns allerdings stört, ist die fehlende Kommunikation in einigen Bereichen“, räumte Schnell ein. Gerade im Kleinwasserkraftsektor herrsche bei Neu- oder Umbaumaßnahmen „wenig Transparenz“. Nicht selten erfahre man auf Umwegen von Vorhaben, die aus Naturschutzfachlicher oder fischökologischer Sicht kritisch zu sehen sind. „Deshalb unser Angebot: Je frühzeitiger man die organisierte Fischerei miteinbindet, umso weniger Widerstände gibt es später und die Rechtskeule muss nicht geschwungen werden.“

„Mehr Fokus auf Bestandsanlagen“ lautete ein weiterer Wunsch des LFV Bayern-Repräsentanten. Hier müsse Wissen generiert werden. Dies sei auch der Tenor beim „Forum Fischschutz und Fischabstieg“ tags zuvor in Dessau gewesen, wo dem Wunsch nach fachlicher Vertiefung Rechnung getragen wurde.

„Eigentlich sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Energiewende perfekt“, hob Detlef Fischer (VBEW e.V.) hervor – Stichwort Investitionssicherheit über 20 Jahre. Deutschland sei aber dem Pariser Klimaabkommen beigetreten, „will heißen: Deutschland muss bis 2050 komplett klimaneutral wirtschaften.“ Vor diesem Hintergrund müsste die Energiewende „extrem beschleunigt werden“. Jegliches momentane Handeln sei zu hinterfragen, unterstrich der Geschäftsführer.

Immense Inanspruchnahme der Landschaft durch neue Erneuerbare Energiequellen

Zweifellos, so Fischer an die Adresse der Naturschutzverbände gerichtet, bedeute dies „eine ungeahnte Dimension von Inanspruchnahme der Landschaft“. Und dies in einem Land wie Bayern, „wo in der Vergangenheit für die Energieversorgung wenig Raum und Fläche in Anspruch genommen werden musste“. Windräder, die derzeit weniger als 1 % des Endenergieverbrauches in Bayern decken, gebe es mittlerweile 1.200, viele davon in Oberfranken. „Wer wie ich hier aufgewachsen ist, erkennt die Landschaft nicht wieder, so Fischer. „Dies ist allerdings zu akzeptieren, wenn ich die Energiewende will.“

Die nicht-volatile Wasserkraft hingegen, die bedarfsgerecht zur Verfügung steht, sei hervorragend in die Landschaft integrierbar. Stoße man jedoch ein Pumpspeicherkraftwerks-Projekt wie jenes am oberbayerischen Jochberg an, „bekommt man es mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu tun“, stellte der VBEW-Repräsentant fest. Diese unterschiedliche Bewertung von Landschaften sei nicht hinnehmbar. „Da habe ich in der Tat ein Problem mit unseren NGOs“, betonte Fischer.

Letztlich müsse jede Region im Freistaat ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Schließlich habe die Staatsregierung ja auch die Energiewende „dahoam“ beschlossen, „das heißt Energiegewinnung komplett aus heimischer Fläche und Boden“. Mit Konsensdialog freilich werde dieses Ziel nicht zu erreichen sein, mutmaßte Fischer. ■

Thomas Liepold / Bayerische Landeskraftwerke GmbH

Die Ökokraftwerke Baierbrunn und Eixendorf II – Innovative Wasserkrafttechnik im Test

Die Bayerische Landeskraftwerke GmbH mit Sitz in Nürnberg erzeugt erneuerbare elektrische Energie aus Wasserkraft. An den staatlichen Talsperren in Bayern und am Main-Donau-Kanal betreibt sie 18 konventionelle Kraftwerke. Als Folge des Ausstiegs aus der Atomkraft hat das Unternehmen zusätzlich die Aufgabe erhalten, durch Vorzeigeprojekte die breite Anwendung innovativer naturverträglicher Wasserkraftwerkstechnik zu unterstützen. Dazu wurden bisher drei Anlagen errichtet, die 2016 und 2017 in Betrieb gingen. Weitere Anlagen sind nach Angaben von Geschäftsführer Thomas Liepold in Planung.



Diese 21 Kraftwerke sollen richtungsweisend für die künftige, ökologisch vertretbare Nutzung der Kleinwasserkraft sein und leisten damit einen Beitrag zur Energiewende in Bayern. Insgesamt erzeugen sie im Mittel jährlich 55 Millionen Kilowattstunden Strom.

Öko-Wasserkraftanlagen minimieren die Auswirkungen der Wasserkraftnutzung auf das Gewässer. Kennzeichen sind:

- Durchgängigkeit für aquatische Lebewesen (im wesentlichen Fische) nach Ober- und Unterwasser
- Feinrechen vor der Turbine in Verbindung mit einem Fischabstieg mit Leiteinrichtungen
- Turbinentechnik, die eine weitgehend schadlose Wanderung durch die Turbine ermöglicht
- Fischaufstieg als technische oder naturnahe Anlage
- Durchgängigkeit für Geschiebe im Kraftwerksbereich.

Bei der Gemeinde Baierbrunn, südlich von München, fließt das Wasser der Isar in den linksseitigen Isarwerkkanal. Fünf Kraftwerke entlang des Kanals nutzen die Wasserkraft, bevor der Kanal nach ca. 12 km wieder in die Isar mündet. Um einen Mindestabfluss in der Isar zu erhalten, werden am Abzweig zum Isarwerkkanal über ein Wehr im Jahresmittel 12 m³/s Wasser in den Fluss abgegeben. Das Kraftwerk Baierbrunn nutzt diese Restwasserabgabe und die Fallhöhe am Wehr zur Erzeugung elektrischer Energie.

Um künftig an dieser Stelle das Wasser nicht ungenutzt über die 4,40 Meter Höhenunterschied in die Isar fließen zu lassen, wurde eine hochmoderne „Very Low Head“-Turbine eingebaut, die sich für niedrige Fallhöhen (1,5 m – 3,0 m) und Ausbau-Wassermengen von 8 bis 30 m³/s. eignet. Das große Laufrad wird schräg abwärts zum Fluss montiert. Die geringe Drehzahl der Turbine (20 – 30 Umdrehungen pro Minute) macht ein aufwändiges Bauwerk unnötig und senkt dazu die Fischsterblichkeit auf unter 5 %. Die Rotorblätter des Laufwasserkraftwerks ähneln denen einer Kaplan-turbine.

Die Turbine besteht aus einem regulierbaren Laufrad und starrem Leitapparat. Der Generator mit Permanentmagneten ist mit der Turbineneinheit ohne Getriebe direkt gekoppelt und erlaubt variable Drehzahlen. Im Bedarfsfall kann die gesamte Turbine nach oben aus dem Wasser geschwenkt werden, um etwa den naturähnlichen Weitertransport von Kies zu ermöglichen.

Das mit dieser besonders umweltfreundlichen Turbinentechnologie ausgestattete Kleinwasserkraftwerk wird jährlich rund 1,8 Millionen Kilowattstunden Strom ohne Emissionen nur aus der Kraft der Isar erzeugen.

In Baierbrunn gehört es auch zu den gemeinsamen Projektzielen, die Isar für Wasserlebewesen wieder passierbar zu machen. Dazu werden zwei unterschiedliche Bauwerke das bestehende Wehr ergänzen: Eine sogenannte Raue Rampe und ein Raugerinne-Beckenpass. Das Projekt wird mit einem umfangreichen Fischmonitoring vom Landesamt für Umwelt und der Technischen Universität München begleitet.

Die Raue Rampe ist eine schräge Fläche mit ca. 40 m Breite und ca. 115 m Länge. Diese macht es durch eine ausgeklügelte Struktur mit verschiedenen großen Wasserbausteinen möglich, dass insbesondere Fische den Höhenunterschied des Wehres überwinden können. Zudem ergänzt ein Raugerinne-Beckenpass die Durchgängigkeit. Durch eine terrassenförmige Anordnung von einzelnen Becken macht auch dieser den Höhenunterschied für Fische passierbar.

Bei beiden Wanderkorridoren sind Wassermenge, Höhenunterschiede und Schlitzweite wichtige Parameter für die Einstellung und letztlich die Funktionstüchtigkeit der Anlage. Die Raue Rampe wird mit bis zu 4,2 Kubikmetern Wasser pro Sekunde beaufschlagt, der Beckenpass mit 0,5 Kubikmetern pro Sekunde dotiert. Durch diese Maßnahmen werden die Anforderungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt und die Isar um weitere 19 Kilometer für Wasserlebewesen durchgängig.

Betreiber des 5,5-Millionen-Euro-Projekts ist die eigens gegründete Wasserkraft Baierbrunn GmbH, als Gesellschafter fungieren zu gleichen Teilen die Bayernwerk Natur GmbH und die Bayerische Landeskraftwerke GmbH.

Durch die starken Wasserspiegelschwankungen in der Talsperre Eixendorf in Neunburg vorm Wald (Landkreis Schwandorf) kam es immer wieder zu Sicht- und Geruchsbelästigungen im Stauwurzelbereich. Etwa 15 Jahre nach Fertigstellung der Talsperre wurde deshalb eine Vorsperre errichtet, die den Wasserspiegel im Stauwurzelbereich konstant hält. Der bisher über die Betonstauwand fließende Zulauf der Schwarzach treibt jetzt die Kaplanrohr-turbine eines sog. Beweglichen Wasserkraftwerks der Fa. HSI Hydroengineering/Trier an. →

Das bewegliche Wasserkraftwerk verfolgt beim Fischschutz das Fernhalten von der Turbine. Dies geschieht durch den vorge-schalteten Rundbogenrechen mit 18 mm Stababstand, der über einen innen liegenden Rechenräumer freigehalten wird. Sonaraufnahmen belegen, dass die Fische sich vor dem Rechen frei bewegen können. Ein Teil der Wasserführung läuft als Lockströmung über den Rücken des Kraftwerks ab. Fische können über diesen Weg ins Unterwasser gelangen. Das anfallende Rechengut wird nicht entnommen, sondern durch Legen der Abschwemmklappe auf dem Rücken des Stahlkörpers ins Unterwasser weitergeleitet. Vor dem Kraftwerk verharrende Fische kommen so in den Genuss eines „Zwangsabstiegs“.

Bewegliches Wasserkraftwerk

Der Synchrongenerator und die doppelt regulierte Kaplanturbine sind in einem wasserumströmten Gehäuse im Triebwerkskanal untergebracht. Da der Generator direkt auf der Turbinenwelle sitzt, entfallen die Übersetzungsverluste eines Getriebes. Im Normalzustand sitzt das Stahlgehäuse an der Gerinnesohle auf und ersetzt einen beweglichen Wehrverschluss. Bei größeren Abflüssen, einsetzendem Geschiebetrieb oder Fischwanderungen wird das Kraftwerk angehoben und gibt einen Abflussbereich unter dem Kraftwerk frei. Somit können bodennah wandernde Fische, das Geschiebe oder ein Teil des Hochwassers unter dem Kraftwerkskörper weitergeleitet werden.

Im Frühjahr und Herbst erfolgt durch das Landesamt für Umwelt gemeinsam mit der Technischen Universität München ein umfangreiches wissenschaftliches Monitoring, um genaue Erkenntnisse über potentielle Beeinträchtigungen der Fischpopulation zu gewinnen. Rund 30.000 natürliche und eingesetzte Fische werden zu verschiedenen Terminen untersucht. Ziel des fischökologischen Untersuchungsprogrammes ist es, die Fischverträglichkeit in der Wasserkrafttechnik weiter zu verbessern.

Das neue Kraftwerk Eixendorf II verfügt über eine Leistung von 200 Kilowatt. Die Fallhöhe an der Vorsperre beträgt 5 Meter, der Durchfluss in dem beweglichen Modell liegt bei 4,5 Kubikmeter pro Sekunde. Als „Jahresarbeit“ sind 0,7 Millionen Kilowattstunden einkalkuliert. ■

Öko-Wasserkraftwerk Baierbrunn: Einstieg Fischtreppe



Quelle: Broschüre der Bayerischen Landeskraftwerke

Foto: Nürnberg Luftbild

WASSERKRAFT Ja bitte!

Wasserkraft -
Bayerns erneuerbare
Stromquelle Nr. 1

www.wasserkraft-ja-bitte.com

Wir sind Partner:



Wasserkraft - Ja bitte! - eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern
im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW
www.wasserkraft-ja-bitte.com

Thomas Fuchs / Rehart GmbH

Kann die Fischaufstiegsschnecke die ökologische Durchgängigkeit wirtschaftlich herstellen?

Zum 1. März 2010 trat das neue Wasserhaushaltsgesetz in Kraft. Nach § 33 WHG ist das Aufstauen, Entnehmen und Ableiten von Wasser nur zulässig, wenn eine ausreichende Mindestwasserführung gewährleistet wird. Gemäß § 34 WHG darf die Errichtung, wesentliche Änderung oder der Betrieb einer Stauanlage nur zugelassen werden, wenn die Durchgängigkeit des Gewässers erhalten oder wiederhergestellt wird, soweit dies für die Bewirtschaftungsziele des Gewässers erforderlich ist. § 35 WHG konkretisiert die ökologischen Anforderungen an Wasserkraftanlagen. Eine Nutzung darf demnach nur zugelassen werden, wenn auch geeignete Maßnahmen zum Schutz der Fischpopulation ergriffen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Fische bei ihrer Wanderung Wasserkraftanlagen grundsätzlich unbeschadet passieren können.



Eines der vielversprechendsten Konzepte sind hierbei Fischaufstiegsschnecken kombiniert mit einer Wasserkraftschnecke, wie von der Rehart GmbH entwickelt. Wie Projektleiter Thomas Fuchs erläuterte, geht bei dieser, zum europäischen Patent angemeldeten Fischaufstiegsschnecke System Rehart/Strasser, keine Pflichtwassermenge ungenutzt verloren. Ein Teil des Wassers, das aus der Wasserkraftschnecke ausfließt, wird zur Erzeugung der Lockströmung verwendet. Der Fisch kann frei motiviert in die FAS ein schwimmen und wird ohne Kraftanstrengung nach oben geleitet. Die FAS wird optimal an den Leitfisch angepasst. Dabei sind individuelle Einstellungen bei konstanter Drehzahl möglich. Für schwimmschwache oder bodenorientierte Fische wurde eine spezielle Sohlenbindung entwickelt.

Zwischen Wasserkraftschnecke und Fischaufstiegsschnecke besteht keine starre Verbindung. Beide Bereiche sind frei einstellbar. Die Wasserkraftschnecke kann optimal betrieben werden, während die FAS der jeweiligen Fischpopulation angepasst werden kann. Das Oberwasser wird im Einlaufbereich so getrennt, dass eine Beruhigungszone zwischen Wasserkraftanlage und FAS entsteht. Dies verhindert, dass der aufgestiegene Fisch durch den Sog der Wasserkraftschnecke wieder abwärts geführt wird. Die Anpassung der Aus- und Einleitzone geschieht nach den örtlichen Gegebenheiten und wird individuell geplant.

In einem Pilotprojekt am niederösterreichischen Kraftwerk Pilsing testete die Rehart GmbH in Zusammenarbeit mit der Firma Strasser & Gruber Wasserkraft die Funktionsweise der FAS. Während des Monitorings der Fischaufstiegsschnecke sind im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 an 103 Untersuchungstagen insgesamt 862 Fische aufgestiegen. Im Vergleichszeitraum sind am flussaufwärts gelegenen Beckenpass an

97 Tagen 173 Fische ausgewandert. Insgesamt konnten 18 Fischarten gemäß Fischleitbild nachgewiesen werden, darunter alle vier Leitarten, 8 von 9 typischen Begleitarten sowie 6 seltene Begleitarten.

Erfolgreicher Feldversuch

Im Zuge des Feldversuchs mit dem Leitfisch Huchen konnte der erfolgreiche Aufstieg von allen, insgesamt drei markierten Huchen in unterschiedlicher Größe nachgewiesen werden. Alle Fische waren verletzungsfrei und zeigten auch am Ende der Versuchsreihe eine gute Kondition. Damit ist die volle Funktionsfähigkeit der FAS am Kraftwerk Pilsing gegeben. Als erste österreichische Anlage ihrer Art ist sie wasserrechtlich bewilligt und kollaudiert.

„Auf Basis umfassender Untersuchungen ist, bei sachgemäßem Betrieb, eine problemlose Passage der FAS des KW Lugitsch für alle Fischarten und Altersklassen sichergestellt.“ Mit diesem Satz endet der Bericht des Ingenieurbüros Parthl zum Funktionsnachweis der Fischaufstiegsschnecke am Kraftwerk Lugitsch an der österreichischen Raab.

Besonderheit an dieser 2016 in Betrieb genommenen Anlage ist die Anordnung direkt neben einer bestehenden Turbinenanlage. Mit einer Länge von 14,8 Metern überwindet die FAS dort einen Höhenunterschied von 5 Metern und bietet den Flussbewohnern die Möglichkeit, die Querverbauung problemlos zu überwinden. Über die FAS sind an 27 Tagen insgesamt 1966 Fische aufgestiegen. 16 von 18 Fischarten konnten nachgewiesen werden, darunter alle 4 Leitarten (Schneider, Aitel, Laube, Nase).

Die Migrationskontrolle fand im April und Mai 2016 statt und bestätigt der FAS neben einem klassischen Laufwasserkraftwerk die volle Funktionsfähigkeit - sowohl qualitativ als auch quantitativ.

In Deutschland wurde im Sommer 2015 die erste Fischaufstiegsschnecke feierlich eingeweiht. Die Anlage am Heckerwehr an der mittelfränkischen Roth besteht aus einer Wasserkraftschnecke, die mit einer Leistung von 74 kW etwa 180 4-Personen-Haushalte mit regenerativer Energie versorgt und einer FAS, die es nun erstmals auch deutschen Fischen erlaubt, bequem und ohne Anstrengung vom Unter- in den Oberlauf des Flusses zu gelangen.

Bei der Konstruktion der FAS steht ein verletzungsfreies Design an erster Stelle. So sind die Wendel innenliegend komplett mit dem rotierenden Rohr verschweißt. Zudem ist die Funktionsfähigkeit mit sehr niedriger Drehzahl (6 U/min.) gewährleistet. Ein verletzungsfreier Aufstieg der Flussbewohner wurde bisher in allen Monitorings bestätigt.

Für diese Anlage wird im Auftrag des Bayerischen Landesamts für Umwelt von der Technischen Universität München (Dr. rer. nat. Melanie Müller, Lehrstuhl für Aquatische Systembiologie) ein dreijähriges unabhängiges Monitoring durchgeführt. Dabei wird der Fischabstieg durch die Wasserkraftschnecke und der Fischaufstieg durch die FAS untersucht.

Fazit: Gewässerschutz und Klimaschutz gehen Hand in Hand. Ziel der Bundesregierung und der Länder ist es, eine Leistungssteigerung erneuerbarer Energien, verbunden mit einer gewässerökologischen Verbesserung, zu erzielen. Durch die Fischaufstiegsschnecke (FAS) System Rehart/Strasser wurde dieses Ansinnen erreicht. Aufgrund der Verbindung von Wasserkraftschnecke und Fischaufstiegsschnecke ist ein verletzungsfreier Auf- und Abstieg (ökologische Verbesserung) mit zusätzlicher Nutzung des Wassers zur Energiegewinnung gegeben, das für die Fischtrappe abzugeben wäre (Leistungssteigerung). ■

TU Graz

Unverzichtbare Begleiter

Hätten sie gedacht, dass Turbinen und Pumpen auch in ihrem täglichen Leben eine bedeutende Rolle spielen? Geht man der Definition dieser Maschinen genauer auf den Grund, ist dies durchaus rasch erkennbar. Die Aufgabe solcher Maschinen besteht in der Energieumwandlung. Diese findet z.B. statt, wenn eine Pumpe eine Flüssigkeit in Bewegung setzt und ihr dadurch Energie zuführt. Hier mag dem Einen oder Anderen in der heißen Jahreszeit sofort die Umwälzpumpe eines Schwimmbades in den Sinn kommen. Aber spätestens wenn es draußen wieder zu frösteln beginnt, hoffen wir alle auf ausfallsfrei funktionierende Pumpen im Heizraum. Die ältesten Pumpen haben übrigens schon die alten Ägypter vor 5000 Jahren zur Feldbewässerung eingesetzt.



Blick ins Krafthaus eines Kleinwasserkraftwerkes

Eine Energieumwandlung findet unter anderem auch bei der Erzeugung von Elektrizität durch Wasserkraft statt. Diese spielt nicht erst seit der Energiewende eine bedeutende Rolle, sondern dient bereits über Jahrzehnte als saubere und emissionsfreie Form der Elektrizitätserzeugung. Zur Umwandlung der Energie aus Wasser in Elektrizität sind Turbinen ein unverzichtbarer Bestandteil. Welche bedeutende Rolle Turbinen für die energetische Nutzung von Wasser darstellen, zeigen folgende Kennwerte:



Pelton-Turbine

Wasserkraft in Österreich

In Bayern gilt die Wasserkraft als die wichtigste erneuerbare Energiequelle bei der Stromerzeugung und leistet hier einen Anteil von 32,9 %. Die gesamte Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien betrug im Jahr 2015 34.100 Gigawattstunden. Alleine 11.200 Gigawattstunden daraus wurden in Bayern aus Wasserkraft gewonnen (Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik). Auch in Österreich spielt die Wasserkraft eine bedeutende Rolle. Hier leistet sie an der gesamten österreichischen Bruttostromerzeugung sogar einen Anteil von 69 %. Mit ihr werden pro Jahr nahezu 39.800 Gigawattstunden Strom produziert. Dies entspricht einem Anteil von über 79 % der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Quelle: Statistik Austria).

Die ständige Forschung an Turbinen stellt gerade deshalb eine wichtige Aufgabe dar, um diese in ihrem Einsatz zu verbessern. Damit Optimierungen durchgeführt werden können, werden z.B. an bestehenden Turbinen Geschwindigkeiten, Drücke, Kräfte, Wirkungsgrade und das Kavitationsverhalten berechnet und am Prüfstand gemessen. Dem Praktiker

ist jedoch klar, dass eine Maschine niemals für sich alleine, isoliert betrachtet werden darf, da sich alle Komponenten einer Anlage stets gegenseitig beeinflussen. So muss man beispielsweise auch Armaturen, Ventile und weit verzweigte Rohrleitungssysteme mit ins Kalkül ziehen.

Experten sind gefragt

Für die komplexen Aufgaben für strömungstechnische Fragestellungen im anwendungsorientierten Maschinenbau für Turbinen, Pumpen, Armaturen und Systeme bedarf es Experten in der Lehre und Forschung und zur Unterstützung bei

Problemstellungen aus der Wirtschaft und Industrie, wie auch in der Weiterbildung. In all diesen Bereichen geben wir gerne unser Wissen und unsere Erfahrung weiter. Denn Turbinen und Pumpen werden auch zukünftig in unserem täglichen Leben eine bedeutende Rolle spielen. ■



- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt

Wasserkraft in Bayern
Wo unser Strom daheim ist

DIVE-Turbine Bibertal

Ökologisches Kraftwerk aus Bayern

Im vergangenen Dezember hat die bayerische DIVE Turbinen GmbH & Co. KG das dritte Kraftwerk in Kroatien ‚Dabrova Dolina‘ (deutsch: ‚Bibertal‘) mit einer Leistung von 280kW in Betrieb genommen. Die besondere Herausforderung bei der Planung und Konzeption der Anlage war der Naturschutz: die optischen Veränderungen am bestehenden Wasserfall sollten so gering wie möglich ausfallen. Daher wurde die Turbine in einer unterirdischen Druckkammer installiert. Zum Schutz der Lebewesen rund um das Kraftwerk wurden ein Feinrechen und eine fischfreundliche DIVE-Turbine installiert.

Die Bauarbeiten für das neue Kraftwerk am Fluss Mrežnica in Kroatien hatten im Frühling 2016 begonnen. Zulaufrohr und Turbine wurden unterirdisch verbaut. Die Turbine wurde in eine Druckkammer aus Stahl eingesetzt. Diese Kammer ist ein geschlossenes zylindrisches Stahlgehäuse, das auf einem Betonfundament im Boden verankert ist. Die Turbine wird durch einen Deckel von oben in die Kammer eingehoben. Diese Bauweise ist möglich, da bei der eingebauten DIVE-Turbine der Permanentmagnet-Generator direkt, ohne mechanische Übersetzung, oberhalb der Turbine sitzt. Das Gesamtsystem aus Generator und Turbine ist damit dauerhaft überspült und wassergekühlt. Die Grundlage dieses Konzepts ist das verschleißfreie Dichtsystem der DIVE-Turbine.

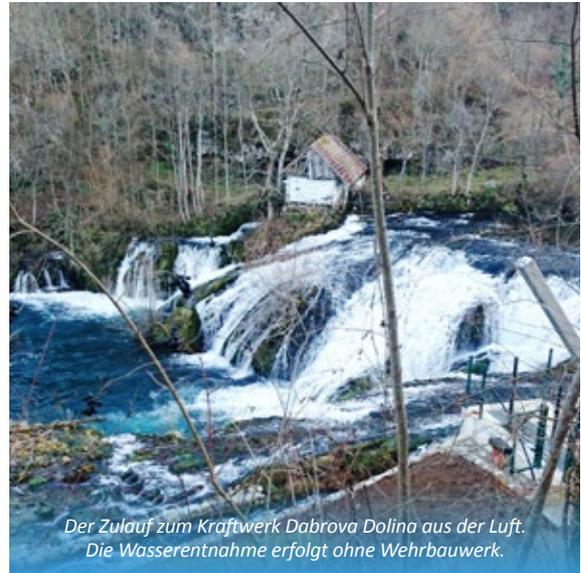
Minimale optische Veränderungen, keine störenden Vibrationen

Wichtig war, dass die Turbine vor dem Wintereinbruch eingebaut wurde, da der Zugang zum Standort mit schwerem Gerät bei Schnee nicht mehr möglich sein würde. Die gesamte Montage musste daher vor dem ersten Schnee beendet sein, so dass der Kran und andere Baumaschinen das Gelände noch rechtzeitig verlassen konnten.

Da sich das Kraftwerk ‚Dabrova Dolina‘ am Fluss Mrežnica befindet, spielte bei der Bewilligung das Thema Naturschutz eine große Rolle: Die Turbinenkammer und die Zulaufrohre sind daher unterirdisch und somit nicht sichtbar. So sind zum Einen die optischen Veränderungen minimal, zum Anderen treten bei der überspülten und getriebefreien DIVE-Turbine keine störenden Vibrationen und Lärm auf.

Der Einlauf des Kraftwerks wurde so gestaltet, dass der vorhandene Wasserfall nie trockenfällt, außerdem erfolgt die Wasserentnahme ohne Wehrbauwerk. Der Auf- und Abstieg der Lebewesen ist weiterhin über den Wasserfall und die rampenartige Struktur am Rande des Wasserfalls möglich. In Kombination mit einem Feinrechen und der fischfreundlichen DIVE-Turbine ist so ein zukunftsweisendes ökologisches Vorzeigeprojekt entstanden.

Die Turbine wurde pünktlich vor dem Wintereinbruch im Dezember in Betrieb genommen. Sie hat einen Laufraddurchmesser von 1080mm und eine Leistung von 280kW. Sie ist damit bislang die leistungsstärkste DIVE-Turbine in Kroatien. Zwei weitere kroatische DIVE-Kraftwerke mit Leistungen von 100kW und 130kW sind bereits 2015 und Anfang 2016 in Betrieb gegangen.



*Der Zulauf zum Kraftwerk Dabrova Dolina aus der Luft.
Die Wasserentnahme erfolgt ohne Wehrbauwerk.*



*Container mit E-Technik und DIVE-Turbine
bei der Verladung im DIVE-Werk in Amorbach.*



*Das Kraftwerk Dabrova Dolina:
Die DIVE-Turbine befindet sich unterhalb des roten Deckels.*

IMPRESSIONEN



Die Fachveranstaltungen der Bayerischen Gemeindezeitung:



**BAYERISCHES
INFRASTRUKTUR
FORUM**



**BAYERISCHES
WASSERKRAFT
FORUM**



**BAYERISCHES
ENERGIE
FORUM**



**BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM**

Terminhinweis

6. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

17. Mai 2018 in Neunburg vorm Wald

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 12/2017

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Event: Jessica Kassner
Pixabay
Wikipedia (CC BY-SA 3.0)

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Anzeigenleitung: Constanze von Hassel
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

/ REGENERATIV
/ MODERN
/ DYNAMISCH

Donau-Kraftwerk Regensburg www.rmd.de

RMD 
RHEIN-MAIN-DONAU